

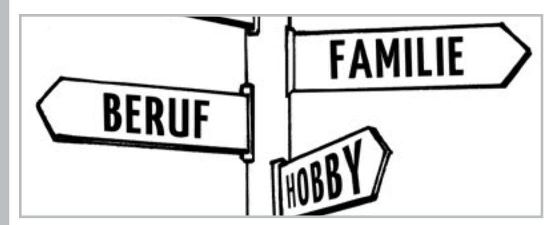
DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 37. Jahrgang

224 | Juli/August 2014 EUR 1,50

Aus dem Inhalt



WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Feldbergstraße 14, 79115 Freiburg
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Der Staat kümmert sich um dich

Das Bildungssystem ist eine tragende Säule des Staates – oder der Emanzipation

Einer der wichtigsten Eckpfeiler eines Staatssystems muss die Indoktrination der Gesellschaft sein, um die Menschen, die in diesem Staat leben, zu seine Existenz und Legitimität möglichst kritiklos hinnehmenden Menschen zu formen – so hohl der hierfür immer wieder bemühte Bezugspunkt „Nation" auch sein mag. Aus diesem Grund kann kein „Nationalstaat" der Welt Interesse an einer freiheitlichen Erziehung, Kultur und Bildung haben. Und um dies umzusetzen, beschließt der Staat zu unserem Wohle Gesetze, die unser Bildungs- und Erziehungsleben steuern bzw. regeln sollen. Im bayerischen Kinderbildungs- und -Betreuungsgesetz heißt es im Abschnitt 1, § 1: „Das Leitziel der pädagogischen Bemühungen ist im Sinn der Verfassung der beziehungsfähige, wertorientierte, hilfsbereite, schöpferische Mensch, der sein Leben verantwortlich gestalten und den Anforderungen in Familie, Staat und Gesellschaft gerecht werden kann." Das geht dann bei den Basiskompetenzen weiter, bis hin zur christlich-wertorientierten Erziehung, die dann im § 4 nochmals genauer beschrieben wird. In vielen Bundesländern sind diese Ziele ähnlich formuliert. Nach dem Kindergarten bekommt es der/die heranwachsende StaatsbürgerIn mit der Schule und den ihnen eigenen Leitlinien und Gesetzen zu tun. Auch hier legt der Staat wieder Wert auf die Symbiose zwischen Gott und Staat. Die Lerninhalte, wie fast jedeR von uns selbst erlernen durfte, sind auf eine staatstragende „freiheitlich demokratische Grundordnung" aufgebaut. LehrerInnen, die davon abweichen, haben schon die Konsequenzen z.B. in Form von Berufsverboten spüren müssen.

Innerhalb der BRD kann es z.B. bei Schulpflichtverletzung dazu kommen, dass die Exekutive „zum Wohl des Kindes" einschreitet. Dass in bestimmten Fällen ein Einschreiten zum Schutz des Menschen notwendig sein kann, steht außer Frage. Aber in einer Gesellschaft, die zum Humanismus erzogen wurde, müsste kein Staat diese Kontrolle übernehmen, sondern übernimmt dies die Gemeinschaft.

Durch all diese Bestimmungen und Gesetze werden die direkt wie indirekt erziehenden Mitmenschen dazu genötigt, im Rahmen des Staates zu erziehen. Das führt dazu, dass die Propagandamaschine des Staates die Geschichte und das Leben so verzerrt, dass der Mensch sich gar nicht mehr vorstellen kann, dass es Gesellschaften in Form von freiheitlichen Zusammenschlüssen gibt und sehr viele gegeben hat. Und da beginnt der Ansatz des Anarchosyndikalismus. Schon von Beginn an sahen die AnarchosyndikalistInnen Arbeit, Kultur und Bildung untrennbar miteinander vereint. Der Überwindung des kapitalistischen Systems wurde die gleiche Bedeutung zugemessen wie der Kultur und Bildung. Gerade AnarchosyndikalistInnen schufen daher eigene Zeitungs- und Buchverlage, bauten eigene Bildungseinrichtungen auf und waren an Bildungs- und Kulturprozessen ständig interessiert. Die anarchosyndikalistischen Bildungsstätten sollten hier nur einen Rahmen ermöglichen, wo sich die Menschen frei bilden und entwickeln konnten.

Im deutschsprachigen Raum bewerkstelligte dies die FAUD sehr gut. Auch wenn man auf die bekannteste anarchistische Sozialisation, die der spanischen Revolution, zurückblickt, kommt man nicht umhin, die Bildungsangebote der syndikalistischen Organisationen zu betrachten. Hier wurde sehr wohl erkannt, dass eine Revolution, die vom Volke getragen werden soll und nicht durch die Agitation des Staates und seiner Handlanger kaputt gemacht werden soll, nur durch den Aufbau einer eigenen Bildungs- und Lernstruktur bewerkstelligt werden kann. Und dies dauerte in Spanien über 40 Jahre. Das bezeugt auch ein Zitat der CNT von 1936: „Den materiellen Reichtum und die Kultur zurückzuerstatten, das sind die wesentlichen Ziele unserer Revolution. Wie das geschehen soll? Dadurch, dass im materiellen Bereich der Kapitalismus enteignet wird und im moralischen Bereich die Kultur denen vermittelt wird, die sie entbehren." Erst die komplette Zerschlagung der spanischen Republik und des anarchosyndikalistischen Bildungssystems unter Franco konnte die kirchlichen sowie staatlichen Strukturen wieder herstellen. Daher ist eine der wichtigsten Säulen einer „sozialen Revolution" der Aufbau eines Bildungssystems, ohne die keine freiheitliche Gesellschaft aufgebaut werden kann.

Urheber: Markus Bauer

Markus Bauer

Prost, Mahlzeit!

Weltkulturerbe mit Ausbeutung: Die Schattenseiten der Regensburger Gastronomie

Das italienische Flair Regensburgs ist das Sahnehäubchen auf der historischen Altstadt. Unzählige RegensburgerInnen und TouristInnen genießen es, in der „nördlichsten Stadt Italiens" in einem der unzähligen Cafés zu sitzen. Diese Lebensqualität sucht man in anderen Städten oft vergebens. Auch bei der Wahl des Studienortes ist nicht zuletzt die hohe Kneipendichte ein „Zuckerl", das den Ausschlag bei der Entscheidung für Regensburg gibt. Die Gastronomie sorgt dafür, dass die Stadt ihren speziellen Charme erhält.

Hinter den Kulissen ist das Bild wesentlich düsterer. Denn die Menschen, die dazu beitragen eben genau dieses eigene Flair zu schaffen, werden ausgenutzt und ihre Rechte mit Füßen getreten. Gemeint sind ausnahmsweise nicht die WirtInnen, sondern die BarkeeperInnen, TellerwäscherInnen, Bedienungen, Küchenhilfen, KöchInnen und BeiköchInnen. Bei einer Umfrage der FAU Regensburg in über 25 Kneipen, Cafés, Restaurants und Bistros der Innenstadt sind erschreckende Zustände ans Licht gekommen.

Niedriglöhne und Rechtsverstöße sind die Regel: Die überwiegende Mehrheit der Befragten arbeitet in einem Minijob, doch nur in vier Fällen wird den MinijobberInnen ein Stundenlohn von 8,50 Euro oder mehr gezahlt. Aber auch bei den Festangestellten konnte die magische Grenze des von der Regierung propagierten Mindestlohns oft nicht erreicht werden. Meistens lag der Lohn zwischen 6 Euro und 7,50 Euro und damit weit davon entfernt.

Die Umfrage der FAU Regensburg ergab, dass fast in jedem Betrieb grundlegende Arbeitsrechte ignoriert werden. So gibt es oft keinen bezahlten Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, obwohl selbstverständlich auch im Minijob ein Anspruch besteht.

Um in unserer Stadt leben und an dem Flair teilhaben zu können, müssen Beschäftigte in der Gastronomie sehr lange und hart arbeiten. Betrachtet man die steigenden Mieten auch in den Randbezirken, kommt man zu dem Ergebnis, dass GastrojobberInnen über eine Stunde arbeiten müssen, um einen Quadratmeter Wohnraum zu finanzieren. Das „Zuckerl" wird für diejenigen bitter, deren gesetzlich verankerte Arbeitsrechte missachtet werden. Die persönlichen Berichte der Beschäftigten zeigen, dass noch dazu ungesunde Arbeitsplätze, Schwarzarbeit, sexuelle Belästigung und unbezahlte Mehrarbeit in der Gastronomie weit verbreitet sind.

Wer das nächste Mal die unvergleichliche Atmosphäre oder das Nachtleben genießt, sollte daran denken, dass es mit einem dicken Trinkgeld allein nicht getan ist. Ein Lohnspiegel, der auf der Umfrage basiert, ist auf der Website der FAU Regensburg einsehbar:

Erwin Mühsol und Cindy Mecate

fauregensburg.wordpress.com

Catwalk



Ohne Bildung und Kultur keine Gesellschaft!

Die Redaktion hat sich diesmal als Schwerpunkt für das Thema „Bildung, Erziehung und Kultur" entschieden, da diese Themen unser aller Leben mitbestimmen und wir hiermit versuchen möchten, eine Diskussion über Alternativen anzuregen, wie wir in einen „Fürsorgestaat" unsere Ziele und Gedanken an den Mann/die Frau bringen können. Zu diesem Thema gibt es Artikel auf den Seiten 1, 2, 3, 4, 6, 7 sowie 12 - 13.

Tarifeinheit kontra Streikrecht

Am Sonntag, den 15. Juni fand in Frankfurt/Main fand unter dem Motto: „Hände weg vom Streikrecht – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit" im DGB-Haus eine Konferenz statt. Hieran nahmen neben einigen FAU-Syndikaten die IWW, der Marburger Bund, und verschiedene DGB-angehörige Einzelgewerkschaften teil um Gegenstrategien zur beabsichtigten Neuregelung der Tarifeinheit seitens der Bundesregierung zu entwickeln. Hierzu mehr auf Seite 5.

Ein Haus für alle

Um die Bakuninhütte war es in letzter zeit in der Öffentlichkeit ein bisschen stiller geworden. Daher veröffentlichen wir zu diesem Thema einen Artikel auf Seite 7. Auch, da nächstes Jahr im Mai und Juni eine Veranstaltungsreihe zum Thema: Erich Mühsam und die Bakuninhütte stattfindet. Näheres wird zeitnah unter www.bakuninhuette.de veröffentlicht.

Kauf dich glücklich AnarchistInnen & SyndikalistInnen und der Erste Weltkrieg

In der aktuellen Rezeption des Ersten Weltkrieges kommen die „Nein-Sager" und nicht Kriegsbegeisterten kaum vor. Mit dieser Reihe wird ein anderer Blick auf die Ereignisse des Ersten Weltkrieges geworfen. Nicht die Klassiker und bekannten Stimmen werden hier dokumentiert, sondern hier wird ganz bewusst der Blick auf diejenigen geworfen, die oft genug in der Geschichtsschreibung vergessen werden.



Andreas W. Hohmann (Hrsg.): Ehern, tapfer, vergessen – Die unbekannte Internationale ISBN: 9783868410938, 18 Euro

FAU-Ticker

+++ Vom 14. bis 21. Juni stellte Allan Antliff zusammen mit Katja Kronauer sein Buch „Anarchismus und Kunst" in Berlin, Jena, Weimar, Bielefeld, Mannheim, Stuttgart und Nürnberg vor auf Einladung der dortigen Syndikate vor. +++ Die FAU Regensburg veröffentlichte einen Lohnspiegel für die Regensburger Gastronomie. (siehe S. 1) +++ Die FAU Dresden veranstaltete zum 1. Mai ein dreistündiges libertäres Kulturprogramm mit Konzert und Demo +++ Dieselbe beteiligte sich an Kundgebungen zum Tag der Erwerbslosen und für den Erhalt der Geburtshilfe und am Flashmob „Pflege am Boden". +++ Die FAU Erfurt/Jena informierte am 12. Juni über den Minijobber*innenstreik in der Dresdener Kneipe „Trotzdem". +++ Die FAU Berlin organisierte auf der Freilichtbühne Weißensee Konzerte mit der Kölner Overall Brigade (in kleiner Besetzung) sowie Paul Geigerzähler ++ Selbige unterstützt weiterhin sehr aktiv ihre Mitglieder, die von der Schwedischen Schule in Berlin entlassen wurden. Zum Mittsommerfest fand eine bunte Kundgebung vor dem Schul- und Kirchengebäude statt. +++ Vom 6. bis 9. Juni fand im Naturfreundehaus Berg in der Eifel der jährliche Kongress der FAU statt. Die Abende wurden in bewährter Weise genutzt um sich gegenseitig und auch mit den zahlreichen Gästen befreundeter Organisationen auszutauschen. Hier traf sich auch der Trägerverein für die „Direkte Aktion" zur Mitgliederversammlung. +++

Sommer, Sonne, Ferien!

Das schönste an der Schule waren die Ferien. So ging es den meisten meiner MitschülerInnen und auch heute wird der wochenlangen Freizeit mit gleicher Hingabe entgegengefiebert. Der einzige Wermutstropfen war das nicht so tolle Jahreszeugnis, welches aber nur kurzzeitig Ärger verursachte. Danach konnte endlich das Leben beginnen: Mal wieder richtig ausschlafen und sich nicht stundenlang mit irgendeinem Blödsinn das Hirn malträtieren lassen. Diese von vielen Lehrkräften und Eltern als undankbar empfundene Haltung spiegelt einen uralten Interessenkonflikt wider: Der Mensch ist in der Regel in jedem Alter begierig, sich Wissen anzueignen. Die Art der herkömmlichen Schulbildung, die sich seit der Antike kaum verändert hat, verdirbt aber die Freude, zerstört die natürliche Lernbereitschaft, unterdrückt die Neugier, und Bildung wird zu einem von oben herab diktierten Zwang. Es wird gelernt, was das Kultusministerium sagt. Dessen Lerninhalte unterscheiden sich stark von dem, was ein Mensch wirklich zum Leben braucht oder überhaupt wissen will. In der heutigen Lernfabrik namens Schule wird scheinbar nur noch aussortiert, auf die kapitalistische Verwertbarkeit getrimmt und die natürliche Abneigung gegen Autoritäten aberzogen. Schließlich wird hier für das Leben gelernt.

Mich zumindest hat das Leben eines besseren belehrt: Die so furchtbar wichtigen binomischen Formeln sind, ganz wie ich schon damals vermutet habe, im Alltag absolut unwichtig. Sogar in meinem technischen Beruf. Stattdessen wären ein paar Infos darüber, dass mein zukünftiges Chefchen mich nicht dazu zwingen kann, kostenlose Überstunden zu schieben, enorm hilfreich gewesen. Als erwachsener Mensch habe ich die Freiheit, mir selbst auszusuchen, was ich wann und wie lerne. Die heutige Informationsgesellschaft bietet in Form des Internet ein riesiges, quasi kostenloses Potential an Wissen. Zwar kann die Datenflut dafür sorgen, dass Informationen nur noch oberflächlich wahrgenommen werden oder der Überblick verloren geht, dennoch bleibt das meiste als wichtig empfundene Wissen, hängen. Leider übt diese Art der Gesellschaft auch einen gewissen Zwang aus, informiert beziehungsweise in gewissen Themengebieten gebildet zu sein. So lernen schon die Kleinsten eine Fremdsprache um in der Schule besser aufgestellt zu sein und Jugendliche haben Terminpläne in ähnlichem Umfang wie ihre überarbeiteten Eltern. Auch als Erwachsene müssen wir uns ständig beruflich fort- und weiterbilden wenn wir den Anschluss nicht verlieren wollen.

Passend zur Jahreszeit haben wir den Schwerpunkt dieser Ausgabe der Bildung und Erziehung gewidmet. Viel Spaß beim Lernen!

Nina Schäfer, Redaktion BuG

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bremen .... FAU Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Göttingen ...... Kontakt über Hannover
Hamburg .... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hameln .... FAU Hameln, c/o Freiraum, Walkemühle 1a, 31785 Hameln, <fauhm@fau.org>, 1. Do. im Monat, 19.30 Uhr
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 30, 30167 Hannover. <fauh@fau.org>, Treffen: Di. 21 Uhr, Offener Abend: letzten Di. im Monat, 20 Uhr, Allgemeines Syndikat, 2. Di. im Monat, 21 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), 2. Di. im Monat, 21 Uhr, <ggb-hannover@fau.org>
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>, (0177) 5601030
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, Haus Friedensbruch, Theaterwall 24a, 26122 Oldenburg, <fauol@fau.org>, 3. Mi. im Monat, 19 Uhr
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern.... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar........... Kontakt über Westmecklenburg
Wolfsburg ...... Kontakt über Hannover

REGION SÜD

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/Main
Frankfurt/Main. FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>
Lich............... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/Main
Mannheim .... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphornstr. 38, 68169 Mannheim, Mo. (ungerade Wochen), 20.15 Uhr, <fauma-sekretariat@fau.org>
München .... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Mi. (gerade Wochen), 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstr., (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, Newsletter: faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/Main
Regensburg..... FAU Regensburg, Mo. 19 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Stuttgart........ FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137
Saarland......... Kontakt über Neustadt/Weinstraße
Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

REGION WEST

Aachen .... Kontakt über Düsseldorf
Bielefeld .... FAU Bielefeld/OWL, Metzerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, Treffen: Mo. 18.30 Uhr, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi.20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171
Duisburg......... FAU Duisburg, Stammtisch: 4. Do. im Monat, 19 Uhr in der Heimat Hochfeld, Gerokstraße 1, 47053 Duisburg, <faudu@fau.org>, Fon/SMS: (0179) 325 8648
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, <faud@fau.org>, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48,
Koblenz.......... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Köln .... FAU Köln, 2. Di. im Monat, 19 Uhr, <fauk@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, <faums@fau.org>
Solingen .... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, (030) 287 008 04, Offenes Büro: Fr. 17 – 20 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. Allgemeines Syndikat, 2. Mi. im Monat, 19 Uhr. Sektion Kultur, 1. Do. im Monat, 20 Uhr, <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. und 3. Di. im Monat, 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo. im Monat, 19 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <faub-prekaer@fau.org>, Branchenkontakt Soziales <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... Initiave FAU Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, (0157) 38649518, Treffen: 4. Fr. im Monat, Wums e.V., Columbusstraße 2
Halle/Saale...... FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, 1. So im Monat, 19 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig, Präsenzzeit: Do. 17 – 18 Uhr, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>
Thüringen .... FAU Erfurt-Jena, c/o veto. Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND (ASJ)

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>
Bielefeld .... ASJ Bielefeld , Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld, <selbamachen@riseup.net>, Di. 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>
Herne/ .... Recklinghausen ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

FAU IM NETZ - WWW.FAU.ORG

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort", Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend", Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb".

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord.............. FAU Hamburg <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

SCHWEIZ

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

ÖSTERREICH

Wien.............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

Bildung und Kultur: Ein ewiges und wichtiges Thema

Interview mit einem Mitglied der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJ) Berlin

Mit diesem Interview möchten wir (die FAU Nürnberg) versuchen, eine Diskussion über die Bedeutung von Bildungs- und Kulturarbeit in Gang zu setzen.

Was versteht ihr unter Bildung und Kultur?

Viele haben sich bereits an einer Definition dieser Begriffe versucht. Uns ist es besonders wichtig zu betonen, dass Bildung nichts ist, was als festes Wissen von oben eingetrichtert wird, sondern immer ein eigenes – eigentlich natürliches – Interesse voraussetzt und im Dialog passieren sollte. Wir finden daher etwa Ansätze von Schule interessant, die sich am Interesse und dem Forschergeist der Lernenden orientieren. Selektieren durch Notengebung lehnen wir ab. Bildung sollte immer auch Selbstermächtigung sein. Aufgabe einer anarchosyndikalistischen Bildung ist es dann auch, sich Dinge beizubringen, die in institutionalisierten Bildungsorganisationen auf der Stecke bleiben beziehungsweise Raum für kritisches Hinterfragen zu geben. Kultur bedeutet für uns nicht nur Kunst, sondern gestalterischer Prozess allgemein. Die Form, die Zusammenleben heute annimmt, unsere Werte und Normen, die Nutzung von Technik – auch das ist Kultur. Der Begriff kann aus unserer Sicht aber nie wertfrei betrachtet werden, sondern Kulturentwicklung muss immer eine gewisse Zielvorstellung beinhalten – also Werte wie Verantwortlichkeit, Solidarität, Gleichheit und Freiheit anstreben. Nur dann kann überhaupt von einem kulturellen Prozess gesprochen werden.

Wie sieht ihr den Einfluss des Staates auf die Bewohnerinnen in diesen Machtbereichen?

Puh, das ist eine ziemlich große Frage. Wenn wir es mal auf das Thema des Interviews – nämlich Bildung und Kultur – herunter brechen, erscheint es vor allem wichtig, verstaatlichtes Denken anzugehen. Sicherlich gibt es eine sehr reale Staatsgewalt, die Repression verübt, die abschiebt, die die Verhältnisse sichert. Es gibt aber auch eine Presse, die ganz freiwillig nationale Deutungen übernimmt und Menschen, die sie rezipieren, weil sie glauben, die nationale Sache sei gut für sie. Zum verstaatlichten Denken gehört es aber etwa auch, wenn Strafen und Knast für grundsätzlich notwendig angesehen werden, um den sozialen Frieden zu sichern, wenn parlamentarische Demokratie als die beste aller Entscheidungsformen anerkannt und der Kapitalismus im Angesicht autoritärer Alternativen als letztlich alternativlos betrachtet werden. Wenn die Zwänge stumm durchgesetzt werden, erscheint alles fälschlich frei. Daher ist es uns wichtig, an diesen Legitimationen zu kratzen. Außerdem gibt es nicht nur den Gegenpol Staat – Gesellschaft bzw. Arbeiter*innenklasse, denn das würde Ausgrenzungsmechanismen wie Rassismus und Sexismus ausblenden und vom eignen Leben wegschieben. Diese sind für uns kein Nebenwiderspruch. Wir haben daher etwa den selbstverwalteten Refugee-Protest auf dem Oranienplatz unterstützt und aktuell gerade eine Feminismus-AG gegründet. Auch im schulischem Unterricht werden so gut wie nie staatskritische Gedanken oder Ideen thematisiert, geschweige denn auf staatslose Gesellschaftskonzepte aufmerksam gemacht – nicht einmal in Politikwissenschaft oder Geschichte. Wer sich also nicht selbstständig, in seiner*ihrer Freizeit damit beschäftigt, kommt mit derartigen Ideen also unter Umständen nie in Berührung, obwohl potentielles Interesse existieren könnte. Durch Vorgaben des Bildungssenats ist auch Lehrer*innen, die derartiges thematisieren würden, wenig Raum für Unterrichtsstoff gegeben, der nicht vorgeschrieben ist. Ein weiterer Aspekt des staatlichen Schulsystems in Deutschland ist, dass durch reguläre schulische Arbeit (Prüfungen, Noten, Abschlüsse als Notwendigkeit für gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe) enormer Leistungsdruck erzeugt wird, Disziplin als ein unter allen Umständen zu lebender Wert in den Köpfen der Schüler verankert und gleichzeitig Abneigung gegenüber selbstständigem außerschulischem Lernen erzeugt wird.



Kein Befehlen, kein Gehorchen

Was macht ihr für Kultur und Bildungsarbeit?

Wir veranstalten einmal im Monat einen Tresen, welcher in der Regel mit einer inhaltlichen Veranstaltung verknüpft ist – dass kann ein Vortrag zu einem interessanten Thema sein, eine Diskussion oder auch einfach nur ein Konzert. Außerdem halten wir in unregelmäßigen Abständen Infoveranstaltungen ab – sowohl extern als auch intern für die eigene Bildung. Wir produzieren ein regelmäßig erscheinendes Magazin, das „Schwarze Kleeblatt". Zur Redaktion sind alle eingeladen, auch wenn sie sonst nicht regelmäßig bei der ASJ aktiv sind. Auch zu bestimmten Anlässen wie der „Young Union Movement" -Kampagne produzieren wir Broschüren und/oder veranstalten zum Austausch eine Podiumsdiskussion. Nicht zuletzt zur Finanzierung stehen dann auch immer wieder mal Partys und Konzerte an. Letztlich orientieren wir uns immer daran, was den Mitgliedern gerade wichtig ist. Wir hatten lange Zeit eine AG, die sich explizit mit Schule und libertärer Bildung beschäftigt. Wenn sich hierzu wieder Interessierte finden, sind wir offen, sie wieder mit Leben zu füllen.

Wo sieht ihr Ansatzpunkte, um anarchosyndikalistische Kultur und Bildung zu verbreitern?

Sicher haben wir eine andere Situation als noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als eine eigene Arbeiter*innenkultur insbesondere deshalb wichtig war, weil kulturelle, sportliche und Bildungsangebote (etwa Bibliotheken) sehr viel exklusiver waren. Heute mag ein von uns gezeigter Film nur ein Angebot unter vielen sein. Dennoch ist wichtig, die Gewerkschaft nicht nur zu etwas zu machen, wo man hingeht, wenn man Probleme mit bestimmten Arbeitsbedingungen hat – sondern sie auch eine Art Gegenkultur zu etablieren. Zumindest wenn das Ziel ist, die Keimzelle einer nachkapitalistischen Gesellschaft zu bilden. Damit meinen wir keine exklusive Jugend- und Subkultur im Sinne einer „linken Szene", sondern offen zu sein für die kulturellen und Bildungsbedürfnisse der tatsächlichen Mitglieder.

Welche Ansätze müssen wir für uns verwirklichen, um unser Gedankengut in der Bevölkerung zu verbreiten?

Wir müssen vor allem an der Lebenswirklichkeit der Menschen anknüpfen und ihnen Angebote machen, wie sie selbst aktiv werden können. Dafür ist der eigene Arbeitsplatz ein guter Ort, weil hier ein Großteil der Zeit verbracht wird, aber auch, weil Arbeitskraft benötigt wird und Streiks somit einen mächtigen Hebel darstellen können. Deshalb fördern wir gewerkschaftliches Engagement. Ein anderer Ort wäre die eigene Wohnung – Mieterkämpfe wie im Rahmen von „Zwangsräumungen verhindern" sind ebenfalls direkte Aktionen in unserem Sinne. Theorie ist wichtig, aber noch wichtiger ist es, Menschen dazu zu ermutigen, selbstverwaltet und solidarisch Widerstand zu leisten. Und klar zu machen, dass Politik nichts ist, was irgendwie abstrakt „da oben" verhandelt wird (bzw. werden sollte), sondern jede*n ganz konkret im eigen Alltag angeht.

Wir bedanken uns für das Interview und wünschen euch noch eine erfolgreiche Bildungs- und Kulturarbeit.

Kolumne Durruti



Max Weber definierte „Herrschaft" als die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts Gehorsam zu finden. Auch Erziehung ist herrschaftlich, indem sie auf Normierung zielt und Folgsamkeit erwartet. „Fass nicht in den Toaster", „Trag beim Fahrradfahren einen Helm!", so lauten Aufforderungen an Kinder, die an Folgsamkeit appellieren. Auch wenn sie gut gemeint sind: Befehle und Herrschaftsfreiheit, also Erziehung und Anarchismus schließen sich aus. Sollten nun alle, die nach Herrschaftsfreiheit streben, ihre Kinder vor Autos laufen lassen? Mit dieser Frage sind wir mitten drin im Dilemma der auf Herrschaftslosigkeit zielenden Praxis, denn unsere Umwelt entspricht den Kindern nicht, hat keinen Schonbezug, keinen Ausschalter, kaum Wattepolster und offenbar ziemlich wenige Schutzengel. Und so kommt auch ein anarchistischer Ansatz nicht umhin, einzugreifen in die Situationen und Entwicklungsphasen unserer Kinder. Als Vater laufe ich meinen Ansprüchen an herrschaftsfreie Kommunikation ständig zuwider, dabei wollte ich eigentlich nur ein Begleiter sein. Würde ich meine Kläglichkeiten auf einen Haufen werfen, ließe sich darauf eine Terrasse bauen (mit Aussicht!). Widersprüche lauern überall, auch weil wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, da gilt der Satz aus Adornos „Minima Moralia": „Es gibt kein richtiges Leben im falschen". Als Anarchist_innen und Syndikalist_innen sind wir bemüht, unsere Kinder vor kapitalistischen Manipulationen zu bewahren, was kaum gelingt, weil die schöne Welt der Waren mit Angeboten lockt, die Jugendlichen auf die Schnelle eine strahlende Persönlichkeit verheißen. Das Marketing wirkt, kapitalistische Werte wie Konkurrenz und Leistungsstreben werden verinnerlicht und für selbstverständlicher gehalten als Solidarität und Selbstdenken. Kapitalistische Subjektivierung zielt darauf, für den Kapitalismus verwertbare und sich freiwillig unterwerfende Persönlichkeiten zu erzeugen, die das Bestehende konsumieren, nicht aber eigenständig gestalten. Wir dagegen wollen unsere Kinder nicht zu warenförmigen Subjekten verkommen lassen, die ihren Lebenssinn im Konsum ‚angesagter' Smartphones und Markenprodukte entdecken, sondern wir nehmen Einfluss, sei es, dass wir als Eltern kritische Diskussionsanreize schaffen oder ganz direkt, indem wir argumentativ Stellung beziehen. Allerdings lässt sich diese Einflussnahme ebenfalls als hierarchisch verstehen, denn wir spielen uns als Erwachsene aus, bringen (unbewusst) ein ‚Mehr' an Wissen und unsere Kommunikationsfähigkeit zur Geltung. Andererseits können wir gewiss sein: Wenn wir keinen Einfluss ausüben, macht es die kapitalistische Gesellschaft.

Angesichts des klaffenden Widerspruchs zwischen dem Anspruch auf Intervention und dem Anspruch auf Herrschaftsfreiheit scheint es tatsächlich kein richtiges Leben im falschen zu geben. Trotzdem können wir immer neu beginnen, bei uns selbst und im Umgang mit unseren Kindern: mit der Stärkung einer kritischen Sicht auf die Gesellschaft, aber ebenso mit dem Aufbau von Solidarität statt Konkurrenz, mit der Förderung von Selbstorganisation aber auch Verantwortlichkeit fürs Lebenskollektiv, mit der Verbreitung emanzipativer und entscheidungsoffener Räume, in denen selbstbestimmtes Lernen praktiziert wird, und mit jeder Unterstützung von Selbstdenken und Autonomie. Es gibt kein richtiges Leben im falschen, doch vielleicht können wir es schaffen, nicht alles völlig falsch zu machen.

Ralf Burnicki

TERMINE

☞ Berlin

Fr. 4. Juli, 19.00 Uhr
FAU-Lokal Lottumstr. 11 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz, U8 Rosenthaler Platz)
Info: Time to Organise!
mehr Infos: berlin.fau.org

Fr. 11. Juli, 19.00 Uhr
FAU-Lokal Lottumstr. 11
Film: Tatort Duisburg: Der Pott
Der wohl politischste Tatort aus dem Jahre 1989. Eine Veranstaltung der Sektion Bau & Technik der FAU Berlin

Sa. 12. Juli, 13.00 Uhr
S-Bhf. Oranienburg
Demo: Sich fügen heißt lügen – Demonstration zum Gedenken an die Ermordung Erich Mühsams und alle Opfer der Nazis
Infos: www.erich-muehsam.tk

Sa. 12. Juli, 16.00 Uhr
Ostkreuz, Laskerstraße 5
Feier: Erich-Mühsam-Gedenkfest
Infos: www.erichmuehsamfest.de

Fr. 18. Juli, 19.00 Uhr
FAU-Lokal Lottumstr. 11
Info: Zwangsräumungen und Totalsanktionierung
Eine Veranstaltung der Sektion Hartz-IV-Komplex der FAU Berlin

Fr. 25. Juli, 19.00 Uhr
FAU-Lokal Lottumstr. 11
Info: Freier Fall durch Freihandel – Risiken und Nebenwirkungen des TTIP
Eine Veranstaltung der Sektion Medien der FAU Berlin

☞ Bonn

jeden ersten Montag im Monat, 19.30 - 21.00 Uhr
Netzladen, Breitestr. 74
Offenes FAU-Büro

☞ Essen

Fr. 29. August bis So. 31. August
Zeche Carl
Messe: Dritte libertäre Medienmesse im Ruhrgebiet
Das Hauptthema ist in diesem Jahr: „Frauen. Arbeit. Migration". Öffnungszeiten: Fr. 18.00-21.00, Sa. 10.00-20.00, So. 10.00-15.00 Uhr. Eintritt frei, mehr Info: limesse.de

☞ Münster

Sa. 23. August 14 - 22.00 Uhr
Innenstadt, voraussichtlich an den Aaseekugeln
Kundgebung, Info, Kultur: „Münster gehört allen"
Genaueres rechtzeitig auf www.fau-muensterland.de

☞ Regensburg

Do, 31. Juli 20.00 Uhr
L.E.D.E.R.E.R., Lederergasse 25
Info: Arbeitsrechte und Rechtsverstöße in der Regensburger Gastronomie
Mehr Infos: fauregensburg.wordpress.com

Zahlen, bitte!

Im Jahre 2012 waren 71,6% aller Frauen im Alter von 24 bis 64 Jahren erwerbstätig. In Kontrast dazu waren 2001 noch 62% der Frauen lohnabhängig beschäftigt.

Von insgesamt 40,6 Millionen ArbeiterInnen sind knapp 7,5 Millionen im Niedriglohnsektor tätig, was gegenüber 2003 eine Erhöhung von 2 Millionen ausmacht. Von den 7,5 Millionen GeringverdienerInnen sind 65% Frauen, obwohl sie im gesamten Arbeitsmarkt nur ca. 46% ausmachen. (Statistik der Arbeitsagentur, 2013) Die Teilzeitbeschäftigungsquote in der BRD lag bei lohnabhängigen Frauen im Jahr 2012 bei knapp 46%. Dies ist die zweithöchste Quote in der EU. Gründe dazu sind unter anderem: Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen (51,3%) Aus oder Weiterbildung (5,5%), Krankheit oder Unfallfolgen (1,9%), (Pressemitteilung Nr.86 vom 07.03.2013)

Ende 2012 konnten 465.000 Menschen in Deutschland nicht von ihrer Altersrente leben und mussten zusätzlich Leistungen aus der Grundsicherung beantragen. Im Vergleich zu 2005 liegt der Anstieg bei 35,6%. Aktuell sind demnach 2,7% der über 65-jährigen auf das Sozialamt angewiesen, Tendenz: schnell steigend. (Statistik Niedriglohn und Teilzeitsektor)

Die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf

„Es geht um die Utopie von freien Zusammenschlüssen unter freien Menschen“

„Denn in der Familie stecken die Frauen. Sie sollen wirken für das öffentliche Leben, aber man soll ihrer dabei nicht ansichtig werden, denn sie sollen zu Hause bleiben“. Das ist eine eindeutige Ansage und sie stammt vom ersten Familiensoziologen – jedenfalls wird er so bezeichnet – Wilhelm Heinrich Riehl, aus seinem Buch: „Die Familie“ von 1855.

Urheber: Findus

Riehl bezog klare Positionen; die Vereinbarkeit war einfach, die Frau gehört in die Familie, der Mann geht hinaus ins feindliche Leben. Die Großfamilie, das viel zitierte „ganze Haus“ bröckelte gerade und war in der Krise. Aus der Krise entstand die Kleinfamilie, wie sie noch heute an die Plakatwände geklebt wird: Vater, Mutter und ein oder mehrere Kinder. Das Verständnis für die Notwendigkeit der Teilhabe der Frauen an der Erwerbsarbeit musste sich in zähem Ringen gegen die hatnäckige Einstellung von der natur- und gottgebotenen Stellung der Frau und des Mannes in Familie und Beruf durchsetzen. Dieser Kampf musste von den Arbeiterinnen ebenso geführt werden, wie von den Bürgerinnen. Denn auch die (meisten) Männer der im Zuge der Industrialisierung neu entstandenen Arbeiterbewegung wollten ihre Frauen nach dem Vorbild der bürgerlichen Männer im eigenen Haushalt sehen.

Selbstständigkeit durch Erwerbsarbeit...

Die sich seit 1865 formierende bürgerliche Frauenbewegung kämpfte leidenschaftlich um das Recht der Frauen auf Bildung und auf Erwerb. „Wer nicht frei für sich erwerben darf, ist Sklave“, stellte Louise Otto in ihrer Schrift „Das Recht der Frauen auf Erwerb“ 1866 fest. Sie sah die Versklavung der Frauen durch eine menschenunwürdige Abhängigkeit vom Hausherrn. Ihr ging es nicht um irgendeine Arbeit, sondern die Erwerbsarbeit sollte die Selbständigkeit der Frauen ermöglichen: „Selbständig kann schon dem Sprachgebrauch nach nur sein, wer selbst zu stehen vermag, d.h., wer sich selbst auf seinen eigenen Füßen ohne fremde Beihülfe erhalten kann.“ Louise Otto verwies auf die positiven Auswirkungen der ökonomischen Selbständigkeit der Frauen auf das Geschlechterverhältnis. Sie forderte allerdings schon damals nicht nur eine materielle Teilung der Familienpflichten, sondern auch eine immaterielle. Ohne diese, also ohne die Beteiligung der Männer an der Hausarbeit, sah sie ihr Emanzipationskonzept verfehlt.

Von den Vertreterinnen der sozialistischen Frauenbewegung wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung ohne die Arbeit der Frauen nicht bestehen kann. Die Möglichkeit der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Frauen war seit Beginn der Industrialisierung eng mit der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung der Industriegesellschaft verbunden. Immer dann, wenn die Wirtschaft die Arbeitskraft der Frauen benötigte, stand ihrer Erwerbstätigkeit nichts im Wege. Es waren Frauen der Arbeiterklasse, die darauf verwiesen, dass die tragende Grundlage für die soziale Gleichberechtigung des „weiblichen Geschlechts“ die Berufsarbeit bildet, weil „ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit des Weibes vom Manne, von der Familie, die Emanzipation unmöglich wird“, wie Clara Zetkin hervorhob. In ihrem Text „Die neue Familie“ forderte sie 1906 eine die Familie ergänzende öffentliche Erziehung und eine Aufteilung der Erziehungsarbeit zwischen den Eheleuten.

Sieht man sich die Konzepte, sowohl die der bürgerlichen als auch die der sozialistischen Frauenbewegungen an, so wird deutlich, dass die Frauen zwar in die Berufsarbeit „eindringen“ wollten, ergänzende Infrastruktur forderten, die Familie aber – abgesehen von vereinzelten Appellen an Männer – blieb, wie sie war, nämlich die „kleine in sich geschlossene Familiendreieinigkeit – Mann, Weib und Kinder“ (Lily Braun) und letztendlich das Refugium der Frauen. Zwar wird die Frau, auch wenn sie verheiratet ist und Kinder hat, durch die Einbeziehung in die Erwerbsarbeit stundenweise dem „Bannkreis des Hauses entzogen“, die alte Form der Familie wird jedoch nicht wirklich untergraben. Frauen schleppen nun die doppelte Last wie ihre männlichen Arbeitsgenossen. Ihnen bleibt die Haus- und Sorgearbeit neben der Erwerbsarbeit. Anders als die Bürgerinnen konnten sie die Haus- und Sorgearbeiten nicht an Dienstbotinnen delegieren. Durch die Dienstbotinnenfrage trat der Klassencharakter der Frauenbewegungen deutlich hervor. Als die häuslichen Dienstbotinnen um die Wende zum 20. Jahrhundert anfingen, sich auf ihre Menschenrechte zu besinnen, kam auch dieses Modell ins Wanken.

...oder Aufbruch zu neuen Familienstrukturen?

Es waren lediglich einige weitsichtige SozialistInnen wie August Bebel und Lily Braun, die den „genossenschaftlichen Haushalt oder die zentralisierte Wirtschaftsführung“ vorschlugen, mit dem Endziel der politischen Herrschaft des Proletariats und der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft. Die Konzepte haben nichts an Aktualität verloren. In Form von alternativen Konzepten, Wohn- und Hausgemeinschaften treten sie gerade in den letzten Jahren immer wieder in Erscheinung, allerdings ohne wirkliche Breitenwirkung; schon gar nicht für die unteren sozialen Klassen. Heute leben wir in einer laut Grundgesetz gleichberechtigten Gesellschaft. Die neuen Frauenbewegungen der 1970er Jahre (in der Alt-BRD) problematisierten die geschlechtshierarchische Arbeitsverteilung. Konzepte zur Einbeziehung der Männer in die Hausarbeit standen weiterhin aus. Auch die Kritik an der kleinfamilialen Lebensform zu Gunsten von Wohn- und Lebensgemeinschaften erreichte keine breite Basis. Die ständig steigende Quote der Erwerbsbeteiligung von Frauen in der BRD und der Wunsch „beides“ zu vereinbaren, führte zur Flexibilisierung der Frauenarbeit im Beruf durch Minijobs und nicht existenzsichernde Teilzeitarbeitsverhältnisse. Die Frau muss nicht mehr (ausschließlich) zu Hause bleiben, dennoch bleibt die Abhängigkeit vom „Hauptemährer“. Rollentausch ist möglich, wird aber selten praktiziert und ist eine schlechte Lösung des Problems, denn er lässt die Strukturen der Familie weiterhin unangetastet.

Väter und Mütter wünschen sich eine gleichmäßige oder zumindest gleichmäßigere Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit, so geht es aus zahlreichen Untersuchungen hervor, aber nur wenige leben tatsächlich danach. Der Soziologe Ulrich Beck sprach 1986 von „verbaler Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ bei seinen Geschlechtsgenossen. Das Wissen, dass weder Familie noch Beruf in ihrer jetzigen Form geeignet sind, „beides“ zu vereinbaren, liegt seit langem vor, und potenziert sich durch die Zunahme von pflegebedürftigen Alten und anderen Hilfsbedürftigen. „Reformmaßnahmen“ gehen weiter vom „Haupternährermodell“ aus und versuchen, dieses zu festigen. Wenn sich Beruf und Familie, so wie sie heute sind nicht vereinbaren lassen, brauchen wir nicht nur Veränderungen im Erwerbsleben, die nicht auf Kosten der Existenzsicherung der Frauen gehen, sondern wir brauchen auch Veränderungen in der Struktur der Kleinfamilie.

Tatsächlich entfernt sich die soziale Realität immer mehr vom ideologischen Gemälde. Im Jahre 2011 lebten laut Mikrozensus 49 Prozent der Bevölkerung als Familienmitglieder. Als solche gelten Mütter und Väter – darunter auch Stief-, Pflege- oder Adoptiveltern – sowie die mit ihnen im Haushalt lebenden Kinder. Von den Familien, in denen Kinder leben, sind 71,2 Prozent Ehepaare, 9,2 Prozent Lebensgemeinschaften und 19,7 Prozent Alleinerziehende (davon 82 Prozent Frauen). Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass wir es mit einer weit größeren Vielfalt von Lebensformen zu tun haben, als dies aus der Statistik ersichtlich ist. Acht Millionen Menschen in der BRD leben ohnehin als Singles. Sie werden für den „Geburtenrückgang“ verantwortlich gemacht, der Ruf nach einer (zusätzlichen) Besteuerung von Kinderlosen wird laut, anstatt die Vergünstigungen, die alleine der Aufrechterhaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung dienen, wie Ehegattensplitting, Witwenrente, Herdprämie etc. abzuschaffen. Es kann auch nicht darum gehen, sich häufende „neue Lebensformen“, die sich der bürgerlichen Familienform anpassen wollen, zu „normalisieren“ und damit wiederum andere daran zu messen und auszugrenzen. Es geht darum, dass keine Lebensform bevorzugt und keine benachteiligt wird. Es gilt, an Modellen zu arbeiten, die eine Gleichverteilung der sinnvollen existenzsichernden Erwerbsarbeit und der Haus- und Sorgearbeiten (heute Care-Arbeiten genannt) zum Ziel haben und zwar individuell, im Kollektiv und in der Gesellschaft. Es geht um die Utopie von freien Zusammenschlüssen unter freien Menschen.

Gisela Notz

Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, langjährige Redakteurin der Zeitschrift *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, jetzt Redaktion *LunaPark21*. Lebt und arbeitet freiberuflich in Berlin.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Theorien alternativen Wirtschaftens*, Stuttgart 2012; *Feminismus*, Köln 2011 und *„Freiwilligendienste“ für alle,* Neu-Ulm 2012. Herausgeberin des Wandkalenders *Wegbereiterinnen*, der seit 2003 jährlich erscheint.

Tarifeinheit: Wie weiter?

Rechtsanwalt Dr. Rolf Geffken zur Bedeutung des Gesetzesvorhabens „Tarifeinheit“ und den jüngsten diesbezüglichen DGB-Beschlüssen

> **Konferenz zur Tarifeinheit**
>
> *Im Zuge des von der aktuellen Regierung forcierten Gesetzesvorhabens zur Tarifeinheit fand am 15. Juni im Haus des DGB in Frankfurt/Main eine Konferenz statt. Der Einladung des Aktionsbündnisses „Hände weg vom Streikrecht – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“ folgten rund 40 TeilnehmerInnen verschiedener Gewerkschaften, unter anderen KollegInnen der IG Metall, Ver.di, GEW, FAU und des IWW. Hauptthema der Konferenz war die kritische Auseinandersetzung mit dem staatlichen Eingriff in die Koalitionsfreiheit. Näheres hierzu findet sich hier im Artikel des Arbeitsrechtlers Dr. Rolf Geffken, welcher ebenfalls teilnahm. Ergebnisse der Zusammenkunft waren, dass die Tarifeinheit als Bedrohung aller Lohnabhängigen zu werten ist, neben den Gewerkschaften ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis Gegenwehr leisten und die Wahrnehmung des Streikrechts verbessert werden soll. So ist in nächster Zeit mit einer breit angelegten Kampagne zur Aufklärung zu rechnen.*

Selbst linke Medien vermeldeten nach den neuesten DGB-Beschlüssen zur „Tarifeinheit“ einen angeblichen Kurswechsel der angeschlossenen Gewerkschaften zu diesem Thema. Doch was ist dran an dieser Botschaft?

Ursprünglich hatten DGB und BDA gemeinsam (!) eine gesetzliche Regelung der sog. Tarifeinheit im Betrieb (unter Ausschluss weniger stark organisierter Gewerkschaften) verlangt. Die schwarz-gelbe Regierung versagte ihnen zunächst die Gefolgschaft. Doch dann griff die Große Koalition von SPD und CDU/CSU die Forderung auf und kündigte ein entsprechendes Gesetzesvorhaben an. Zahlreiche kleinere Gewerkschaften kündigten an, vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften wuchs die Kritik. Unter Zugrundelegung des geplanten „Mehrheitsprinzips“ hätte die Einführung des Prinzips der Tarifeinheit per Gesetz in bestimmten Bereichen sogar die Tariffähigkeit von DGB-Gewerkschaften in Frage gestellt (so z. B. im Gesundheitswesen). Schließlich sprach sich die Gewerkschaft ver.di sogar ausdrücklich gegen dieses Gesetzesvorhaben aus. Der DGB-Vorsitzende Hoffmann kam in seiner Rede auf dem DGB- Kongress zu folgender Schlussfolgerung:

„Schon heute ist klar, dass für den Fall einer gesetzlichen Regelung zur Tarifeinheit mehrere Organisationen angekündigt haben, wegen der Einschränkung des Streikrechts vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Auch viele uns nahestehende Juristen sagen, dass sie dort gute Chancen haben, dass eine solche Regelung vom Verfassungsgericht kassiert wird.“

Damit ist klar, dass einer der zentralen Hintergründe für den Verzicht auf Unterstützung des konkreten Gesetzesvorhabens die Befürchtung war und ist, Rechtsmittel gegen das neue Gesetz könnten erfolgreich sein (und damit auch zu einem massiven Legitimationsverlust der DGB-Gewerkschaften beitragen).

Hat dies aber auch seinen Niederschlag in der Beschlussfassung des DGB-Kongresses gefunden? Die Antwort ist ein klares: Nein. Auf dem Kongress lagen zur Beschlussfassung verschiedene Anträge und auch verschiedene Änderungsanträge vor. Aus Niedersachsen kam der Vorschlag, alle Gesetzesänderungen abzulehnen, die auch nur das „Risiko“ beinhalten würden, das Streikrecht einzuschränken. In dem Antrag 001 wurde **jede** gesetzliche Regelung des Streikrechts grundsätzlich abgelehnt. Doch diese Vorschläge wurden nicht verabschiedet. Im Gegenteil: Für die IG Metall erklärte Brigitte Runge, dass man eine gesetzliche Regelung des Streikrechts nicht grundsätzlich ablehnen könne. Schließlich wäre man ja auch damit einverstanden, wenn der Gesetzgeber etwa regeln würde, *„dass das politische Streikrecht ... auch zur Koalitionsfreiheit ... gehört“.*



Urheber: Markus Bauer

Man ist überrascht: Gab oder gibt es eine Debatte über die Garantie des politischen Streikrechts? Gewiss: Eine Debatte schon. Aber keine Debatte auf dem DGB-Kongress und erst recht keine Debatte innerhalb der amtierenden Gesetzgebung oder etwa beim Bundesarbeitsgericht. Die Haltung, eine gesetzliche Regelung des Streikrechts grundsätzlich abzulehnen, haben die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten nicht von ungefähr vertreten: Bei einer „Regelung“ geht es bekanntlich nicht um eine „Rechtsgarantie“ sondern um Regularien, so wie sie das Bundesarbeitsgericht in seinem sogenannten „Arbeitskampfrecht“ festgelegt hat. Und diese Regularien sichern nicht das Streikrecht, sondern schränken es ein. Das ist das Wesen jeder Regel, dass sie Einschränkungen enthalten muss. Handlungsspielräume werden auch eingeschränkt. Die Tarifautonomie relativiert.

Doch offensichtlich ist dieses nicht mehr die Linie des DGB. Und das Ziel, eine „Tarifeinheit“ im Betrieb herzustellen, ist vom DGB keineswegs aufgegeben worden. Der DGB-Vorsitzende formulierte in seiner Rede ausdrücklich:

*„Jetzt wissen wir alle, was die Schwarz-Rote-Koalition im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Sie will die Tarifeinheit stärken. Da kann ich sagen: **Dieses politische Ziel werden wir natürlich nachhaltig unterstützen (!). Wir brauchen eine Stabilisierung der Tarifeinheit (!).** Wenn die Große Koalition uns (!!) dabei helfen will, dann nehmen wir dieses Angebot zur Hilfe natürlich an.“*

Daran schloss er die Bemerkung an, dass die „Sicherung der Tarifeinheit“ aber keinen Eingriff ins Streikrecht bedeuten könne und „natürlich verfassungskonform“ sein müsse. Das ist der Punkt: Dahinter stehen von Tarifexperten der Koalition laut *FAZ* angedachte Pläne, das Thema Tarifeinheit durch das Thema **Tarifkonkurrenz** zu ersetzen und eine schon vorhandene Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu diesem Thema gegebenenfalls gesetzlich zu verfestigen. Dies würde bedeuten, dass z. B. bei einer Tarifkonkurrenz Tarifverträge für eine gesamte Belegschaft gegenüber Tarifverträgen für einzelne Beschäftigtengruppen vorrangig sein sollen. Man kann darüber streiten, ob dies verfassungskonform ist. Entscheidend ist, dass auch der DGB sich vorbehält, entsprechende Initiativen zu unterstützen, sofern diese „verfassungskonform“ sind. Und da ja auch die Regierung schon hat verlauten lassen, dass man selbstverständlich das Grundrecht in Art. 9 GG unangetastet lassen werde, kann man ahnen, was da ausgebrütet werden dürfte. Hinzu kommt, dass das Bundesarbeitsgericht in seinem Beschluss aus dem Jahre 2010 ausgeführt hat, es sähe „derzeit“ keine Anzeichen dafür, dass der beabsichtigte Eingriff in die Koalitions- und Streikfreiheit zur Wahrung der „Funktionsfähigkeit“ der Tarifautonomie erforderlich sei. „Derzeit“. Genau an diesem „Beleg“ arbeiten bereits „Rechtsexperten“ auch aus der akademischen Zunft.

Sofern der DGB den Eindruck erweckt haben sollte, als würden nunmehr das Ziel der Tarifeinheit „nur“ noch auf politischem und nicht mehr auf rechtlichem Wege verfolgt, ist dieser Eindruck falsch. Die Realität ist eine völlig andere: Nicht nur der DGB allgemein sondern vor allem auch die angeblich dem Tarifeinheitsgesetz gegenüber besonders kritische Gewerkschaft ver.di verfolgen in der täglichen Praxis weiterhin das Ziel, sog. „unsolidarische Splittergruppen“ auch und gerade **rechtlich** zu bekämpfen. Der Verfasser hat zurzeit wieder eine Akte auf dem Tisch, in welcher sich etwa die Gewerkschaft ver.di in einem Statusverfahren gegen die Existenz einer neu gegründeten Gewerkschaft im Versicherungsgewerbe richtet.

Fazit: Wer ausdrücklich erklärt, lediglich im Hinblick auf verfassungsrechtliche Bedenken und das Risiko einer Niederlage beim Bundesarbeitsgericht und beim Bundesverfassungsgericht auf die Unterstützung der geplanten Initiative der Bundesregierung zur Tarifeinheit zu verzichten, ist wenig glaubwürdig. Dies gilt umso mehr dann, wenn er weiterhin das Ziel verfolgt, etwa über dem Weg der Tarifkonkurrenz mit anderen juristischen Mitteln das gleiche politische Ziel zu verfolgen. Oder der Status alternativer Gewerkschaftsinitiativen weiterhin rechtlich bekämpft wird.

Die Sicherung des Streikrechts bleibt weiter aktuell. Der Beschluss des DGB bestätigt die Richtigkeit dieses Kampfes, aber er markiert keineswegs sein Ende. Die Forderung nach Tarifeinheit stärkt nicht etwa die Aktionseinheit der Arbeiterschaft sondern spaltet sie, egal ob sie im rechtlichen Gewand einer „verfassungskonformen“ Tarifkonkurrenz oder „nur“ als gewerkschaftspolitische Forderung daherkommt. In diesem Zusammenhang ist es alles andere als ein nur „akademischer Streit“, was da auf dem DGB-Kongress genau beschlossen wurde, wie Olaf Harms in *Junge Welt* meinte: Nein, diese Beschlüsse belegen die nach wie vor starken auf Spaltung der Belegschaften gerichteten Bestrebungen innerhalb des DGB.

Rolf Geffken

(Dieser Text ist eine Kurzfassung eines Referats des Verfassers auf der Konferenz „Hände weg vom Streikrecht!“ in Frankfurt am 15.6.2014)

§§§-Dschungel

Bildungsurlaub/Bildungsfreistellung

Bildungsurlaub ist auf Landesebene geregelt, in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen gibt es keine Bildungsurlaubsgesetze. In allen Ländern, in denen es eine Bildungsurlaubsregelung gibt, besteht Anspruch auf fünf Werktage im Jahr (Ausnahme Saarland). Meistens ist die Regelung auf politische und berufliche Bildung beschränkt. Wichtig: Verschenkt eure Ansprüche nicht! Bildet euch!

Rente bei Teilzeitarbeit mit Kind

Ein teilzeitbeschäftigter Elternteil bekommt ab dem vierten bis zum zehnten Lebensjahr seines Kindes sein Gehalt auf das Durchschnittsgehalt aller Versicherten angehoben, da dies als besondere Pflichtbeitragszeit gilt. Voraussetzungen: Es wurde 25 Jahre lang in die Rentenkasse einbezahlt, die Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung liegen nach 1991, es handelt sich um echte Pflichtbeiträge und nicht um „Pauschalbeiträge“. (§ 57 Berücksichtigungszeiten)

Betreuungsgeld für Kinder

Für Kinder, die ab August 2012 geboren wurden, kann vom 15. Lebensmonat bis zum Ende des 36. Lebensmonates Betreuungsgeld gewährt werden, sofern das Kind nicht in einer staatlich geförderten Betreuungseinrichtung untergebracht ist (hierzu zählen auch Tagesmütter). Das monatliche Betreuungsgeld beträgt 100 Euro, ab dem 1. August 2014 150 Euro und wird einkommensunabhängig gezahlt. Ein Bezug vor dem 15. Lebensmonat ist zulässig, wenn kein Elterngeldanspruch mehr besteht, allerdings darf das Betreuungsgeld dann nicht länger als 22 Monate gezahlt werden. Wichtig: Bei Hartz IV wird das Betreuungsgeld angerechnet und die Leistung entsprechend gekürzt.

Urlaubsanspruch in der Elternzeit

Für jeden vollen Monat Elternzeit darf der Arbeitgeber den Urlaubsanspruch um ein Zwölftel kürzen, wenn der/die Arbeitnehmer_in aber nur einen einzigen Tag arbeitet, besteht Urlaubsanspruch für den kompletten Monat. Wichtig: Der vorherige Urlaubsanspruch verfällt nicht während der Elternzeit.

Wohngeld

Wohngeld ist ein Zuschuss zur Miete. Der Anspruch auf Wohngeld hängt davon ab, wie viele Familienmitglieder zum Haushalt gehören, das Einkommen und die zu bezahlende Miete. Benötigt werden folgende Formulare: Der Antrag auf Wohngeld, Bescheinigung des Vermieters, zusätzliche Erklärungen zum Antrag auf Wohngeld, außerdem noch individuelle Formulare, je nach Lebenssituation. Voraussetzung ist, dass der entsprechenden Person „dem Grunde nach“ kein BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe zusteht. Hat die betreffende Person ein Kind, steht dem Kind und somit ihr Wohngeld zu. Verstirbt ein Haushaltsmitglied, so kann das Wohngeld für dieses Mitglied für weitere 24 Monate weiter gezahlt werden. Nicht zu berücksichtigen sind ebenso ALGII-Empfänger. Wichtig: Antrag stellen, wenn ihr den Verdacht habt, es könnte etwas dabei heraus springen.

Urlaubsanspruch endet nicht mit Tod

Ein Arbeitnehmer verliert seinen Urlaubsanspruch nicht durch seinen Tod, die Hinterbliebenen können einen finanziellen Ausgleich verlangen. Dies entschied der Europäische Gerichtshof.

Und jährlich grüßt das Bildungstier

Der Bildungsbericht 2014 zeigt wie schon seine Vorgänger auf, dass „Bildung" auch vom finanziellen Spielraum ebenso wie von der sozialen Herkunft der Beteiligten in unserem Lande abhängig ist. Obwohl sich die Anzahl z.B. der Abiturienten und Studienanfänger stetig erhöht, stieg auch der prozentuale Anteil von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischer Förderung von 5,3% auf 6,6%. Das waren 493.000 SchülerInnen. Gerade bei dem Schwerpunkt der Untersuchung, der Inklusion, um SchülerInnen in dem „normalen" Schulbetrieb zu integrieren, wird noch ein hohes Defizit in Form von länderunterschiedlichen Diagnoseverfahren und eine schlechte Abstimmung der bürokratischen Institutionen von Schulen, Jugendämtern und Sozialämtern bemängelt. Ebenso steigt die Anzahl der Erwachsenen in Bildungsangeboten. Einen starken Zuwachs in diesem Bereich erlebt die berufliche Weiterbildung. Den größten Anteil daran hat die betriebliche Fortbildung. Dabei haben die Weiterbildungen im technischen Bereich den größten Zuwachs. Dass der „Bildungswille" von Erwachsenen hierbei nicht nur mit dem eigenen Interesse an Bildung zusammenhängt, sondern auch durch die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust bedingt ist, kann man nur vermuten, da dies nicht in die Untersuchung eingeflossen ist.

[1] Quelle: „Bildung in Deutschland 2014". Bildungsbericht 2014 des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung, www.bildungsbericht.de

MigrantInnen erwünscht

Gedanken zum Bericht „Bildung in Deutschland 2014"

Dass eine Zuwanderung in der BRD hauptsächlich nur in Verbindung mit dem so genannten „Fachkräftemangel" geduldet bzw. akzeptiert wird, steht außer Frage. Daher muss, so die allgemein anerkannte Meinung, großer Wert auf den Erwerb der Landessprache gelegt werden, wenn Integration – sowohl soziale wie auch wirtschaftliche – gelingen soll. Auch, gerade aus gewerkschaftlicher Perspektive, weil „Zugewanderte" dadurch sich selbst besser vor Ausbeutung schützen können. Für „Neuzugewanderte" ebenso wie für erwerbsuchende „MigrantInnen" sind nach §44 Aufenthaltsgesetz Integrationsmaßnahmen verpflichtend. Daran nahmen 2012 94.000[1] Menschen von knapp 966.000 „zugezogenen teil. Dass fast 90% der „NeubürgerInnen" dieses Angebot nicht kostenfrei nutzen können, liegt an der Tatsache, dass es hierbei starke Beschränkungen gibt, wie z.B. dass es nur für Menschen mit mindestens einjährigem Aufenthaltserlaubnis kostenfrei ist. EU BürgerInnen sind von den kostenfreien Integrationskursen ebenfalls ausgeschlossen. Da viele zugezogene Mitmenschen aber finanziell entweder am Anfang stark belastet sind oder sowieso im Niedriglohnsektor arbeiten müssen, können sich viele keine Fortbildungen oder Kurse leisten. Um diesen Irrkreis zu durchbrechen müssen kostenneutrale oder kostenlose Angebote ermöglicht werden.

Während über 75% der Volkshochschulen spezielle, z.B. „Sprachkurse", anbieten (natürlich bezahlt), sieht es hier in „linken" Strukturen so düster aus, dass man schon sehr lange suchen muss um eine Gruppe zu finden, die fortwährende Integrationshilfen anbietet (bezahlte wie kostenfreie) Wenn wir aber staatliche Vollzugsmaßnahen wie den § 44a Aufenthaltsgesetz ablehnen und auf freiwillige Basis setzen, müssen wir uns aber auch antistaatliche Alternativen überlegen wie wir Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur in Bezug auf den Arbeitsmarkt, sondern besonders auch für den Alltag Angebote zur Selbsthilfe und „Gegenseitiger Hilfe" anbieten und dadurch einen Gegenpol zum herrschenden System bilden können. Auch unter dem Aspekt der Austeritätspolitik, die eine Globalisierung des Arbeitsmarktes innerhalb der EU-Staaten beschleunigt, muss man eine „linke Politik" weiterentwickeln. Denn wenn es gelingen sollte, „MigrantInnen" von anarcho-syndikalistischen Zielen zu begeistern und einzubeziehen, dann hätte die Globalisierung auch einen positiven Aspekt. Damit könnte z.B. unterbunden werden, dass frisch ausgebildete junge Menschen aus anderen EU-Ländern abgeworben werden um hier für Billiglöhne zu arbeiten. Das hiermit auch der Druck auf die „einheimischen" Erwerbstätigen erhöht wird, ist ein willkommener Nebeneffekt für viele Arbeitgeber. Hierdurch bekommen diese vielfältige Vorteile, wie z.B. Konkurrenzkampf zwischen „einheimischen" und „auswärtigen" ArbeiterInnen. Es ist auch eine politische Aufgabe, die sich dadurch in vielen Lebenslagen wie Schule und Arbeit ergibt. Vielfältigste Möglichkeiten der „Gegenseitigen Hilfe" sind hier möglich. Das entscheidende dabei muss sein, das die Menschen selbst die Entscheidung behalten was sie annehmen und für sich umsetzen möchten.

Markus Bauer

Das Kind mit dem Bade ausgeschüttet

Ein Kommentar zum Rentenpaket von Christian Horn

Urheber: Findus

Zu teuer, zu selektiv, falsch finanziert und dadurch ungerecht, so begründen Die Grünen ihre Ablehnung des vor wenigen Tagen beschlossenen Rentenpakets. Es geht um abschlagsfreien Renteneintritt ab 63 für einige Jahrgänge mit 45 Beitragsjahren, die so genannte Mütterrente sowie kleinen Verbesserungen bei Rente wegen Erwerbsminderung. Es wird vom finanziellen Volumen als das größte Vorhaben der Bundesregierung gesehen, was wie zu erwarten die wirtschaftsnahen Propagandisten wie Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) auf den Plan ruft. Natürlich kosten bessere Leistungen im Sozialsystem mehr Geld. Nach Jahren von Privatisierung der Altersvorsorge, Rentenkürzung und der Einführung der Rente mit 67 sollte es mal wieder Verbesserungen geben. Sozialpolitische Krümel, die zwar am Grundproblem der drohenden Altersarmut nichts ändern, aber zumindest einigen ArbeitnehmerInnen etwas bringen, werden von den Neoliberalen gleich als Skandal angesehen.

Ebenso geht den Grünen das Rentenpaket zu weit. Schon im Wahlkampf hatten sie bei diesem Thema mit eher wirtschaftsnahen Vorstellungen geworben. Bloß keine Abkehr von der Rente mit 67 oder den Stopp der Absenkung des Rentenniveaus. Die Grünen waren schon bei der Abstimmung für die Beibehaltung des aktuellen Rentenbeitrags (18,9%) dagegen und wollten lieber für billigere Arbeit die Beiträge senken. Katrin Göring-Eckardt vom rechten Flügel macht sich gar um die Wirtschaft sorgen, weil es den Fachkräftemangel weiter anheizt, wenn demnächst einige Jahrgänge mit 63 bzw. Jahrgänge bis 1964 stufenweise vor ihrem 65. Lebensjahr in Rente gehen. Aber genau das kommt ja den Beschäftigten zugute, wenn das Angebot an Arbeitskraft sinkt und somit der Druck auf die Lohnkosten abnimmt.

Keine Frage: Die Mütterrente hätte gleich ab 1. Juli aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Es handelt sich ja um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wenn die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern dem zuständigen Elternteil (also auch für einige Väter) mit mehr Rentenpunkten angerechnet wird, was aber leider auch noch nicht für die komplette Gleichbehandlung mit Kindern, die nach 1992 geborenen wurden, bedeutet. Weil nicht nur Beitragszahlende einen Anspruch darauf haben, sondern auch Gruppen wie BeamtInnen, Rechtsanwälte und PolitikerInnen, müsste diese Leistung die Allgemeinheit tragen und nicht die Versicherten alleine. Ja, die Finanzierung aus Rentenbeiträgen ist nicht Ordnung, die verbesserte Leistung an sich schon.

Dreist, wie Göring-Eckhardt noch durch diese Leistungen die Generationengerechtigkeit in Gefahr sieht. Waren es nicht auch die Grünen selbst, die für Sozialabbau bei Rente und Arbeit gesorgt hatten. Nun schieben sie die Generation vor, welche von Leiharbeit, Befristung und künftiger Altersarmut betroffenen sein wird, um gegen das Rentenpaket zu wettern. So werden die Wirtschaftseliten die FDP im Bundestag gar nicht missen.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Der Verfassungsschutz berichtet

Zur Zeit ist der neueste Verfassungsschutzbericht in den Medien präsent. Wie auch in den letzten Jahren wird über eine Steigerung extremistischer Gewalttaten berichtet. Nichts Neues also. Interessant ist aber die Art der Informationsgewinnung; Wie kürzlich bekannt wurde, kooperiert der deutsche Verfassungsschutz eng mit den US-Behörden CIA und FBI, um an Daten zu gelangen. So hat sich die Anzahl der Fälle mit geheimdienstlich erworbenem und an die US-Behörden weitergegebenem Wissen in den letzten vier Jahren verfünffacht, im letzten Jahr waren es über 1.100 Anfragen, im ersten Quartal 2014 bereits 400. Ein Ausgleich der Informationsgewinnung wird dadurch geschaffen, dass auch die US-Geheimdienste Daten in ähnlichem Umfang an den Verfassungsschutz weitergeben.
Übrigens: Während im Jahr 2011 die FAU noch recht ausführlich vorgestellt und im Jahr darauf nur noch am Rande erwähnt wurde, erwähnte der aktuelle Verfassungsschutzbericht zu 2013 die anarchosyndikalistische Gewerkschaft gar nicht mehr.

Niedersächsischer Verfassungsschutz muss Daten löschen

Nachdem entdeckt wurde, dass der niedersächsische Verfassungsschutz Daten von „publizistisch und journalistisch tätigen Personen", vor allem solchen, welche sich mit Rechtsextremismus beschäftigen, sowie die eines Anwalts und MitarbeiterInnen der Grünen und der Linkspartei unzulässig speicherte, wurde eine Task Force eingerichtet. Ende Juni wurde der Abschlussbericht vorgestellt. Die Task Force überprüfte rund 9.000 Akten und kam zu dem Ergebnis, dass 20% dieser personenbezogenen Datensätze bereits vor längerer Zeit und weitere 20% hätten schnell gelöscht werden müssen da sie für die Aufgabenerfüllung des Geheimdienstes gar nicht benötigt werden. Die Unabhängigkeit der Task Force ist zweifelhaft: So war die Vorsitzende Martina Schaffer, die Vizepräsidentin des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, daneben bestand die Arbeitsgruppe aus einem ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten, einem LKA-Beamten und Mitarbeitern des Innenministeriums, während der Vertreter des Landesbeauftragten für Datenschutz eine bloß beratende Funktion inne hatte. Atomkraftgegner beklagten seit Jahren die Beobachtung durch den VS, waren mit ihren Datenschutzklagen aber selten erfolgreich, da so lange keine Auskunft erteilt wird, wie die Personen unter Beobachtung stehen. Zudem wurde bekannt, dass die Polizei persönliche Daten über VersammlungsanmelderInnen an den Verfassungsschutz, die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt weiter gab. Jede erneute Anmeldung einer Versammlung verlängerte die Speicherfrist um weitere 5 Jahre.

Bildungsoffensive per Verfassungsschutz

Seit Jahren intensiviert der Verfassungsschutz seine Arbeit an Schulen, indem er sich als Partner für zivilgesellschaftliches Engagement darstellt. Vordergründig geht es um politische Bildung und die Aufklärung der Schülerinnen und Schüler über diverse Formen des Extremismus, wobei er die Bildungseinrichtungen nur auf Anfrage besuche. Bei den Vorträgen speziell für diesen Zweck ausgebildeter GeheimdienstlerInnen werden an den Schulen auf die Zielgruppe und das Alter angepasste Materialien aber auch Süßigkeiten und Kugelschreiber mit Verfassungsschutz-Werbung verteilt. LehrerInnen sehen diese Art der Bildungsarbeit größtenteils unkritisch da sie von einer staatlichen Behörde ausgeht.

BND Echtzeitschnüffelei auf Facebook und Twitter

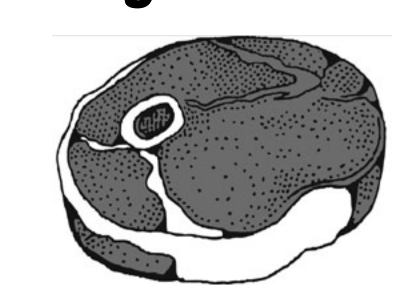
Um beim Überwachen von Revolutionen auf dem neuesten Stand zu sein, fordert der BND 300 Millionen Euro für die Echtzeitüberwachung von Streaming-Daten in sozialen Netzwerken wie Twitter und Facebook im Ausland. Ermöglicht wird das durch die Bereitstellung bereits vorhandener Schnittstellen, welche die Social-Media-Dienstanbieter auch Werbekunden gegen Bezahlung zur Verfügung stellen. Durch die dann noch bessere Analyse von Plattformen, die dem Austausch von Bildern, Mitteilungen und Daten dienen, soll auf Ereignisse wie den „Arabischen Frühling" schneller reagiert werden. Ein Analyseprogramm soll dann auffällige Ausschläge bei der Nutzung der sozialen Netzwerke anzeigen und den Geheimdienst über die Stimmung der Bevölkerung informieren. Die Daten deutscher BürgerInnen und in Deutschland lebender AusländerInnen sollen dabei herausgefiltert werden.

Automatische Auswertung von Überweisungen

Laut einer EU-Vorschrift müssen Banken die Überweisungen ihrer Kunden automatisiert überwachen und gefundene Verdachtsfälle an die Bundesbank sowie das BKA und LKA weitergeben. Die dort gesammelten Meldungen werden, auch wenn der Verdacht nachgewiesen unbegründet war, für 10 Jahre gespeichert. Das kann zu unangenehmen Konsequenzen beispielsweise auf Flugreisen, bei Kreditgeschäften und Finanztransaktionen führen.
Für Aufsehen sorgte ein Scherzbold aus Bayern, der einem Freund seinen Anteil für den gemeinsamen Urlaub mit folgendem Überweisungszweck betitelte: „danke für die nacht ... kommune1 ... bin laden". Über die Speicherung informiert wurde der Kunde durch eine besorgte Mitarbeiterin der Bank. Wenig Begeisterung von dieser Art der Überwachung zeigen auch die Landeskriminalämter, welche stark bezweifeln, ob sich mit dieser Methode tatsächlich in Terrorismus oder Geldwäsche involvierte Personen aufspüren lassen.

Nina Schäfer

Billiges Fleisch?



Und es geht doch!

Die Gewerkschaft NGG hat zum 1. Juli 2014 mit dem Bundesverband der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e.V. eine Einigung über die Eckpunkte eines Mindestlohntarifvertrages erreicht. Er enthält auch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung die dadurch auch für LeiharbeiterInnen und WerkverträglerInnen gilt. Gerade die Einbeziehung dieser Gruppe ist hier besonders wichtig, da nur etwa 20% der Beschäftigten zum Stammpersonal gehören. Die Tarifvereinbarung wurde schon im Januar 2014 vereinbart und enthält folgende Entlohnungseckpunkte zum Mindestlohn: in der 1. Stufe zum 1. Juli 2014 7,75 Euro/Stunde, in der 2. Stufe zum 1. Dezember 2014 8,00 Euro/Stunde, in der 3. Stufe zum 1. Oktober 2015 8,60 Euro/Stunde und in der 4. Stufe zum 1. Dezember 2016 8,75 Euro/Stunde. Dass dieser Mindestlohn immer noch viel zu niedrig ist und dieser weiterhin nur eine ungenügende Lebensgrundlage für die Betroffenen bietet, steht außer Frage, aber wenn man die bisherigen Löhne in diesem Bereich betrachtet, stellt dieser Mindestlohn für viele Betroffene eine über 200%ige Lohnsteigerung dar.

Schlachte viel ohne Stammpersonal und du sparst: Der Staat gibt Anreize zur Ausbeutung

Eine Befreiung von der EEG-Umlage bekommen Unternehmen, die mehr als 14% der Bruttowertschöpfung für Stromkosten ausgeben müssen. Da die Kosten für die Stammbelegschaft nicht in die Bemessungsgrundlage einfließen, stellen Schlachtereibesitzer LeiharbeiterInnen oder WerkverträglerInnen ein, um einerseits in den Genuss der EEG Umlagebefreiung zu gelangen, denn die Kosten für „Fremdarbeiter" dürfen die Bruttowertschöpfung mindernd und damit den Anteil des Stroms steigernd einbezogen werden. Also: Ein Schlachtereibetrieb zerlegt ein Schwein, vom Erlös des Fleisches rechnet er die Ausgaben für Messer, Gewürze usw. ab. Das ist seine Bruttowertschöpfung. Die Kosten für seine Stammbelegschaft darf er dabei nicht abziehen. Folglich: Schlachte viel, aber ohne eigenes Personal! Dass dieses Vorgehen auch von anderen Branchen, z.B. Großhandelsunternehmen eingesetzt wird, ist logisch. Wenn der Staat solche Anreize schafft, muss man sich nicht wundern, wenn diese auch genutzt werden. Allein die Schlachtindustrie hat im Jahr 2013 durch die Einsparung der EEG-Umlage ca. 30 Millionen Unkosten eingespart, die die „NormalbürgerInnen" dann mitbezahlen müssen. Der Konsument zahlt somit indirekt die Reduzierung von Stammpersonal.

Freies Land und freie Hütte ... zieht mich stets zu diesem Ort

Nicht nur die Sanierung des geschichtsträchtigen Bauwerks schreitet voran

Ein Aufatmen ging durch den Aktivenkreis um die Bakuninhütte als im April 2011 ein Vergleich vor dem Oberverwaltungsgericht in Weimar mit der Bauaufsicht erzielt wurde. Ein Betretungs- und Nutzungsverbot konnte abgewendet werden, jedoch darf im Gebäude nicht übernachtet werden. Es ist auch juristisch wieder möglich, die Hütte zu reparieren. Die Bauaufsichtsbehörde des südthüringischen Kreises Schmalkalden-Meiningen war zuvor durch einen Artikel der lokalen Presse auf bereits sanierte Balken aufmerksam geworden. Per einstweiliger Verfügung brachte sie Ende 2009 die Sanierung vorerst zum Erliegen. (siehe *DA* 209)

Es geht wieder los...

Nach dem Vergleich startete der Wanderverein Bakuninhütte eine Spendenkampagne. Schon in 2012 kamen so 7.000 Euro zusammen. Es gab aber noch viel zu tun an dem Gebäude, das auf der Hohen Maas, nahe der Theaterstadt Meiningen, steht. Die Odyssee durch die Institutionen von NS-Regime, DDR und schließlich der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hatte ihre Spuren hinterlassen. Drinnen war der Putz lose und dem Dachboden fehlte eine Isolierung. Etliche der ursprünglichen Fenster waren zugemauert bzw. ohne Rahmen und Glas. Im Obergeschoss machte der Fußboden einen mehr schlechten als rechten Eindruck. Es handelte sich eigentlich eher um einen Rohbau. „Nach Plänen des Wandervereins soll die Hütte alten Glanz wiedererlangen", meint Kai Richarz, einer der Aktiven, welche sich sowohl um die Geschichte, als auch den baulichen Erhalt des Objektes bemühen.

Nach einigen Baueinsätzen durch Vereinsmitglieder, Sympathisanten, aber auch professionelle Fachkräfte, sind schon zahlreiche Fortschritte zu verzeichnen. Durch die Wiederherstellung der zugemauerten Öffnungen und den Einbau neuer Fenster wird der große Aufenthaltsraum im Obergeschoss wieder optimal erhellt. Fensterpatenschaften ermöglichten so den Übergang zum Trockenbau. Die Wände wurden im Raum wieder verputzt. Ebenso vertäfelte ein Zimmermann den Spitzboden unterm Dach. Im Außenbereich wurde der Wall aus Schneebeere zurückgeschnitten. Fließendes Wasser und Strom sind noch Mangelware, aber für ein kleines Zeltlager in idyllischer Landschaft lohnt sich ein Besuch schon jetzt allemal.

Auf dem Weg zum Kulturdenkmal?

Zwar steht die Bakuninhütte noch nicht unter Denkmalschutz, aber auch hier beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit Recherche und systematischer Aufarbeitung, um den Status zu erlangen. In Meiningen selbst trifft sich ein monatlicher Stammtisch, um Aktivitäten wie Wanderungen oder Vorträge zu planen und sich über die Geschichte von Stadt und Hütte zu unterhalten. Etwa halbjährlich werden inhaltliche Abendveranstaltungen zu Personen oder Ereignissen, welche im lokalen oder ideellen Zusammenhang mit der Hütte stehen, organisiert, so zu Gustav Landauer, Michael Bakunin, Karl Korsch, und es wurde der Umgang mit dem Nationalsozialismus von Familien aus dem Kreis der ErbauerInnen beleuchtet. Eine Podiumsdiskussion im alten Landtagsgebäude, im Herbst letzten Jahres, aus Anlass des 90. Todestag von drei Meininger Arbeitern (je ein Mitglied von FAUD, KPD und SPD), welche von der Reichswehr 1923 erschossen wurden, stellte den Höhepunkt der bisherigen Veranstaltungen dar. Für nächstes Jahr ist eine mehrtägige Tagung in Kooperation mit der Erich-Mühsam-Gesellschaft, dem Literaturmuseum und dem Kulturreferat der Stadt Meiningen geplant. Das Programm umfasst neben Vorträgen u. a. auch eine Ausstellung und einen LeseWanderTag. Mühsam war selbst an der Hütte, wie durch verschiedene Quellen belegt ist.

Darauf freut sich schon der stellvertretende Vereinsvorsitzende und Pfarrer im Ruhestand Michael Wagner: „Seitdem ich mich mit der Bakuninhütte beschäftige, wird mir die historische Einzigartigkeit des Bauwerks für Deutschland bewusst. Unsere geplante Veranstaltung wird dies unterstreichen." Generelles Ziel ist es, die Hütte zu einem lebendigen Kulturdenkmal zu machen, welches nicht nur starres Zeugnis vergangener Zeiten ist, sondern den Geist der früheren Zeiten für BesucherInnen erlebbar macht: Sei es als Wanderstation, Tagungs- oder Ausstellungsort, oder einfach nur um die Seele baumeln zu lassen.

Für Interessierte wird die Hütte am 14. September geöffnet. Zum siebten Mal bietet der Verein dann am Tag des offenen Denkmals Führung und Imbiss für Gäste von nah und fern.

Christian Horn

Bildungsstreik im Jena

Wieder nur ein ungestümer Protestzyklus ohne Langzeitwirkung?

Es waren nur eine Handvoll Leute, die Ende 2011 große Pfändungsmarken in der Friedrich-Schiller-Universität Jena verklebte. Die meisten von ihnen waren schon bei den großen Bildungsstreiks 2009 dabei. Sie waren die Übriggebliebenen und hatten sich inzwischen in der studentischen Selbstverwaltung eingenistet, denn die Bewegung gab es nicht mehr. Und so gaben Sie sich mit einer kleinen Aktion zufrieden. Zumindest ein Zeichen wollten Sie setzten. Gerade hatten die schwarz-rote Landesregierung und die Hochschulen die sogenannte Rahmenvereinbarung III unterschrieben. Darin abgesteckt wurde die Finanzierung der Hochschulen bis Ende 2015, und die systematische Unterfinanzierung fortgesetzt.



Foto: Robert Eckardt (CC BY-NC-SA)

Aktion vom 20. Mai: Der Bildungsstreik 2014 ist eröffnet

Ende 2012 sah die Sache schon etwas anders aus. Nun sollten Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen der Landesregierung und den einzelnen Hochschulen den finanziellen Korridor enger abstecken. Erstmals wurde klar, an welcher Hochschule in etwa wie viel Stellen gekürzt werden würden. Aufklärende Flugblätter wurde verteilt, Unterschriften gesammelt, eine Veranstaltung mit Regierungs- und Oppositionsvertreter_innen, Gewerkschaft und einem linken Professor organisiert. Es war auch nicht mehr nur eine Handvoll Menschen, die das organisierte. Vor allem aus den Fachschaftsräten gab es jetzt mehr Interesse.

Ende 2013 hatte sich die Lage verschärft. Die Schuldenbremse zwang nicht nur Thüringen, die Austeritätspolitik unverblümt anzuwenden. Die Kürzungen, über die im Rahmen des Struktur- und Entwicklungsplan verhandelt wurde, waren noch umfangreicher geworden. Und so fanden sich so viele wie seit Jahren nicht mehr zusammen als das Referat für Hochschulpolitik des Studierendenrats der Friedrich-Schiller-Universität zu Beginn des Wintersemester 2013/14 zum Vernetzungstreffen rief. Schnell war klar: Die Phase des Fragens, Zuhörens und Verhandelns ist vorbei. Eskalation ist angesagt. Auf wöchentlichen Treffen wurde versucht zu koordinieren, was wild heranwuchs. Eine neue Protestbewegung bahnte sich ungestüm ihren Weg. In aller Eile wurden über 10.000 Flyer verteilt. Mit der Aktion „Bildungskürzungen ankreiden" wurden Forderungen und Parolen auf dem Campus für alle sichtbar angebracht. Eine Sensenfrau zog durch Vorlesungen und entführte die Professor_innen, deren Lehrstühle durch Kürzungen wegzufallen drohten. Am Tag an dem die Kürzungen beschlossen werden sollten fanden sich 6.000 Menschen zusammen. An einem Freitagmorgen um 8 Uhr morgens zogen sie zum Tagungsort des Hochschulrats. Während draußen Redebeiträge gehalten wurden verschafften sich 200 Personen Zugang zum Gebäude. Sie besetzten den Senatssaal und trugen eine Erklärung vor. Die Sitzung wurde abgebrochen und die Kürzungen an diesem Tag nicht beschlossen. Dies wurde drei Monate später in der vorlesungsfreien Zeit an einem geheimen Ort nachgeholt, aber ein Zeichen war gesetzt. Inzwischen haben sich die Organisator_innen der Proteste auf die Landes- und Bundesregierung eingeschossen. Ob sie für die grundsätzlicheren Forderungen erneut viele Menschen mobilisieren können, wird der Juni zeigen.

So weit so gut. Das Geschilderte klingt nach einer tollen Dynamik, an deren Ende zweifellos nur die Revolution stehen kann. Doch einen Höhepunkt gab es bereits 2009, und 2011 war davon nicht mehr viel zu spüren. Es ist zu befürchten, dass auch 2016 nicht mehr viel von den aktuellen Protesten zu spüren sein wird. Bereit jetzt kann man feststellen, dass die Fluktuation in der Bewegung hoch ist. Viele der Organisator_innen bringen sich nur wenige Monate aber dafür extrem intensiv in die Bewegung ein. Kontakte zu anderen Gruppen, Erfahrung in der politischen Arbeit und das Fachwissen liegen nur bei wenigen. Ohne die Information über den Inhalt noch nicht veröffentlichter Papiere gäbe es keine Bewegung. Die Menschen blieben uninformiert und handlungsunfähig ohne die Anleitung jener, die dauerhaft aktiv sind – egal ob gerade ein Protestzyklus ansteht oder nicht. Doch kommt es auch zu Spannungen zwischen jenen, die die Gelegenheit zur Eskalation gesellschaftlicher Missverhältnisse nutzen wollen und jenen, die sich schon daran gewöhnt haben, dass diese Bewegungen die meiste Zeit abwesend sind. Die Erfolge in Zahlen auf der Straße dürfen uns nicht darüber hinweg täuschen, dass wir die richtige Mischung aus Reform und Revolution auch diesmal wieder nicht gefunden haben und der Mix aus langem Atem und ungestümem Agieren auch diesmal nicht so recht stimmen mag.

Malte





Holzschnitt und Radierung von Ralf Hentrich zu erwerben im Online-Hüttenladen

Für abschließende Sanierungsmaßen ist weitere Hilfe notwendig. Für den Erhalt dieses einmaligen Kulturdenkmals braucht der Wanderverein Bakuninhütte:

... Geld:
Möglich sind Spende (gegen Spendenquittung) oder Direktkredit. Gern wird ein Informationsblatt zugesendet.

... Sachleistungen:
Du kannst uns helfen beim Ausbau oder durch Materialspenden. Jede helfende Hand, ob gelernt oder ungelernt, ist willkommen. Über alle Möglichkeiten zur Unterstützung wird informiert.

Weitere Informationen:
Wanderverein Bakuninhütte e. V.
Ernestinerstraße 14
98617 Meiningen
www.bakuninhuette.de/hilfmit
kontakt(a)bakuninhuette.de

Spendenkonto
Wanderverein Bakuninhütte
Kontonummer: 101 180 428
Bankleitzahl: 790 691 65
Genobank Rhön-Grabfeld eG

Veranstaltungsreihe zu Erich Mühsam in Meiningen
(geplant: genaues Programm unter www.bakuninhuette.de)
9. Mai 2015: LeseWanderTag– Auf den Spuren Erich Mühsams zur Bakuninhütte
17. Mai bis 28. Juni 2015: Ausstellung im Schloss Elisabethenburg „Erich Mühsam und die Bakuninhütte"
22. bis 25. Mai 2015: Pfingst-Zeltlager, anknüpfend an die Tradition zum Wandern, Ausruhen und Kennenlernen
12. bis 14. Juni 2015: Tagung der Erich-Mühsam-Gesellschaft

Büchermesse in Bern

„Vom 16. - 18. Mai veranstaltete die FAU Bern ein Wochenende zu „Anarchismus – auch in der Schweiz". Im Kulturzentrum Progr fanden zum Thema passende Veranstaltungen und ein Stadtrundgang, welcher von der Polizeiunfreiwillig erweitert wurde, sowie eine Büchermesse statt. Der Anlass war gut besucht, erfreulicherweise kamen auch Menschen, die mit dem Anarchismus bislang nicht viel am Hut hatten. Ursprüngliche Motivation war der 200. Geburtstag von Mikhail Bakunin, welcher auf dem Berner Bremgartenfriedhof begraben ist."

weitere Infos auf faubern.ch

„...nicht lang G'schichten machen, schlagt sie tot!"

Zum 130. Geburtstag von Zenzl Mühsam & zum 80. Todestag von Erich Mühsam. Eine Doppelehrung (Teil I)

„In diesem Augenblick proklamieren wir Bayern zur Republik, geleitet von seinen Arbeiter- & Soldatenräten."

Nein, es war nicht etwa Kurt Eisner, der mit diesen Worten als Erster die bayerische Räterepublik[1] ausrief. Es war Erich Mühsam.



Zenzl Mühsam um 1920

Am 7. November 1918 fand zunächst eine Großkundgebung auf der Münchner Theresienwiese mit ca. 60.000 Menschen statt. Der Großteil dieser von SPD, USPD und Gewerkschaften durchgeführten Veranstaltung stapfte im Anschluss der Blaskapelle hinterher Richtung Friedensengel, Kurt Eisner spaltete sich mit rund 2.000 Menschen ab um geradewegs durchs Münchner Westend zu den Kasernen zu gelangen. Mühsam war bereits dort:

„Ich persönlich sehe ihn immer, wie er an der Seite seiner ebenso handfesten wie herzensgütigen Frau an der Ecke der Münchner Theresienstraße aus dem Tramwagen springt und geschwungenen Regenschirms zur Türkenkaserne rennt, um die vor den geschlossenen Toren der Hochburg des königlich bayerischen Militarismus stockenden Revolutionäre anzufeuern, die erst lachenden, dann nachdenklich werdenden Soldaten zum Anschluss an seine Leute aufzufordern. Ich glaube keine Geschichtsklitterung zu treiben, wenn ich sage, dass ohne Erich Mühsams Eingreifen in jener Minute die Sache des Münchner und damit des gesamten deutschen Umsturzes zumindest auf das Verhängnisvollste verzögert worden wäre; denn es kam damals alles darauf an, diese letzte und wichtigste Machtposition der alten Gewalten auszuschalten. Das aber ist der ganze Mensch: mit einem Regenschirm auf die Barrikade!"

So beschrieb der Zeitzeuge und Publizist Harry Kahn die Situation. Die alten Werte und Strukturen stehen in diesen Stunden und Tagen zur Disposition. Erich und Zenzl sind an vorderster Front dabei.

Die das Volk bisher geleitet,
folgend dem gewohnten Lichte,
waren nicht drauf vorbereitet:
es begibt sich Weltgeschichte.

Wild schlägt der Empörung Welle
an des Staates morsche Fugen.
Krachend bersten die Gestelle,
die die alte Ordnung trugen.
Ja, ja, ihr Herrn, so geht's,

Aus dem Gedicht „1919"

Eigentlich hätte Erich Apotheker werden und den Beruf des autoritären Vaters in Lübeck weiterführen sollen. Doch all die Schläge, die ihn zur Räson bringen sollen, nützen nichts. Nachdem der Sohn bereits mit 17 wegen *„sozialdemokratischer Umtriebe"* von der Schule flog, weil er Schulinterna an eine sozialdemokratische Zeitung weitergab, nimmt er Reißaus, weg von Siegfried Mühsam, dem Vater und Kriegsveteran, der auf preußischer Seite in den 1860ern gegen die Österreicher zu Felde zog. Weg von Mutter Rosalie und der jüdisch-orthodoxen Gemeinde seines Elternhauses. Sein psychosoziales Moratorium treibt ihn einmal quer durch Europa. Berlin, Italien, Frankreich, Österreich. Er kommt in Kontakt mit anarchistischen Ideen, betätigt sich bald politisch und steht 1903 unter polizeilicher Beobachtung. Er stand in Kontakt zur Lebensreformbewegung, 1905 hält er sich selber längere Zeit in Ascona in einer Kommune auf. Drei Jahre später sollte es nach München gehen.

Vergiß nicht der Husaren wegen
der Münchner Gaudi wahren Segen.
Willst dort Du Dir Dein Glück bereiten,
wer wird Dich einst zurückbegleiten?

„Schüttelreime"

Hier tritt er regelmäßig als Kabarettist auf, schreibt für die Satirezeitschrift *„Simplicissimus"* und ist Teil der Münchner Bohème. Auf der Suche nach Wegen zur Revolution versucht er das sogenannte Lumpenproletariat zu agitieren, der *„Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen"*, wie Karl Marx es einmal nannte. Mühsam hatte da eine gegenteilige Vorstellung. Er glaubte vielmehr, mit dem Proletariat sei keine Revolution mehr zu machen, zu sehr seien sie von der Sozialdemokratie verbürgerlicht worden. Er gründet unter anderem zusammen mit Gustav Landauer den „Sozialistischen Bund", eine Organisation, die diverse dezentrale Kommunen vereint. Des Weiteren gründet er die Gruppen „Tat" und „Anarchist". Die Treffen finden in verruchten Spelunken statt, wo sich Gauner, Gaukler, Taschendiebe, Bordellhalter, Lumpensammler und Hehler ihr Stelldichein geben.

Kein Schlips am Hals, kein Geld im Sack.
Wir sind ein schäbiges Lumpenpack,
Auf das der Bürger speit.
Der Bürger blank von Stiebellack,
Mit Ordenszacken auf dem Frack,
Der Bürger mit dem Chapeau claque,
Fromm und voll Redlichkeit.

„Lumpenlied"

1910 wird Mühsam angeklagt, wegen Geheimbündelei, ursprünglich ein Tatbestand, der für die Freimaurer erfunden wurde. Letztlich wird er frei gesprochen, diesmal. Für Obrigkeit und Kapital muss er ein höchst unangenehmer Zeitgenosse gewesen sein ob seiner Agitationsfähigkeit. Doch auch seinen eigenen Leuten muss er oft das Kraut ausgeschüttet haben, etwa wenn Mühsam ohne Unterlass SPD-Versammlungen besucht, dem vorstehenden Podium im Alleingang Kontra gibt und die Versammlung so lange stört, bis er rausgeschmissen wird. Seiner Abneigung der Sozialdemokratie gegenüber gibt er denn auch in seinem lyrischen Werk Raum, etwa im bekannten Gedicht „Der Revoluzzer"[2]. Hinter der Revolutionsrhetorik sieht er keinen ernsthaften Willen zur grundlegenden Veränderung. Diese Einschätzung behält er auch bei als er, sehr viel später um 1919, kurzzeitig in die KPD[3] eintritt, schnell aber wieder austritt und feststellt, dass letztlich alle Energien einer Partei in ihre Existenzberechtigung laufen. *"Umgekehrt wird die Energie nachlassen, im Klassenkampf vor Ort zu bestehen."*

Kreszentia Elfinger kommt 1884 in Haslach zur Welt (das heutige Au in der Hallertau) und damals wie heute wichtiges Hopfenanbaugebiet. So ist sie auch Tochter eines Hopfenbauers und Gastwirts. Als sie dreißig Jahre alt war lernte sie den sechs Jahre älteren Erich kennen. Als Anarchist gilt Mühsam die Ehe natürlich nicht viel. Da er aber kein bayerischer Staatsangehöriger war, barg das Konkubinat zu Zenzl, wie Kreszentia genannt wurde, im katholischen Bayern das Risiko der Ausweisung. So heirateten die beiden 1915. Zenzl hatte mit 18 ein uneheliches Kind, Siegfried, bekommen. Es sollte ihr einziges Kind bleiben, welches nun zu den beiden nach München-Schwabing zog und offiziell auch dem Vormund Erichs unterstand. Der dänische Dichter Nexö war oft bei den Mühsams zu Besuch:

„Es war mit einem gewissen Risiko verbunden, die Familie zu besuchen. Polizei in Zivil schlich um das Haus herum und passte genau auf, wer dort ein und aus ging. Auf mannigfache Weise spürte man, dass seine Schwelle gezeichnet war. Aber es lohnte sich, die unsichtbare Sperre zu durchbrechen. In dem hohen Mietshaus in der Münchner Georgenstraße hausten hoch unter dem Himmel als zwei freie Vögel Erich und Zenzl Mühsam. Von außen waren sie so verschieden wie überhaupt möglich: sie durch und durch Land und freier Himmel, er die Großstadt mit Ästhetik und Bücherlust. Und dennoch passten sie zusammen, bildeten ein seltenes Beispiel der Kameradschaft. Sie verließ ihre Küche ebenso ungern wie er sein Studierzimmer; Ihre Mahlzeiten waren ebenso anregend und würzreich wie seine Anmerkungen; ihr Geist war ebenso revolutionär wie seiner. Aus der Küche warf sie wie helle Funken ihre Bemerkungen in die Diskussion, deren Teilnehmer waren revolutionäre Künstler, revolutionäre Arbeiter, dieser und jener aufrührerische Soldat. Unbewusst hatten Erich und Zenzl um sich herum eine Welt geschaffen, in der man die Luft einer neuen Zeit schon atmete."

Mühsam bezieht bereits früh Stellung gegen den Weltkrieg, organisiert pazifistische



Familie Mühsam: Links Mutter Rosalie, rechts der Vater Siegfried, Erich ist der dritte von links

Aktionen und wird zeitweilig in Traunstein interniert. Als der Krieg verloren ist wird Mühsam entlassen. Die Revolution bricht sich Bahn in jenem November 1918. Und, wie gesagt, die Mühsams vorne mit dabei. Nach seiner Rede vor der Türkenkaserne klappern Erich und Zenzl weitere Kasernen ab. Meist wurden sie mit roten Fahnen und Jubel begrüßt. An diesem Abend hielt Mühsam sieben Reden in denen er zur Revolution aufrief und erinnert sich daran, danach vor Heiserkeit kein Wort mehr heraus bekommen zu haben. Für eine kleine Anweisung an einen Soldaten muss es aber dennoch gereicht haben. Dieser sollte zu Rainer Maria Rilkes Wohnung gehen und einen Zettel an der Tür anbringen: *„Beim Dichter Rilke darf nicht geplündert werden."* Unterschrift: *„Die Revolution"*.

Dies sollte der letzte Tag der Monarchie in Bayern sein. Der König floh mit kleinem Hofstaat, ein Nationalrat wurde gebildet. Diese Übergangsregierung blieb recht farblos, tiefgreifende Veränderungen verhinderte allein schon der Konflikt zwischen der revolutionären USPD und der SPD, die die Revolution bestenfalls als rhetorische Floskel im Repertoire behielt.

Am 21. Februar wird Kurt Eisner ermordet und in der Folge übernimmt der „Zentralrat der Bayerischen Republik" die Macht. Mühsams Antrag vor dem Bayerischen Rätekongress, die Räterepublik auszurufen wird zunächst noch abgelehnt. Bald darauf flieht der Landtag nach Bamberg, dessen Aufgabe zu großen Teilen darin bestand, die am 7. April ausgerufene „Räterepublik Baiern"[4] zu bekämpfen, angeführt von Johannes Hoffmann und seinem SPD-Kabinett sowie der „Bayerischen Volkspartei".



Stempel des Zentralrates der Republik Bayern

Die Diffamierung der Revolution erreicht immer neue Höhepunkte. Zur Lynchjustiz wird da aufgerufen, Landauer und Mühsam würden die Frauen verstaatlichen wollen. Tatsächlich frauenfeindlich zeigt sich allerdings die Konterrevolution. Mühsam schreibt von standrechtlichen Erschießungen, wo *„die ersten Schüsse auf die Geschlechtsteile von Frauen und Mädchen"* gingen. Mühsam wird psychiatrisch „untersucht" und unter anderem als aphoristisch, kritiklos, verworren und als *„Fanatischer Psychopath"* bezeichnet. Zenzl wird später in der Öffentlichkeit gar als *„Flintenweib"* und *„Spartakistenhure"* herhalten müssen. Auf der Straße wird ihr hinterhergerufen: *„Schlagt sie nieder, das sind die Richtigen, die Frau Mühsam, nicht lang G'schichten machen, schlagt sie tot!"*

Die Kampagne des SPD-Kabinetts zeigte ihre Wirkung. Es gab Hungerblockaden gegen die Räterepublik, die SPD unterstützte die Bildung von reaktionären Freikorps und hetzte selbige auch zur blutigen Niederschlagung der Revolution zusammen mit Reichswehrverbänden Richtung München. Am 2. Mai eroberte die sogenannte „weiße Armee" München zurück.

Aber plötzlich ward es stille.
Noske[5] ballte seine Faust,
Und es rollten seine Augen,
Daß es den Genossen graust,

Und er rief: „Euch lobt der Bürger,
Denn ihr meint's ja alle gut.
Aber hier, seht meine Hände:
Jeder Finger trieft von Blut.

Ruhe, Sicherheit und Ordnung
tun dem Kapitale not.
Fünfzehntausend Proletarier
schlugen meine Garden tot."

„Das neue Deutschland"

Nächste Ausgabe wird es im zweiten Teil um Zenzls Antirepressionsarbeit, Mühsams Freilassung und um seine Ermordung gehen, sowie um die Rettung von Erichs Werk durch seine Frau.

Leyla RoLaren

Anmerkungen:

[1] Manche sprechen von der „Münchner Räterepublik". Da der Aufstand 1919 aber in Augsburg seinen Anfang nahm und noch einige weitere bayerische Orte erfasste muss man richtigerweise von der „bayerischen Räterepublik" sprechen.

[2] Zum Beispiel hier nachzulesen: de.wikisource.org/wiki/Der_Revoluzzer

[3] Die KPD, Kommunistische Partei Deutschlands, ging aus verschiedenen linksrevolutionären Gruppen hervor, unter anderem aus dem Spartakusbund, dessen Mitglieder wiederum fast alle auch Mitglieder der „Vereinigung Revolutionärer Internationalisten" waren. Diese Vereinigung wiederum wurde von Erich Mühsam und FreundInnen gegründet.

[4] Das „i" in „Baiern" ist volle Absicht und ein Seitenhieb gegen die Monarchie, war das „y" doch eine von Ludwig I. angeordnete Schreibweise.

[5] Damaliger SPD-Reichswehrminister, verantwortlich für die blutige Niederschlagung der Räterepublik, die er selber als „Karneval des Wahnsinns" bezeichnete.

Fotos aus dem Archiv der Münchner Arbeiterbewegung

Sind durch die deutsche Diplomatie in ihrem Leben bedroht: Sudanesische Flüchtlinge auf dem Refugee Protest Camp Hannover. Weitere Informationen über das Camp auf ageeb1999.wordpress.com

Labor der politischen Ökonomie des Islamismus

Was dem Neoliberalismus Pinochets Chile war, ist dem Islamismus der Sudan – seit 2011 auch in Hinblick auf das Verhältnis zum Westen

Mit der Anerkennung eines unabhängigen Südsudan 2011 hat die sudanesische Diktatur unter Präsident Umar Hasan Ahmad al-Baschir ihre mehr als 20-jährige internationale Isolation durchbrochen. Eine Abkehr von der extrem an der Sharia ausgerichteten Rechtsprechung, von der Verfolgung von Oppositionellen oder der Unterdrückung von Gewerkschaften ging damit freilich nicht einher.

Im Gegenteil: Durch die von Amnesty International vorangetriebene Empörung über das Todesurteil für die schwangere Meriam Yehya Ibrahim wurde die plötzliche Legitimierung des Regimes in Khartum seitens westlicher Regierungen als diplomatischer Willkürakt bloß gestellt. Meriam sollte wegen ihrer Konvertierung zum Christentum (der Religion des Vaters ihres Kindes) laut einer ordentlichen Gerichtsentscheidung dieses Jahr zu Tode gesteinigt werden. Dank der internationalen Skandalisierung des Falles wurde das Urteil in lebenslange Haft umgeändert.

Neben der Etablierung einer solchen Rechtsprechung schreitet der sudanesische Staat zudem bei den bewaffneten Konflikten zwischen ethnischen und religiösen Gruppen nicht ein, um ein Blutvergießen zu verhindern, obwohl die hochgerüsteten und gut ausgebildeten Streitkräfte dazu durchaus in der Lage wären. Vielmehr erfüllen die fundamentalistischen arabischen Kämpfer, die in ihrem Terror zum Teil ganze Dörfer entvölkern, die Funktion des Fußvolkes der Staatsideologie, ohne dass sich der Staat selbst die Hände schmutzig machen muss.

Der Verlust des enorm rohstoffreichen Südens ist eigentlich eine politische und ökonomische Katastrophe für die seit 1989 bestehende islamistische Diktatur, die damit eine historische Niederlage in der langen Geschichte sudanesischer Despotien erlitt – seit 1955 hatten Sudans Machthaber immer für den Bestand des Gesamtsudans gegen die Rebellen aus dem Süden gekämpft. Bevor aus dieser Niederlage eine Gefahr für das Regime in Form einer breiten regierungskritischen Bewegung – gerade im Hinblick auf den „arabischen Frühling" – entstehen konnte, brachen aus den staatlich privilegierten sozialen Gruppen heraus rassistische und religiös-fundamentalistische Gewaltakte gegen Marginalisierte los: vor allem nicht arabische, d.h. schwarze Sudanesinnen und Sudanesen sowie allgemein Menschen, die nicht streng nach der Sharia leben, wurden Opfer von Pogromen, Anschlägen und paramilitärischen Angriffen.

Kein Clash of Civilizations, sondern politische Prozesse

Wie für viele der schlimmsten Orte islamistischen Terrors der heutigen Zeit – etwa Jemen, Somalia oder Afghanistan – gilt auch für den Sudan, dass der Islamismus historisch gesehen eine im ursprünglichen Sinne des Wortes reaktionäre Bewegung ist. So gab es in jenen Ländern ebenso wie im Sudan in den sechziger und siebziger Jahren starke sozialistisch orientierte Bewegungen, die sich je nach Ort auf ein breites säkulares oder ein religiös-liberales Milieu stützen konnten. Gesellschaftlicher Fortschritt bedeutete für diese Bewegungen sowohl die Überwindung des Wirtschaftsmodells der ehemaligen Kolonialherren – sprich des Kapitalismus – als auch jener islamischer Traditionen, die jahrzehnte- bis jahrhundertelang die Unterwürfigkeit gegenüber eben diesen Machthabern befördert hatten.

Während das heutige Partymekka Barcelona von 1939 bis 1975 ein trostloser Ort katholischen Spießertums und faschistischer Unterdrückung war, waren Khartum, Mogadischu und Kabul in den späten Sechzigern und frühen Siebzigern Orte ausgesprochener Liberalität, Diversität, sozialen Aufbruchs und politischer Teilhabe. In der Logik des Kalten Krieges aber konnte die Sowjetunion der Versuchung nicht widerstehen, einige Gruppen aus diesen Bewegungen finanziell und später auch militärisch zu unterstützen, damit aus den sozialen Umwälzungen ein neues Blockmitglied entstehe. Dies hatte die Einmischung von NATO-Staaten natürlich zwingend zur Folge, die wiederum die Gegner*innen jeder linken Utopie förderten – neben einigen bürgerlichen Akteur*innen waren das vor allem die Islamisten.

Im Sudan setzte sich ab 1969 dann das „ägyptische Modell" Nassers durch: Mit Hilfe des Militärs errichtete Dschafar Muhammad an-Numairi eine Diktatur, die einen autoritären staatssozialistischen Fortschritt propagierte, sich aber als blockfreier Staat im Kalten Krieg neutral verortete. So ließen sich beste Verträge mit westlichen Firmen schließen, denen die Regierung mittels der staatlich kontrollierten sudanesischen Wirtschaft zu Monopolen auf den Import von Rohstoffen verhalf. Gewerkschaftsfunktionäre und prominente Vertreter*innen der sozialen Bewegungen wurden am Staatsaufbau beteiligt, Justiz, Kultur und Bildung säkularisiert und zumindest in den Bereichen, die nicht primär als politisch galten, liberalisiert. So ließ sich die Dynamik vor allem der Jugendkulturen in ein allgemeines Gefühl von gesellschaftlichem Fortschritt kanalisieren.

Diejenigen, die den Charakter des Staates deutlich als Militärdiktatur benannten und an ihren linken Utopien festhielten, galten folgerichtig als Gefahr eben jenes Fortschritts und mussten mit Repression rechnen. Wie tief diese Utopien im Sudan jener Zeit verankert waren, zeigte sich in der Revolte von 1971, in der an-Numairi kurzzeitig entmachtet und tatsächlich eine freiheitlich-kommunistische Gesellschaft ausgerufen wurde. Die Akteur*innen dieser Revolte spalteten sich jedoch kurz nach ihrem gemeinsamen Triumph, da ein Teil mit Hilfe einiger Militärkader eine diktatorische Integration in den Ostblock anstrebte, während andere den freiheitlichen Kommunismus in einem blockfreien Sudan verwirklichen wollten.

An-Numairi verbündete sich derweil u.a. mit den aus dem Westen geförderten islamistischen Milizen und errang erneut die Herrschaft. In der Folge wurden Islamisten an der Regierung beteiligt, und nach ein paar Jahren einer paradoxen islamistisch-sozialistischen staatlichen Mischform hatten die Islamisten ihren Einfluss auf an-Numairi soweit ausgedehnt, dass der Präsident 1983 erstmals die Sharia im Sudan einführte.

Viele säkulare Sudanesinnen und Sudanesen flohen daraufhin zusammen mit einigen prominenten Vertreter*innen der linken Opposition in den christlich geprägten Südsudan, und der 1972 beendete Unabhängigkeitskrieg flammte wieder auf. Tatsächlich konnte an-Numairi 1985 erneut und diesmal endgültig gestürzt werden, jedoch blieb das Militär an der Macht und hielt an der Sharia fest. Der linken Opposition musste das Militär jedoch ebenso entgegenkommen wie dem islamistischen Establishment, so dass u.a. der freie Zusammenschluss zu Gewerkschaften legalisiert wurde. Die Gewerkschaften wurden in kürzester Zeit zu einem wichtigen politischen Faktor; sie drängten auf eine Unabhängigkeit der Beschäftigten von staatlicher Gängelung, auf mehr soziale Sicherheit und ein Ende der Sharia. Sie stellten damit vor allem eine Gefahr für diejenigen arabischen Stammesfamilien dar, die über ihre Kontakte in die Staatsspitze die Kontrolle über wichtige Industriezweige wie die Baumwollindustrie oder die Produktion von Gummiarabikum, das weltweit zu 80 Prozent im Sudan gewonnen wird, erlangt hatten. Und die Preise für die Förderung von Rohstoffen wurden plötzlich nicht mehr bloß zwischen dem sudanesischen Wirtschaftsministerium und den westlichen Abnehmerkonzernen verhandelt, sondern mussten auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften abgestimmt werden. Auch jenseits der neuen Gewerkschaftsbewegung machte sich der Geist der späten sechziger und frühen siebziger Jahre wieder bemerkbar, vor allem an den Universitäten und in der urbanen Kultur der Großstädte.

Anstatt neoliberaler Vereinzelung religiöse Zwangsgemeinschaft

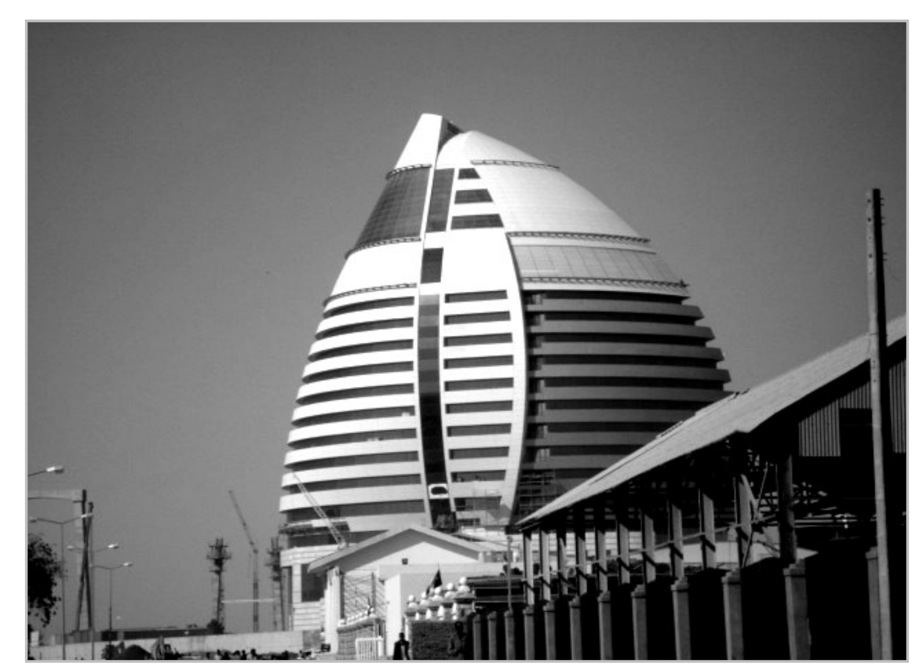
Anders als damals aber waren die Islamisten, deren militante Kämpfer sich aus dem Unterbau der arabischen Oberschicht des Nordens rekrutierten, mittlerweile selbst zu einem mächtigen Akteur der sudanesischen Gesellschaft aufgestiegen. Einer erneuten Säkularisierung des Landes traten sie mit aller Entschlossenheit entgegen, und zusammen mit ihren in den Jahren gereiften Kontakten im Militär putschten sie sich 1989 an die Macht. Die Diktatur al-Baschirs begann. Eine seiner ersten repressiven Maßnahmen war das Verbot der Gewerkschaften, die Inhaftierung aller bekannten Gewerkschaftsaktivist*innen – die meisten von ihnen wurden hingerichtet – und die Etablierung einer der islamistischen Ideologie verpflichteten staatlichen Einheitsgewerkschaft, der Sudan Workers Trade Union Federation (SWTUF).

Die Ökonomie und das Bildungswesen wurden komplett der islamistischen Staatsführung unterstellt – jede kleinste politische, religiöse oder kulturelle Abweichung von der Ideologie kann zur Entlassung aus Job oder Universität führen. Die Religion fungiert hierbei offen als Kontroll- und Einschüchterungsmechanismus gegenüber den lohnabhängig Beschäftigten, mit der Staatsideologie konforme Chefs können über ihre Angestellten in aller Willkür herrschen. Bei missliebigem Verhalten kann eine Denunziation schnell zu einem Todesurteil führen.

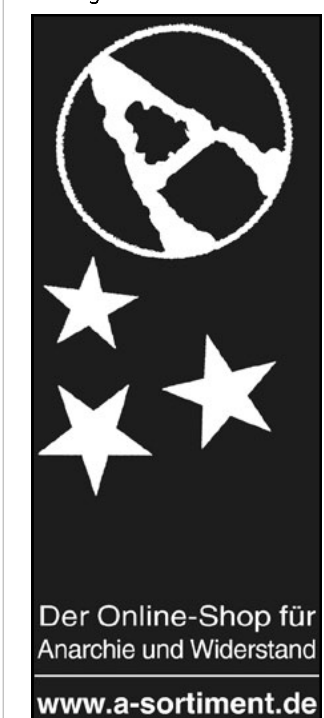
Somit dient die Ökonomie im islamistischen Sudan der Profitmehrung der arabischen Oberschicht und stellt eine besondere Form der politischen Ökonomie dar. Und hier besteht auch der Zusammenhang mit der Unabhängigkeit des Südsudan und der damit verbundenen Anerkennung des Regimes durch den Westen: Bislang beanspruchten die islamistischen Herrscher die alleinige Verfügungsgewalt über die Bodenschätze des Südens, die sie noch nicht einmal – wie es etwa die Emire in Dubai tun - mit globalen Businesspartner*innen zum gegenseitigen Vorteil teilen wollten, um ihre uneingeschränkte Macht nicht zu gefährden. Nachdem das Regime in Khartum nun auf seinen direkten Zugriff auf die im Südsudan lagernden Unmengen an Öl, Eisen, Gold und Uran verzichtet und sich auf eine Partner*innenschaft mit dem Westen eingelassen hat, erscheint dort die grausame Herrschaft al-Baschirs als weniger problematisch.

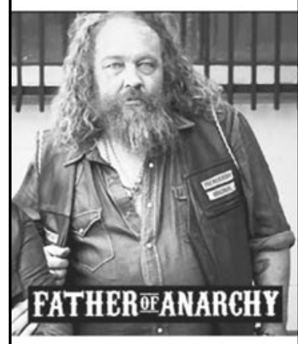
2013 empfing Berlin eine große Wirtschaftsdelegation aus dem Sudan. Vor allem aber wurde mit der Unabhängigkeit des Südens allen gesamtsudanesischen Flüchtlingen der für sie bis dahin verbindlich geltende Anspruch auf Asyl entzogen – ohne dass dies irgendwie menschenrechtlich begründbar wäre. Seitdem leben in Deutschland Tausende von Sudanesinnen und Sudanesen in der Angst, in den Terrorstaat Sudan abgeschoben zu werden. Damit spielt die BRD wie die gesamte EU der Verfolgung von Oppositionellen durch die Regierung in Khartum direkt in die Hände. Dieser Konflikt zeigt sich z.B. beim von Flüchtlingen aus dem Sudan getragenen Refugee Protestcamp Hannover, das seit Anfang Juni in der hannoverschen Innenstand den Weißekreuzplatz besetzt hält.

Marcus Munzlinger



Eure Armut kotzt uns an! In das Fünf-Sterne Burj al-Fateh-Hotel in Khartum lässt sich nun auch die westliche Diplomatie vom sudanesischen Regime einladen





strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Frankreich: Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Und wieder ein Betrieb in Selbstverwaltung! Im südfranzösischen Aubagne (Nähe Marseille) hielten 76 Beschäftigte einer Unilever-Teebeutelfabrik seit September 2011 ihren Arbeitsplatz besetzt. Vorausgegangen war eine Ankündigung des Konzernriesen von August 2010, die dortigen Lipton-Tee-Werke zu schließen und nach Polen zu verlagern. Gut ein Jahr später folgte die Kündigung der einst 182 Personen zählenden Belegschaft (bzw. das unrealistische Angebot, den Job in Polen fortzusetzen) – der letztliche Auslöser für die Besetzung. Doch die jahrelange Hartnäckigkeit sowie zusätzliche Gerichtsklagen seitens der Beschäftigten haben sich gelohnt: Seit Ende Mai ist klar, dass nicht nur alle Beschäftigten je 100.000 Euro Abfindung erhalten, sondern Unilever auch 19,26 Mio. Euro für die Gründung einer Genossenschaft bereitstellt. Gewerkschaften begrüßen den Schritt als Mutmacher für andere ArbeiterInnen im Kampf um gute Arbeitsbedingungen, sogar Frankreichs Arbeitsminister Rebsamen wünscht der Genossenschaft „viel Erfolg und ein langes Leben“. Auch gibt es schon Pläne, wie ein Teil des Geldes angelegt werden soll: 300.000 Euro für die Instandsetzung der Produktion, 250.000 Euro für neue Technologien, 200.000 Euro für die Rekrutierung von Führungspersonal, 50.000 Euro für Marketing und die Entwicklung einer neuen Marke und 500.000 Euro für die Fortbildung des Personals. 1,52 Mio. Euro werden als Betriebskapital der Genossenschaft aufgewandt. Neben solidem Wirtschaften will die Genossenschaft auch soziale Verantwortung in den Vordergrund stellen, etwa durch Abschlüsse von Fair-Trade-Verträgen mit Teelieferanten. Die Belegschaft verkündete, noch vor Ende dieses Jahres die Produktion wiederaufnehmen zu wollen.

Türkei: Soma – und der Klassenkampf von oben

Es ging Mitte Mai durch alle Medien, dennoch sollte dieser Vorfall hier nicht unter den Tisch fallen: Mindestens 301 tote Bergleute, 85 Verletzte – das größte Grubenunglück in der Geschichte der Türkei. Auslöser war eine Trafoexplosion am 13. Mai in 400 Metern Tiefe, die viele der 787 ArbeiterInnen einschloss; vier Tage lang wurde nach Überlebenden gesucht. Dabei hatte die oppositionelle CHP zwei Wochen zuvor eine Inspektion des Braunkohlewerks gefordert, die regierende islamisch-konservative AKP lehnte jedoch ab. Die Privatisierungspolitik von Ministerpräsident Erdogan, der in diesem Zusammenhang Unglücke solcher Art öffentlich als „ganz normale Ereignisse“ bezeichnete, war in den letzten Jahren mehrfach verantwortlich für ähnliche Vorfälle. In der zwölfjährigen Regierungszeit Erdogans kamen bisher 14.000 ArbeiterInnen bei Arbeitsunfällen ums Leben. Auch die Mine in Soma war unter ihm privatisiert worden. Noch kurz vor dem tragischen Ereignis gaben Führungskräfte der innehabenden Soma Holding AG an, die laufenden Kosten um 60 Prozent senken zu wollen. Für Einsparungen wurden erfahrene ArbeiterInnen entlassen und unerfahrene LeiharbeiterInnen eingestellt, der jüngste Tote war gerade einmal 15 Jahre alt. Im Zuge des Unglücks kam es zu landesweiten Protesten, allein in Ankara war die Rede von bis zu 4000 DemonstrantInnen. Die Polizei reagierte teils brutal mit Wasserwerfern und Tränengas. Die Region Soma ist stark vom Bergbau geprägt, der für viele BewohnerInnen häufig die einzige Einkommensquelle darstellt. So wird auch plausibler, dass sie hier für 350 Euro monatlich einen lebensgefährlichen Knochenjob verrichten.

Brasilien: VerkehrsdienstleisterInnen streiken

Während die einen mit Wurst und Bier ihren Vaterländern zujubeln, leidet ein Großteil der EinwohnerInnen Brasiliens unvermindert unter der rigorosen Sparpolitik der Regierung. Dies rief auch das Metropersonal São Paolos auf den Plan: Anfang Juni verrichteten sie einen fünftägigen Streik, nachdem ihnen eine Lohnerhöhung von lediglich 8,7 Erhöhung angeboten wurde. Dabei hatte die Belegschaft ihre Forderung bereits auf 12,2 Prozent Erhöhung nach unten korrigiert, zuvor waren es 16,5 Prozent. Auch wenn die Forderung zunächst sehr hoch scheinen mag, wird sie durch eine Inflationsrate von rund sechs Prozent jährlich umso erklärbarer. Auch die Wiedereinstellung entlassener MitarbeiterInnen wurde gefordert. Die Polizei attackierte die Streikenden mit Tränengas. Eine Wiederaufnahme des Ausstands zu WM-Beginn wurde abgelehnt, unter anderem auch deswegen, weil gerichtliche Strafzahlungen zu befürchten waren. Allerdings kündigte die Belegschaft an, ihren Kampf fortzusetzen, zunächst in Form von Protesten. Im Zuge des Streiks entstanden teils 250 Kilometer lange Staus. Rund 4,5 Millionen Menschen sind täglich auf die städtische Metro angewiesen.
Auch an den drei Flughäfen Rio de Janeiros kam es am 12. Juni (WM-Beginn) zu einem Ausstand des Bodenpersonals, er dauerte 24 Stunden. Auch hier fordern die Beschäftigten bis zu zwölf Prozent mehr Gehalt sowie Bonuszahlungen für die WM und bessere Arbeitsbedingungen. Nach einem Gerichtsurteil durften allerdings nur 20 Prozent der Belegschaft streiken.

Südafrika: Längster Arbeitskampf des Landes bald zu Ende?

Nach fünf Monaten Streik zeichnet sich für die Platin-Kumpels der Anglo American Platinum bei Rustenburg eventuell ein Erfolg ab: Die Forderung, den Lohn von durchschnittlich umgerechnet 350 Euro auf 850 Euro monatlich anzuheben, ist – seit dem Konflikt 2012 – unverändert geblieben und steht kurz vor der Umsetzung. 2012 gipfelte die Auseinandersetzung im „Massaker von Marikana“, bei dem 34 Bergleute von der Polizei erschossen wurden. Die nun erzielte Einigung beider Konfliktparteien muss jedoch noch von der Basis der Gewerkschaft AMCU gebilligt werden. Befürchtet wird, dass eine Lohnerhöhung den Arbeitsprozess straffen und zu Entlassungen führen könnte.

Zusammengestellt von der Redaktion Globales

Waiting for a revolution

Interview mit Andrew aus Kiew von der syndikalistischen Studierendenorganisation Prjama Dija (Direkte Aktion) vom 19.6.2014



Lieber Andrew, wie ist die Situation derzeit auf den Straßen von Kiew? Hat der Staat die Kontrolle wieder vollkommen übernommen?

Ja, das hat er. Aber damit schwelt ein gewisser Widerspruch über der Stadt. Die Dynamik des Maidans wurde nicht unwesentlich durch den Protest gegen Polizeigewalt ausgelöst. Der Maidan hatte eine klar polizeifeindliche Rhetorik. Es ist zu beobachten, dass sich die Polizei in Kiew aus vielem raus hält, gerade, wenn es irgendwie mit dem Maidan zu tun hat. Rund um den Platz sieht man derzeit gar keine Polizei. Aber um nicht falsch verstanden zu werden: Der Staat hätte die Mittel dazu, jedes Gebiet zu kontrollieren, und ist in seiner Autorität unangefochten. Dies sind eher taktisch-politische Spielchen.

Was hältst Du vor diesem Hintergrund von den Verhandlungen zwischen dem neuen Bürgermeister Klitschko und den Leuten, die immer noch auf dem Maidan ausharren?

Eine treffende Verallgemeinerung der Leute, die noch auf dem Maidan bleiben, ist schwer zu finden. Es heißt, es habe einen Wechsel in der Zusammensetzung seit dem Höhepunkt der Protestbewegung Ende Februar gegeben, dass also die meisten, die jetzt dort sind, erst danach in die Zelte auf dem Maidan eingezogen seien. In dieselbe Richtung geht die Behauptung, die meisten der dort nach wie vor schlafenden Menschen seien Obdachlose. Meiner Beobachtung nach aber haben die Aktivist*innen der Februarkämpfe lediglich die besetzten Regierungsgebäude geräumt und sind auf den Maidan zurückgekehrt und halten ihn nach wie vor besetzt. Vom Maidan selbst geht ja auch die Parole aus, dass viele Forderungen der Bewegung nicht umgesetzt worden seien, weshalb sie die Proteste weiterführen müssten. Allerdings geht von hier außer der Besetzung des Platzes derzeit auch keine weitere politische Intervention in die gegenwärtige Situation hinein aus. Jedenfalls haben Klitschkos Verhandlungen zu gar nichts geführt.

Was würdest Du als die wichtigsten sozialen Kämpfe in Kiew in der nahen Zukunft betrachten?

In den letzten Jahren haben die Proteste gegen illegale Bauvorhaben – also Korruption und mafiaähnliche Verhältnisse in der Baubranche und der Stadtverwaltung – konstant relativ viele Menschen mobilisieren können. Es scheint aber nicht so, als ob diese Kämpfe durch die Ereignisse der letzten Monate aus ihrer Isolation heraus treten und in einen allgemeinen gesellschaftlichen Kontext eingebettet werden würden. Ein sozialökonomischer Kampf, der nun an Bedeutung gewinnt, ist hingegen der um das Verhältnis von Inflation und Bankkrediten. Gerade heute haben sich 1000 Menschen vor dem Obersten Gerichtshof versammelt, um die Angleichung der Kreditschulden an die dramatisch schlechte Kursentwicklung des Hryvnia zu fordern. Hieran wird deutlich, wie die tiefe Wirtschaftskrise der Ukraine letztlich die Basis für viele Konflikte darstellt.

Natürlich müssen wir auch über die Bürgerkriegssituation im Osten des Landes sprechen. Wie würdest du das, was dort gerade geschieht, aus einer sozialen anstatt einer ethnisch-politischen Sicht beschreiben?

Das fällt mir sehr schwer, und ich würde tatsächlich in Frage stellen, ob das überhaupt sinnvoll ist. Natürlich können wir fragen: Wem nützt diese Situation? Und dabei werden wir dann auch auf ein paar Oligarchen treffen, vor allem auf Kolomoyskiy, die mutmaßlich darauf abzielen, später einmal Unternehmen in der Region in ihr Eigentum einzugliedern. Auch einige Gruppen innerhalb des Militärs profitieren ökonomisch von der Situation. Ich denke aber, dass leider tatsächlich das ganze Land in zwei informelle Lager geteilt ist, die beide jeweils mit russischer oder eben ukrainischer Propaganda überschwemmt werden. In einer solchen Krisensituation verselbstständigen sich dann die Mythen über das jeweilig andere Lager, und heraus kommt eine Lage, in der Kommunikation kaum mehr stattfinden kann. Es ist schwer, hier objektiv und nachvollziehbar soziale Fragen aufzuwerfen. Natürlich gab es sowohl bei den Maidanprotesten soziale Forderungen, wie es sie auch nun bei den Rebellen im Osten gibt. Doch bei beiden artikulieren sie sich in einem ideologisch urkonservativen Rahmen – in ukrainischem oder russischem Nationalismus. Es mag sein, dass viele Leute im Osten der Sowjetunion nostalgisch nachhängen. Doch die meisten von ihnen beziehen sich dabei auf die imperiale Stärke, nicht auf die soziale Sicherheit.

Viele Linke in Deutschland sehen in der ukrainischen Armee den Aggressor als Erfüllungsgehilfen des westlichen Imperialismus, woraus sich eine latente, mal versteckte, mal offene Sympathie für die regierungsfeindlichen Milizen ergibt. Hast Du dafür Verständnis?

Um es ganz klar zu sagen: Es gibt keine unterstützungswürdige Seite. Natürlich können Linke in Deutschland nicht die Allianz aus Neoliberalen und Nationalisten unterstützen, aus der sich die neue ukrainische Regierung zusammensetzt. Aber warum entsteht daraus Sympathie für den russischen Nationalchauvinismus? Man muss sich doch nur die so genannten „Verfassungen“ angucken, die sich die Rebellen in ihren Autonomiedeklarationen gegeben haben. Darin wird die Russisch Orthodoxe Kirche als Staatsreligion eingeführt, wodurch einige Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden. Mit einhergehen auch das totale Verbot von Abtreibung und ein Rückfall in patriarchalste Verhältnisse.

Und wie kann der Eskalation ethnischer Gewalt entgegengetreten werden?

Das ist zurzeit die einzig wirklich wichtige Frage. Diejenigen, die am meisten unter der Lage leiden, sind die friedlichen Bewohner*innen der Region, die keine der beiden Seiten unterstützen. Linke Organisationen aus der Ukraine, Russland und Belarus haben einen Aufruf zu Anti-Kriegsprotesten und Aktionen gestartet. Leider setzt in dem Aufruf die politische Kritik zu wenig bei den Rebellen an, was meiner Meinung nach aber sehr wichtig wäre. Was es brauchte, wäre eine Bewegung, die den Kriegstreiber*innen auf beiden Seiten entgegentritt und so die Basis für einen gemeinsamen Frieden schafft. Linke Opposition sollte sich keiner der nationalistischen Kampftruppen zuwenden, sondern auf die Arbeiter*innen als dritte Kraft setzten. Die organisierten Bergarbeiter*innen in der Ostukraine z.B. stehen gegen die Rebellen, da sie annehmen, dass deren Sieg die Zerstörung der Bergwerkindustrie zur Folge hätte. Aber letztendlich ist die Linke viel zu schwach, um eine ernsthafte Rolle spielen zu können, so dass sie nur zu wirkungslosen Appellen und Deklarationen fähig ist.

Welche sind derzeit die wichtigsten Themen für Prjama Dija?

Auch wir haben keinerlei Möglichkeiten, auf die Situation in der Ostukraine Einfluss zu nehmen. Daher konzentrieren wir uns weiterhin auf den Bereich, in dem wir als selbstorganisierter Zusammenhang eine gewisse Rolle spielen können, und das sind soziale Kämpfe im Bildungsbereich. Wir unterstützen dabei die Kampagnen für mehr Autonomie der Universitäten, einen Abbau der Bürokratie im Bildungswesen, die viele Menschen von höherer Bildung ausschließt, bessere Arbeitszeiten für Lehrer*innen bei gleicher Bezahlung und eine Anhebung der staatlichen Unterstützung für Studierende auf das Existenzminimum. Das mag sich nach bescheidenen Forderungen anhören, aber für das ukrainische Bildungssystem wären es enorme Fortschritte. Hier könnte die Maidanbewegung positive Effekte nach sich ziehen.

Würdest du die Dinge, die seit den Maidanprotesten passierten, als revolutionär bezeichnen? Was müsste passieren, damit es eine erfolgreiche Revolution wäre?

Ich sehe den Maidan als eine politische Revolution an, als einen auf revolutionäre Weise zustande gekommenen Regierungswechsel. Sie ähnelt den vergangenen Farbenrevolutionen (Orangene Revolution etc.), wurde aber auf gewaltsame Weise durchgeführt, weil das alte Muster hier nicht funktionierte. Und der Maidan ist weit davon entfernt, all seine Forderungen durchzusetzen. Daher kann ich die Maidanrevolution nicht wirklich erfolgreich nennen. Dafür müssten die Massen ihre eigenen politischen Agenden vertreten, anstatt sich auf existierende Parteien zu stützen, von denen überhaupt nichts zu erwarten ist. Für die Ukraine könnte das der Weg sein.

Lieber Andrew, vielen Dank und Dir alles Gute!

Interview: Marcus Munzlinger

Prjama Dija

Eine Einschätzung durch die Heinrich-Böll-Stiftung


Studierendenproteste in Kiew

Die ja bekanntlich ganz besonders gewerkschafts- und FAU-freundliche Heinrich-Böll-Stiftung beschreibt in ihrem Bericht über die Studierendenproteste in der Ukraine im Jahr 2010 die Prjama Dija als „[…] eine Studierendengewerkschaft, die sich als anarcho-syndikalistisch beschreibt und der deutschen FAU nahesteht. Sie hat Lokalgruppen an verschiedenen Universitäten, die neben dem Kampf gegen die Einführung von Gebühren und die Kommerzialisierung von Bildung für mehr studentische Mitbestimmung, Strukturen basisdemokratischer Interessenvertretung und Selbstverwaltung sowie für libertäre Bildungsmodelle eintritt. Ihr Motto: ‚Freiheit, Gleichheit, studentische Solidarität! Es lebe die Selbstverwaltung!‘“. Sie sei mit der Fundacija Regionalnych Initiatyv (Stiftung Regionaler Initiativen, FRI) einig „[…] in der Abgrenzung gegenüber offiziellen politischen Parteien und rechten Gruppen.“ Gerade letzteres lässt das politische Establishment in Deutschland im Hinblick auf die Ukraine derzeit deutlich vermissen.

[Zitate von www.boell.de/de/navigation/europa-nordamerika-ukraine-studierende-protest-studenten-10738.html]



Kundgebung gegen einen Besuch von Marine Le Pen in Digne-les-Bains im November 2013

Eine Wahl und ihre Folgen

Wie die Gewerkschaften auf und gegen den Wahlerfolg des FN (re)agieren

Eine Umfrage, die kurz nach den Europaparlamentswahlen in Frankreich erschien, rief erhebliche Beunruhigung in linken und Gewerkschaftskreisen hervor. Es ging bei der Befragung, deren Ergebnisse am 27. Mai 2014 durch die KP-nahe Tageszeitung *L'Humanité* publiziert wurden, um das Wahlverhalten gewerkschaftlich orientierter Lohnabhängiger – bei einer Wahl, bei der die extreme Rechte 24,9% der Stimmen in Frankreich erhielt.

Diese Resultate sind sicherlich mit großer Vorsicht auszuwerten: Einerseits wurde bei den Befragten nicht ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft überprüft, sondern lediglich die subjektive und selbsterklärte „Nähe zu einer Gewerkschaft“ abgefragt. Zum anderen ist es auch hier so, dass am 25. Mai dieses Jahres die Wahlenthaltung die mit Abstand stärkste „Partei“ darstellte. (Unter den „gewerkschaftsnahen“ Lohnabhängigen betrug die Stimmenthaltung 53% – und lag damit unterhalb des Durchschnitts –, unter den „nicht gewerkschaftlich orientierten“ abhängig Beschäftigten lag sie dagegen bei weit überdurchschnittlichen 69%.)

Dennoch sind die Ergebnisse insofern aussagekräftig, als bei jeder Wahl seit mindestens 1995 dieselbe Befragung nach demselben Strickmuster durchgeführt wird, so dass zumindest Vergleiche von einem Ergebnis zum anderen angestellt werden können. Die diesjährigen Resultate sind frappierend. Bislang wiesen zwar die (selbsterklärten) Gewerkschaftssympathisant-inn-en bei den eher rechten Beschäftigtenorganisationen wie dem christlichen Gewerkschaftsbund CFTC oder der historisch antikommunistisch geprägten FO hohe Anteile von rechtsextrem Stimmenden auf. Um die zwanzig Prozent war hier seit Jahren die Regel. Doch eher links eingestufte Gewerkschaften, wie die Bildungsgewerkschaft FSU oder der Zusammenschluss alternativer Basisgewerkschaften (vom Typ SUD), also die Union Syndicale Solidaires, waren davon nur in geringem Ausmaß berührt.

Bei der diesjährigen Europaparlamentswahl stimmten jedoch 27 Prozent derer, die eine – wie vage auch immer – Sympathie für SUD/Solidaires angaben und die nicht zu Hause blieben, für den Front National. Bei den selbsterklärten Sympathisanten der „postkommunistischen“ CGT sind es 22, bei FO 33 und bei den „nicht gewerkschaftlich orientierten“ Lohnabhängigen 34 Prozent.

Unterdessen beschreitet der Front National einmal mehr ungewöhnliche, von der rechtsextremen Partei jedenfalls nicht erwartete Wege. Beim jüngsten Eisenbahner-innen-streik in Frankreich, welcher am 10. Juni 2014 begann und bei Redaktionsschluss dieses Artikels am 24. Juni in den meisten Regionen stark abgebröckelt war, ging die Partei strategisch klug vor: Der Front National konnte zwar unmöglich die Gewerkschaften CGT und SUD und ihren Streik unterstützen und erklärte auch, den (durch die Medien eifrig geschürten) Unmut vieler Leute über den Transportstreik zu verstehen. Dabei wendete er den Zorn aber nicht gegen die Beschäftigten, sondern gegen die Europäische Union, die an allem schuld sei und die Bahnreform erzwinge. Im gleichen Atemzug versucht die extreme Rechte, die Gewerkschaften zu umgehen, indem sie sich formal radikaler gibt als jene – innerhalb der Bahngesellschaft SNCF seien die Gewerkschaften „Komplizen“ der Direktion –, um zur Bildung von „Komitees zur Verteidigung des öffentlichen Diensts“ aufzurufen. Dies wäre natürlich ausgesprochen zweischneidig, denn solcherlei Komitees würden sich bei Bedarf gegen Regierungspläne und gegen eine Zerschlagung der Bahn mobilisieren lassen, aber ebenfalls bei Bedarf gegen Streiks als „Bedrohung für die Dienstleistung“.

Zu den Neuigkeiten in ihrem Auftreten gehört auch, dass der Front National in diesem Jahr mehrere Gewerkschaftsmitglieder auf seinen Listen zu den französischen Kommunalwahlen vom 23. und 30. März 2014 aufbot. Erstmals war dies bei den Bezirksparlamentswahlen vom März 2011 der Fall gewesen, damals waren aber alle Betreffenden durch die jeweiligen Gewerkschaftsverbände (CGT, CFDT, Union Syndicales Solidaires…) ausgeschlossen worden. Nicht so in diesem Jahr.

Aller Wahrscheinlichkeit handelt es sich bei diesen Kandidat-inn-en in aller Regel nicht um „U-Boote“, die speziell eingeschleust wurden, sondern um Personen, die zuerst gewerkschaftlich organisiert waren und später – etwa aufgrund der gesammelten Enttäuschungen mit anderen Parteien – durch die extreme Rechte angeworben wurden.

Die meisten Gewerkschaften sind alarmiert. Mittels einer zentralen Veranstaltung in Paris am 29. Januar 2014 unter dem Titel „Nein zur extremen Rechten, ihren Ideen und ihren Praktiken“ sowie vielen regionalen und lokalen Veranstaltungen widmen die Gewerkschaften dem Problem des rechtsextremen Einflusses unter den Lohnabhängigen zahlreiche spezielle Initiativen. Die Veranstaltung in Paris vom Januar mit mehreren hundert Personen war durch die CGT, durch die FSU und die Union Syndicale Solidaires gemeinsam ausgerichtet worden. Viele regionale Initiativen für antifaschistische Arbeit werden durch die gewerkschaftsübergreifende Initiative VISA (Vigilance et initiative syndicales antifascistes) organisiert, wie beispielsweise eine Gewerkschafter-innen-tagung am 14. und 15. Juni 2014 in Marseille. Dazu kamen mehrere Dutzende Mitglieder von CGT, anarcho-syndicalistischer CNT, FSU und Union Syndicale Solidaires zusammen.

In der Mehrzahl der Fälle schließen die Gewerkschaften solche Mitglieder, die für die Neofaschisten kandidieren, aus ihren Reihen aus. Die besonders in der derzeitigen Mobilisierung gegen die Rechtsextremen engagierten Gewerkschaften – die eher linken Dachverbände CGT und Solidaires sowie die Bildungsgewerkschaft FSU – sind sich darüber einig, aber auch die rechtssozialdemokratisch geführte CFDT verfährt ähnlich.

Anders dagegen verhält sich Force Ouvrière (FO), nach CGT und CFDT der drittstärkste Gewerkschaftsdachverband in Frankreich. Seit den Jahren des Kalten Kriegs hat FO, die sich 1947 von der damals kommunistisch geführten CGT abspaltet, oft als antikommunistische Gewerkschaft positioniert, weshalb sie auch überdurchschnittliche viele Rechte aufweist. Im ostfranzösischen Lothringen bewarb sich der 2011 wegen einer Kandidatur für den FN ausgeschlossene frühere CGT-Gewerkschafter Fabien Engelmann als Spitzenkandidat für das Rathaus in Hayange – einer ehemaligen Stahlarbeiterstadt nahe der luxemburgischen Grenze. Und er am 30. März wurde prompt zum Bürgermeister gewählt.

Er gehört heute dem Dachverband FO an. Zu letzterem zählt auch die Kandidatin auf dem zweiten Listenplatz, Marie da Silva, Sekretärin bei der Regionalzeitung *L'Est Républicain* mit Sitz in Nancy. Im Namen der „politischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften“ weigert sich FO, die Kandidatin auszuschließen. Dazu ein CGT-Vorstandsmitglied aus Nancy gegenüber dem Autor dieser Zeilen: *„In ihren Verlautbarungen erklärt FO, man fordere lediglich von der Bewerberin, dass sie nicht mit ihrer Gewerkschaftsmitglied bei der Wahl für sich wirbt. Und tat dadurch so, als sei es einerlei, ob sie für die Sozialdemokratie oder für den Front National kandidiert!“*

Bernard Schmid

„Hire and Fire“ international

Völlig verplant oder mit Vorsatz: VW-Subfirma verletzt Mindeststandards

Der Wahlspruch Malaysias, einer in Südostasien gelegenen parlamentarischen Monarchie, lautet „Einheit ist Stärke“. Die wirtschaftliche Realität des Schwellenlandes sieht freilich anders aus: Dort gilt der Spruch „teile und herrsche“, in Form eines breiten Netzes von Subunternehmen für internationale Markenkonzerne.

Erzähl' mal 'nen Schwank! August 2013 heuerte ein Mitglied der FAU Berlin bei einer hessischen Montagefirma an, Arbeitsplatz: Pekan in der Proving Pahang (Malaysia). Dort wollte der Kollege als Elektroingenieur in der Automobilindustrie arbeiten – die Einarbeitung vor Ort sollte durch einen deutschen Kollegen erfolgen. Am anderen Ende der Welt wurde unser Genosse aber zunächst als Lagerist, später dann als Elektriker – und nicht etwa als Elektroingenieur – eingesetzt und nie von besagtem Kollegen eingearbeitet. Vier Wochen später wurde ihm dann ein Änderungsvertrag mit einer Lohnkürzung von einem Drittel vorgelegt. Außerdem wurden Urlaubstage mit der „Rechtfertigung“ angerechnet, dass ein durch Monsun ausgelöstes Hochwasser ihm schließlich ein paar freie Tage beschert hätte – faktisch stand der Betrieb aufgrund der Havarie still.

Das hessische Unternehmen ist eine Sub-Sub-Sub-Firma von Volkswagen (VW). Da Fertigimporte aufgrund staatlicher Regulierung (ja, das ist möglich!) sehr teuer sind, transportieren die Multis Einzelteile aus Indien und Mexiko nach Malaysia und lassen sie vor Ort viel günstiger montieren. Das läuft dann ungefähr so: Eine malaysische Firma kauft die Einzelteile von VW, schraubt die Autos zusammen und verkauft diese vor Ort wieder an VW. Profitabel ist das für die beteiligten Unternehmen auch, weil VW sich somit nicht mit arbeitsrechtlichen Mindeststandards beschäftigen muss – schließlich liegt die Verantwortung bei irgendwelchen Sub-Unternehmen. In Malaysia beläuft sich der gesetzliche Mindestlohn auf 950 MYR (rund 210 Euro), und das bei Lebenserhaltungskosten, die so hoch sind wie in Westeuropa. Ungelernte ArbeiterInnen werden vor allem aus Ländern wie Bangladesch angeworben und nach dem „hire and fire“-Prinzip komplett entrechtet – wer krank wird, verliert den Job. Die nächsten „billigen“ Arbeitskräfte warten schon vor den Toren des Automobilparks Pekan. Aber auch hier zeigen sich die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise: Vor allem gelernte ArbeiterInnen werden auch aus den VW-Werken in Lissabon (Portugal) und Pamplona (Spanien/Baskenland) nach Malaysia „verschickt“. Hier, in der kapitalistischen Peripherie, zeigt sich übrigens auch, wie verschiedenste Großkonzerne als „Joint Venture“ an einem Strang ziehen: In Pekan stehen vier Automobilwerke auf einem Gelände; die gemeinsam betriebene Lackiererei in der Mitte der kreisförmigen Anlage verbindet alle Werke wie ein Herzstück.

Der Genosse erhielt dann pünktlich vor Ende seiner sechsmonatigen Probezeit die Kündigung, ganz analog zum diesem Geschäftsmodell, das unter großer Ausbeutung seiner Angestellten das Minimum an Bezahlung geben möchte. Der Genosse ließ sich dies nicht gefallen, wandte sich an sein Syndikat in Berlin, das per Rechtsverfahren einen Vergleich vor Gericht für den Genossen mit aushandelte. Der Vergleich belief sich immerhin auf die sechsfache Summe der gängigen Kündigungsabfindung und sieht die Auszahlung von fünf unbezahlten Urlaubstagen vor – das ist inzwischen Realität. Strittig sind weiterhin drei Urlaubstage. Eine Fortsetzung folgt also in einer der nächsten *DA*-Ausgaben.

Guido Burkhart

Die „Guten“ ins Töpfchen...

Das Märchen von einer egalitären Bildungspolitik

Die erstmalig 2000 erhobenen und veröffentlichten PISA-Studien der OECD (Programme for International Student Assessment) belegten die bereits Jahrzehnte andauernde Diskriminierung von Kindern aus prekären, sozial benachteiligten Familien sowie Kindern mit Migrationshintergrund. Die Studie verdeutlicht vor allem, dass im Vergleich zu anderen europäischen Ländern die Bildungskarrieren von Kindern und Jugendlichen besonders stark mit der sozialen/regionalen Herkunft korrelieren[1]. Dies löste den so genannten „PISA-Schock“ aus, seit dem vielfach verschiedene Konzepte der Schulreform und -entwicklung diskutiert und teilweise umgesetzt werden. Allerdings zeigen Zahlen von 2012 des Statistischen Bundesamtes, dass der angestrebte Schulabschluss der Schüler*innen stark mit den Bildungsabschlüssen der Eltern korreliert. Laut Mikrozensus von 2012 (siehe Schaubild) lässt erkennen, dass die Eltern von 55% der Schüler*innen, die eine Hauptschule besuchen, selbst eine Lehre/duale Berufsausbildung gemacht haben. 31% der Eltern haben keinen derartigen Abschluss und lediglich 2% haben einen Hochschulabschluss. Die Schüler*innen, die eine Realschule besuchen, kommen aus Familien in denen der höchste Bildungsabschluss zu 61% eine Lehre/duale Bildungsausbildung ist, und immerhin noch 12% der Eltern haben weder Ausbildung noch Studium absolviert. 5% der Eltern besitzen einen Hochschulabschluss, 1% hat promoviert. Am Gymnasium kehren sich diese Zahlen um: 38% der Eltern haben eine Lehre/duale Berufsausbildung. 22% der Eltern haben einen Hochschulabschluss erreicht, 5% der Eltern haben sogar promoviert. Nur 6% der Schüler*innen kommen aus Haushalten, in denen die Eltern keinen solchen Bildungsabschluss erlangt haben. Folglich hat sich trotz vieler Diskussionen, Reformvorschläge und Reformen an der Ausgrenzung bestimmter marginalisierter Gruppen innerhalb des Schulsystems nicht viel verändert. In diesem Artikel soll die Frage diskutiert werden, woran bislang eine Veränderung des Schulsystems hin zu weniger Diskriminierung scheitert.

Was sind die Funktionen von Schule und warum gibt es die Schulpflicht?

Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht während des Kaiserreichs wird generell als ein Indiz für die Demokratisierung von Gesellschaft verstanden, da umgekehrt diese Pflicht in der Regel als ein „Recht auf Bildung“ umgedeutet wird. Da jedoch Rechte nicht gleichbedeutend mit Pflichten sind, lohnt sich ein Blick auf die Unterscheidung zwischen diesen beiden. Das „Recht auf Bildung“ ist in Artikel 26 der UN-Menschenrechtscharta festgeschrieben und wird wie folgt definiert:

„Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offen stehen.
1. Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offen stehen.
2. Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen (...) beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.
3. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.“[2]

Einerseits wird hier ein Bildungsauftrag vergeben, der vermutlich, obgleich dies nicht explizit genannt wird, an eine staatliche Institution gerichtet ist, die beispielsweise die Infrastruktur für kostenlosen Grundschulunterricht bereitstellen muss, oder diesen Auftrag an andere Institutionen vergeben kann. Andererseits sollen die Eltern das Recht besitzen über die Art der Bildung ihrer Kinder zu wählen. Des Weiteren werden die Ziele von Bildung auf die Entwicklung der Persönlichkeit hin definiert.

Gemeinhin gilt dieses „Recht auf Bildung“ in der BRD als umgesetzt, da ein freier, kostenloser Zugang zu verschiedenen Schulen und Schulformen gewährleistet ist und die Eltern zwischen den jeweiligen Schulformen für ihre Kinder wählen können. Als Garant dieses Bildungsrechts gelten die Schulpflicht sowie die staatliche Schulhoheit.[3] Diese verfolgen jedoch andere Ziele, weshalb es sinnvoll ist, sich Funktionen von Schule im kapitalistischen Staat zu vergegenwärtigen. Die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht während des Kaiserreichs und ihrer flächendeckenden Umsetzung in der Weimarer Republik erfolgte vor dem Hintergrund einer veränderten Sicht auf das „Staatsvolk“, das nun nicht mehr nur untertänig und in Ständen kategorisiert sein sollte, sondern nun aus diesem mündige Bürger einstehen sollten, denen es an einer gewissen Bildung nicht fehlen durfte. In dieser Tradition wurde der staatliche Bildungsauftrag auch im Grundgesetz verankert. Dort heißt es: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“[3]. Durchgesetzt wird dies zum einen durch die 10-jährige Schulpflicht, die anders als in anderen westlichen Staaten rigoros durchgesetzt wird, und die Schulhoheit; d.h.: die Bestimmung, ob eine private Schulen anerkannt wird, obliegt staatlichen Institutionen, in der Regel den einzelnen Ländern. Diese umfangreiche Regulierung bewirkte sogar, dass eine Familie, die ihre Kinder zu Hause unterrichten wollte, und dadurch massiven Repressionen ausgesetzt war, in den USA politisches Asyl erhielt[4].

Doch weshalb ist dem Staat soviel daran gelegen?

Weshalb hält er es für unabdingbar, alle Kinder und Jugendliche in staatlichen Schulen zu unterrichten? Zur Beantwortung dieser Frage kann es aufschlussreich sein, die Aufgaben von Lehrpersonen zu beachten.

„In Wahrnehmung des verfassungsrechtlich vorgegebenen Erziehungsauftrags erfüllen sie Aufgaben von hoher staatspolitischer Bedeutung; sie müssen daher von der Richtigkeit dieses Auftrags überzeugt und imstande sein, die Erziehungsziele einschließlich der Grundwerte und Grundentscheidungen der Verfassung den Schülern glaubhaft zu vermitteln.“[5] Dies bedeutet im Wesentlichen die Bindung der Lehrperson sowie die des Lehrplans an das Grundgesetz und die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung. Für Schülerinnen und Schüler bedeutet dies, dass sie erlernen, sich in diesem Handlungsrahmen zu bewegen, zu denken und diesen schließlich nicht nur als gegeben hinnehmen, sondern auch diesen bejahen und bereit sind ihn zu verteidigen.

Als zweite hoheitliche Aufgabe von Lehrpersonen wird definiert, dass sie „zu prüfen, Noten zu geben, über Versetzungen zu entscheiden...“[6] haben. Durch diese Aufgabe wird die Vergabe von Noten, seien sie numerisch oder als Entwicklungsberichte dargestellt, festgeschrieben. Noten haben neben pädagogischen Rückmeldefunktionen u.ä. insbesondere die Funktion, über Zugänge zu weiterführender Bildung zu entscheiden, und legen somit die spätere gesellschaftliche Positionierung fest. Durch sie werden Selektionsmechanismen legitimiert und internalisiert. Dabei vermitteln sie weitere erwünschte Erkenntnisse:

Die Durchsetzung des Leistungsprinzips:

Die Durchsetzung des Leistungsprinzips wird als großer Gewinn für eine sich demokratisch- kapitalistisch verstehende Gesellschaft angesehen. Nun mehr spielen angeblich soziale Status, Klassenzugehörigkeit, Geschlecht, „Rasse“[7]/Ethnizität[8] keinerlei Rolle mehr, sondern das Leistungsprinzip wird als scheinbar objektives Kriterium eingeführt, das zu einer Chancengleichheit beitragen soll. Allerdings wird dabei nicht berücksichtigt, dass Kinder und Jugendliche über unterschiedliche Voraussetzungen und Wissensstände verfügen und dadurch durch ein „Wir behandeln alle gleich“ benachteiligt werden, was auch erwünscht ist. Denn Schule ist eben nicht dazu da unterschiedliche Leistungsstände aufzuheben und Kinder und Jugendliche individuell zu fördern, sondern es dient der Feststellung von Leistungsunterschieden und -defiziten.

Demnach ist ein Versagen in diesem Prinzip angelegt

Dieses wird nun nicht mehr als strukturelles Problem wahrgenommen, sondern als ein individuelles Scheitern interpretiert und letztlich akzeptiert. Auf diese Weise wird der Mythos des „American Dream“ (Vom Tellerwäscher zum Millionär) in die Schulpraxis übernommen. Der gewollte Misserfolg vieler Kinder und Jugendlicher wird als ein persönliches Versagen dargestellt, währenddessen es genügend Beispiele zu geben scheint, dass Mensch die Schule doch locker schaffen kann. Dass diese es trotz selektierender Strukturen schaffen und nicht wegen dieser, wird nicht erwähnt. Auf diese Weise wird die gesellschaftliche Selektion in verschiedene Einkommens-und Berufsklassen bereits in der Schule über Noten und damit verbundene Bildungszugänge durch das dreigliedrige Schulsystem[9] forciert, was sich in den resultierenden Bildungsabschlüssen manifestiert. Auch hier ist es nicht der Sinn, dass möglichst viele über entsprechende Bildungsabschlüsse später höhere gesellschaftliche Positionen einnehmen, Schüler*innen eine individuelle Rückmeldung über ihren Wissenstand erfahren und entsprechend gefördert werden. Vielmehr wird von der individuellen Leistung abstrahiert und sie in Bezug zu einer definierten Gruppe (meist die Klasse oder Stufe) gesetzt. Noten spiegeln daher nicht den individuellen Leistungsstand wider, sondern legen eine Rangordnung innerhalb der Klasse fest, nach der schließlich selektiert werden kann. Dabei ist nicht das Ziel, das möglichst viele gut abschneiden, sondern das Ideal stellt die so genannte „Gaußsche Glockenkurve“, auch Standardnormalverteilung genannt, dar. Diese hat einen breiten mittleren Bereich und ausgedünnte Extreme an dem höheren und niedrigeren Enden. Dies bedeutet, dass die einzelne Leistung einer*r Schüler*in zwar das Mittel für die spätere Selektion darstellt, jedoch nicht das eigentliche Kriterium, da die Notengebung auf dem Vergleich mit einer definierten Gruppe basiert.

Da folglich das schulische Versagen von Schüler*innen vorgesehen ist, stellt sich die Frage inwieweit gesellschaftlich verbreitete Diskriminierungsformen die schulische Selektion beeinflussen.

Ein intersektionaler Blick auf Diskriminierungsformen in der Gesellschaft und in der Schule

Die gesellschaftliche, soziale, politische und ökonomische Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen basiert auf eine Einordnung in verschiedene Gruppen auf Basis bestimmter ausgewählter Merkmale, wie Geschlecht, „Rasse“/Ethnizität, Klasse etc. Diese Einteilung legitimiert Abgrenzung und Ausgrenzung und marginalisiert dadurch Menschen. Gleichzeitig werden bestehende Machtverhältnisse legitimiert und reproduziert. Intersektionalität untersucht das Zusammenwirken verschiedener Merkmalsstrukturen und ihre spezifische Diskriminierung und daraus sich ableitende Positionierung. Intersektionalität lässt sich wie folgt definieren:

Intersektionalität ist ein Resultat von sozialen Prozessen, die in einer besonderen Art und Weise zur Hierarchisierung der Bevölkerung führen (...) Zum einen stoßen wir auf Konstruktionen von sozialen Merkmalen (positive Anlagen und Defizite, Fähigkeiten und Unfähigkeiten, Handlungspotentiale und Inkompetenzen), die sozialen Gruppen zugeschrieben werden und als Markierungen von Ungleichheit fungieren; zum anderen sind wir mit Statuszuweisungen konfrontiert, durch welche Teilpopulationen auf unterschiedlichen Stufen der gesellschaftlichen Rangordnung positioniert werden. Attribuierung und Lokation stützen sich wechselseitig ab, vollziehen sich aber auf verschiedenen Ebenen[10].

Diskriminierung wirkt dabei auf drei Ebenen ...

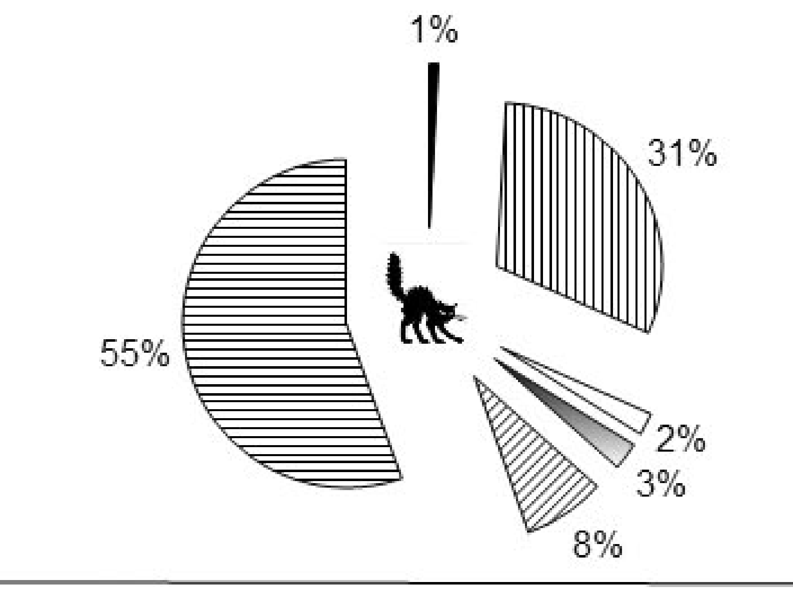
... die miteinander in einer Wechselwirkung stehen und sich einander bedingen. Auf einer individuellen Ebene findet die direkte Ausgrenzung einer Person durch eine oder mehrere andere Personen statt. Dies kann sich z.B. in diskriminierenden Äußerungen über eine Person darstellen. Die strukturelle Ebene schafft Diskriminierung von Menschen aufgrund bestimmter Verordnungen und Gesetze, während die institutionelle Diskriminierung die Ungleichbehandlung verschiedener Personen durch und in gesellschaftlichen Institutionen meint. „Im Gegensatz zu der direkten [individuellen] Diskriminierung geht die Ungleichbehandlung bei der institutionellen Diskriminierung nicht von dem einzelnen Politiker, Beamten, Lehrer, Unternehmer oder Gewerkschaftler, sondern von dem Netz von Institutionen aus, deren Maßnahmen in der Erziehung, der Wirtschaft und der Rechtsprechung kumulativ wirken und in der Summe den Zustand rassistischer oder ethnischer [als auch klassistischer, die Verfasserin] Diskriminierung bewirken.“[11]

Da die Institution Schule als Teilbereich der Gesellschaft zu verstehen ist, wirken auch hier die gleichen Mechanismen und Wirkweisen von Diskriminierung fort, wie sie auch gesamtgesellschaftlich vorhanden sind. In der Schule spielen insbesondere rassistische und klassistische Ausgrenzung eine wesentliche Rolle, was zu den Misserfolgen vieler betroffener Schüler*innen führt. Auf einer strukturellen Ebene zeigt sich, dass die Segregation von Wohnorten auch die Schulen beeinflusst. Da meist ein wohnsitznaher Schulbesuch erfolgt, werden auch die Schulen dementsprechend ausgestattet und finanziell versorgt. Dementsprechend entstehen so genannte „Brennpunktschulen“, die meist finanziell stark unterversorgt sind.

Die bereits frühe Selektion und Verteilung in das dreigliedrige Schulsystem erfolgt meist nicht nur auf Basis von Noten, sondern auch auf Grundlage von Empfehlungsschreiben der Grundschullehrer*innen. Diese vergeben Empfehlungen über die weitere Schullaufbahn des Kindes, die z.T. auch rechtlich bindend sein können. In diesen Prognosen fließen nicht nur die tatsächlichen Leistungen der Kinder ein, sondern es werden auch die familiäre Situation und Unterstützungsangebote durch die Familie oder andere externe Akteur*innen berücksichtigt. Da nun auch Lehrer*innen nicht in einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Gesellschaft leben, spiegeln sich bestimmte Vorurteile, etwa dass sozial marginalisierte und/oder Familien mit Migrationshintergrund wenig Interesse an der Bildung ihrer Kinder hätten und diese nicht unterstützen würden, wider und beeinflussen z.B. die Entscheidung, ein Empfehlungsschreiben für das Gymnasium auszustellen, negativ. In einigen Bundesländern wurde diese Kritik bereits angenommen, so dass Empfehlungsschreiben keine bindende Wirkung mehr haben oder ganz entfallen. Dennoch bleibt die frühe Selektion in das dreigliedrige Schulsystem erhalten, was bedeutet, dass Kinder lediglich vier Jahre Zeit haben etwaige Bildungsunterschiede aufzuholen. Das dreigliedrige Schulsystem besteht auf der Annahme aus dem 19. Jahrhundert, dass das Lernen in leistungshomogenen Gruppen am effektivsten sei. Ebenso so alt ist die Kritik an dieser Annahme, die besagt, dass gerade das Lernen in leistungsheterogenen Gruppen besonders wirkungsvoll sei, da auch innerhalb der Lerngruppe Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten geboten werden können, was auch „leistungsstarken“ Schüler*innen zu Gute kommt. Allerdings steht diese Idee diametral zu gegebenen Funktionen der Institution Schule. Während in einer heterogenen Lerngruppe die Schüler*innen lernen müssen sich gegenseitig zu unterstützen, steht in der derzeitigen Schulform das Erlernen von Konkurrenzverhalten im Vordergrund, da die

Bildungsstand der Eltern

von Schüler*Innen die eine Hauptschule besuchen



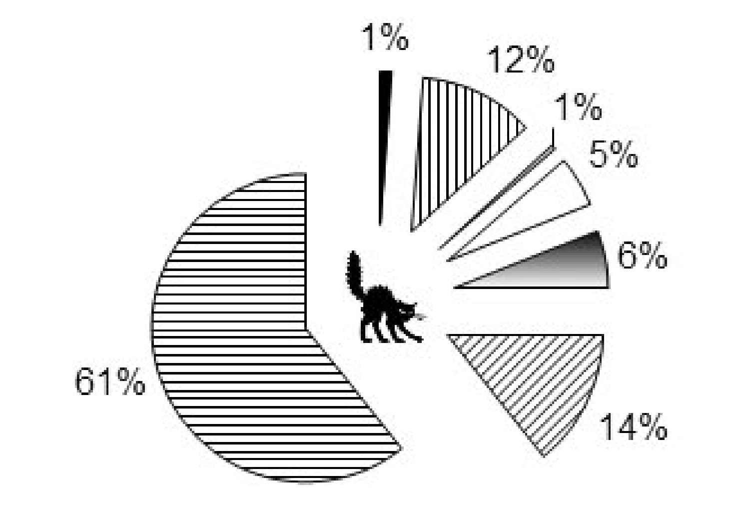
Ergebnis des Mikrozensus 2012

Gesamtzahl der Schüler*Innen: 10 743 000

Diagramme zeigen die prozentuale Zusammensetzung von Schüler*Innen an unterschiedlichen Schultypen gemessen am Bildungsstand bzw. -hintergrund der Eltern.
Eltern mit Bildungsstand „Promotion“ sind bei Schüler*Innen die eine Hauptschule besuchen nicht im Diagramm vorhanden, da diese unter 1% liegen und nicht erfassbar waren.

Bildungsstand der Eltern

von Schüler*Innen die eine Realschule besuchen



Bildungsstand der Eltern

von Schüler*Innen die ein Gymnasium besuchen

1% 6%
5%
38%
22%
15%
13%

- Lehre/ Berufsausbildung im dualen System
- Fachschulabschluss
- Fachhochschulabschluss
- Hochschulabschluss
- Promotion
- ohne beruflichen Bildungsabschluss
- sonstige

Diagramme wurden mit den öffentlich verfügbaren Daten des Statistischen Bundesamts erstellt, einsehbar auf:

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/BeruflicherAbschluss.html

Diagramme erstellt von Benjamin Most

Leistungen der Schüler*innen stets im Vergleich mit den Anderen bewertet werden. Das Festhalten an alters-und leistungshomogenen Gruppen erschwert zudem die Einstufung in die Schule von Kindern und Jugendlichen mit eigener Migrationsgeschichte, da meist beide Kriterien bei ihnen nicht zusammenfallen. Auch die starke Betonung auf Deutsch als Schulfach wirkt dabei erschwerend und führt auch zu schlechteren Leistungen in anderen Schulfächern. Jedoch nicht mangels des Verständnisses für die Lerninhalte des jeweiligen Schulfaches, sondern den Mangel an Sprachkenntnissen. Die spezielle Förderung durch Einführung eines Deutsch-als-Zweitsprache-Unterrichts lässt flächendeckend gesehen noch sehr zu wünschen übrig.

Die Selektion in verschiedene Schulformen soll, so die Idee, den Kindern und Jugendlichen eine maximale Förderung ihrer Fähigkeiten zu kommen lassen. In der Realität führt es dazu, dass Kinder und Jugendliche, die schlechter abschneiden, von weiteren Bildungswegen ausgegrenzt werden. Doch andersherum wäre es sinnvoller, dass gerade die Schüler*innen, die an bestimmten Stellen Defizite aufweisen, besonders lange und intensiv gefördert werden und somit möglichst lange in der Schule verbleiben müssten. Dies widerspräche jedoch der Selektion durch Bildungsabschlüsse, die Menschen gesellschaftliche Positionen zuweist. Das staatliche Schulsystem hat eben nicht zum Ziel Bildungsunterschiede auszugleichen und somit zu einer egalitäreren Gesellschaft beizutragen, sondern produziert Bildungsunterschiede, die sich später in Einkommensunterschieden manifestieren. Insofern reproduziert es permanent gesellschaftliche Ungleichheit mit allen entsprechenden Diskriminierungsformen.

Fazit

Trotz der schon lange bekannten Wirkungen eines diskriminierenden Schulsystems und auch der Kenntnisse über entsprechende Lösungsmöglichkeiten sowie angegangener Reformen bleibt das Schulsystem ein selektives, Diskriminierung und Ausgrenzung produzierendes und reproduzierendes System. Dies liegt jedoch nicht an Fehleinschätzungen oder der Realisierbarkeit der Reformvorschläge, sondern scheitert am politischen Willen. Eine tatsächliche Reform der Institution Schule würde eine Minderung von Bildungsunterschieden bedeuten und würde somit einer zentralen Funktion von Schule, der Selektion, zuwiderlaufen. Außerdem ist Schule eingebettet in Gesellschaft und gesellschaftliche Institutionen, die von Rassismus und Klassismus durchdrungen sind und in denen diese Ausgrenzungsmechanismen genutzt werden um bestehende Machtverhältnisse zu legitimieren und zu reproduzieren. Schule ist ein Teil dessen und nimmt eine wichtige Reproduktionsfunktion wahr. Insofern müssen gesamtgesellschaftlich Diskriminierungs- und Ausgrenzungsformen angegangen und überwunden werden und eine egalitäre Verteilung gesellschaftlicher Güter angestrebt werden. Erst dann kann Schule zu einer realen Bildungseinrichtung werden, ohne staatlichen- und kapitalistischen Funktionen zu dienen.

Louise Goldberk

Anmerkungen:

[1] vgl. Bayat 2011
[2] www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/156819/menschenrecht?p=all
[3] GG: Artikel 7(1)
[4] vgl.: www.spiegel.de/schulspiegel/ausland/homeschooling-familie-romeike-bekommt-doch-kein-asyl-in-den-usa-a-900109.html#spCommentsBoxPager [18.06.14]
[5] Heckel/Avenarius 1986, S. 209f.
[6] ebd., S. 206.
[7] Bereits 1950 erließ die UNESCO das „statement on race“ mittels dessen der Begriff „Rasse“ diskreditiert wurde. Allerdings scheiterte dies an dem Widerstand vieler Wissenschaftler_innen. (vgl. Hund 2006, S. 14-15) Der Rassebegriff ist ein oftmals willkürlich angewandter Begriff, mit dem Zweck der Ausgrenzung und Herabsetzung bestimmter Personengruppen und daher kein geeignetes Analysekriterium. In diesem Artikel wird er benutzt, um rassistische Positionen darzustellen und zu untersuchen. Um sich dennoch von diesem Begriff zu distanzieren wird er in Anführungszeichen gesetzt.
[8] Ethnizität und „Rasse“ können verschiedene Formen der Fremd- und Selbstdefinition darstellen. Ethnisierungen arbeiten eher mit kulturellen Unterscheidungen und/oder Zuschreibungen, während „Rasse“ biologistisch, naturalisierend begründet wird. (vgl. Klinger et al. 2007, S. 20.)
[9] vgl. Huisken 2001, S. 402. Zwar wurde/wird das dreigliedrige Schulsystem derzeit in einigen Bundesländern reformiert, jedoch wird weder die schulische Selektion an sich noch die Institution des Gymnasiums als elitäre Schule angetastet.
[10] Becker-Schmidt 2007, S. 58-61.
[11] Interview mit Karim Fereidoonie; In: *Grenzwertig Nr.4*

Literatur:

Bayat, Masoumeh: *Rezension von: Fereidooni, Karim: Schule-Migration-Diskriminierung. Ursachen der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen*, Wiesbaden 2011, www.socialnet.de/rezensionen/11913.php

Heckel, Hans/ Avenarius, Hermann: *Schulrechtskunde*, Neuwied 1986

Hund, Wulf D.: *Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse*, Münster 2006

Klinger, Cornelia/ Knapp, Gudrun-Axeli: *Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse“/ Ethnizität*; In Klinger, Cornelia/ Knapp, Gudrun-Axeli/ Sauer, Birgit (Hrsg.): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, Frankfurt am Main 2007

Huisken, Freerk: *Erziehung im Kapitalismus. Von den Grundlagen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten*, Hamburg 2001

Becker-Schmidt, Regina: *„Class“, „gender“, „ethnicity“, „race“. Logiken der Differenzsetzung, Verschränkungen von Ungleichheitslagen und gesellschaftliche Strukturierung*; In Klinger, Cornelia/ Knapp, Gudrun-Axeli/ Sauer, Birgit (Hrsg.): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, Frankfurt am Main 2007

Interview mit Karim Fereidoonie; In: *Grenzwertig Nr. 4*

Kerner, Ina: *Questions of intersectionality. Reflections on the current debate in German Genderstudies*; In: *The European journal of women´s studies* Bd. 19.2, London 2012, S. 203-218.

Fereidooni, Karim: *Schule-Migration-Diskriminierung. Ursachen der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen*, Wiesbaden 2011

Fereidooni, Karim: *Das interkulturelle Klassenzimmer: Perspektiven neuer deutscher Lehrkräfte auf den Bildungs- und Integrationsdiskurs*, Wiesbaden 2012

Blinder Schacht

Sozialkrimi aus China über eine perfekte Geschäftsidee

Eine karge, kalte und trostlose Felsenlandschaft in Nordchina. Vor einem genauso karg, kalt und trostlos aussehenden Gebäude, das zu einem Förderturm führt, stehen Bergarbeiter und rauchen eine letzte Zigarette, bevor sie in die Kohlemine hinabfahren. Die gleißende Helligkeit des winterlichen Tageslichts weicht schon bald allumfassender Dunkelheit, in der lediglich die flackernden Grubenlampen Licht spenden. Was anfangs, vor Einblendung des Filmtitels, aussieht wie eine Reportage über chinesische MinenarbeiterInnen und die schlechten Arbeitsbedingungen in den Bergwerken, wird bald schon zum tiefschwarzen Krimi.

Im Norden Chinas herrsche an allem ein Mangel, so einer der Minenbesitzer im Laufe des Films, außer an Menschen

Weit weg von ihren Heimatdörfern und ihren Familien ziehen Song Jinming (Li Yixiang) und Tang Zhaoyang (Wang Shuangbao) als Wanderarbeiter von Bergwerk zu Bergwerk. Um ihren Lohn aufzubessern, haben die beiden eine mörderische Geschäftsidee entwickelt: Sie rekrutieren und ermorden naive junge Männer, die auf Arbeitssuche sind, indem sie ihnen erzählen, dass sie drei lukrative Jobs im Bergwerk an der Hand hätten, für sich und einen Verwandten. Dieser sei jedoch leider noch nicht eingetroffen, so dass ein Platz frei wäre. Also könnten sie den Arbeitsplatz nun anbieten, einzige Bedingung: Die Opfer müssen sich als der vermisste Familienangehörige ausgeben. Nach einigen Tagen Arbeit in der Mine erschlagen sie ihre Opfer und bringen danach den Stollen zum Einsturz, um das Ganze nach einem Unglück aussehen zu lassen. Von den Besitzern der Mine fordern sie anschließend eine Entschädigung für den Tod ihres „Familienangehörigen", sonst würden sie den Vorfall bei den Behörden melden. Da viele Bergwerke am Rande der Legalität arbeiten und die Sicherheitsstandards nicht einhalten, haben die beiden damit ein leichtes Spiel. Schweigegeld zu zahlen ist schließlich allemal billiger als eine offizielle Untersuchung zu riskieren oder die Erpresser umbringen zu lassen. Zu Beginn des Filmes sehen wir die beiden mit ihrem aktuellen Opfer, Tangs angeblichem Bruder Chaolu, den sie völlig ungerührt mitten in einem „freundschaftlichen" Gespräch im Stollen mit der Spitzhacke erschlagen.

Li Yangs Film wirft ein Schlaglicht auf das heutige China und zeigt exemplarisch seinen brutalen Wandel in eine kapitalistische Gesellschaft. In diesem in „Blinder Schacht" aufgezeigten Klima sind keine persönlichen Bindungen oder gar Freundschaften möglich.

„Blinder Schacht", der in Deutschland koproduziert wurde, hat bei der Berlinale 2003 einen Silbernen Bären gewonnen, in China wurde er verboten.

„Doch leider sind auf diesem Sterne eben
Die Mittel kärglich und die Menschen roh.
Wer möchte nicht in Fried und Eintracht leben?
Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so!"
(Dreigroschenoper/Brecht)

Nachdem die beiden das Geld kassiert und an ihre Familien geschickt haben, machen sie sich auf die Suche nach dem nächsten „Verwandten". Am Bahnhof entdecken sie ein potenzielles Opfer, Yuan (Wang Baoqiang), einen 16-jährigen Jungen vom Lande, der auf Arbeitssuche ist, um sich das Geld für eine weiterführende Schule zu verdienen. Song hat in diesem Falle Bedenken, nur äußerst widerwillig stimmt er dem Mordplan zu: Yuan könnte sein Sohn sein. Aber Tangs Argument – „tötest du ihn nicht, kannst du deinen Sohn nicht auf die Schule schicken, und er wird werden wie er und schuften müssen" – kann Song nichts entgegensetzen. Yuan folgt seinen „Onkels" arg- und ahnungslos in die schmutzige, vom Minenbesitzer zur Verfügung gestellte Unterkunft, in der die



Lebensmittel an der Decke befestigt werden müssen, damit sie nicht von Ratten gefressen werden, und an der die Wände notdürftig mit Zeitungspapier als Tapete überklebt sind. Das Mordkomplott zieht sich in die Länge, Song hat Mitleid mit dem Jungen und will ihm zumindest noch einige schöne Tage bescheren. Tang ist einverstanden, und so nehmen sich die beiden „Onkels" ihres Neffen an. In den folgenden Sequenzen erhalten wir einen fast schon dokumentarischen Eindruck vom Leben in den Provinzstädten des Nordens, in das Li Yang seine Protagonisten eintauchen lässt. Song und Tang gehen mit Yuan essen, ins Badehaus und schließlich ins Bordell, weil er nicht sterben soll, ohne zumindest einmal Sex gehabt zu haben.

Zurück im Bergwerk geht es ein letztes Mal hinab in den Schacht, wo Songs weiches Herz dem Mörderpaar zum Verhängnis wird.

Zum Schluss wird eine Leiche in den Verbrennungsofen geschoben, Rauch kommt aus dem Schornstein des Krematoriums. Yuan ist davongekommen und zieht weiter.

Karin Hoog

Blinder Schacht
Hongkong / China / Deutschland 2002
Originaltitel: *Mang Jing / Blind Shaft*
Regie: Li Yang – Darsteller: Li Yixiang, Wang Shuangbao, Wang Baoqiang, An Jing, Bao Zhenjiang, Sun Wei, Wang Yining, Zhao Junzhi, Liu Zhenqi, Zhang Lulu – Länge: 92 min.



Camus wiederentdecken

Erkenntnisse nach einer Lesung mit Lou Marin in Mannheim

Ausgerechnet Sarkozy wollte die Leiche von Camus in die nationale Ruhmeshalle Panthéon umbetten. Dieser Versuch schlug fehl. Die Mittelmeersonne scheint immer noch auf sein Grab in dem südfranzösischen Dorf Lourmarin, wo der Schriftsteller nach einem tödlichen Verkehrsunfall seit 1960 beerdigt ist.

Vor allem um Camus' 100. Geburtstag 2013 streiten intellektuellen Kreise um die Interpretation seiner Werke. Der Mainstream-Philosoph Michel Onfray will Camus sogar als libertären Kapitalisten sehen. Viele sehen in ihm den Anti-Totalitaristen, was er mit Sicherheit war. Allein sein Werk „Der Mensch in der Revolte" (1951) liefert den Beweis. Andere stilisieren Camus aber zum Verteidiger der bürgerlichen Demokratie, was er auf keinen Fall war. Camus drückte 1953 in einer Rede vor revolutionären SyndikalistInnen in St.-Étienne seine Meinung aus: „Die Unterdrückten wollen nicht nur von ihrem Hunger befreit werden, sondern auch von ihren Herren." So spricht kein lupenreiner Vorzeige-Demokrat, sondern einer, dessen „Sympathien dem libertären Syndikalismus gelten."



Wie aber ist Albert Camus aus anarchistischer Sicht zu verstehen? Es ist der Verdienst des Autors Lou Marin, die intensiven Verbindungen zwischen Camus und der anarchistischen Bewegung dem Vergessen entrissen zu haben. Lou ist seit Anfang der 80er Jahre Mitherausgeber der gewaltfrei-anarchistischen Zeitung „Graswurzelrevolution". Mit dem libertären Camus hat sich Lou Marin schon seit den 90er Jahren beschäftigt. 1998 erschien sein Buch „Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus", das nicht nur in libertären Kreisen für Furore sorgte. Den meisten LeserInnen war Camus nur als Literaturnobelpreisträger und Mitbegründer des Existenzialismus bekannt. Durch Lou Marin war der erste Kontrapunkt für den libertären Camus im deutschsprachigen Raum gesetzt. Es folgten weitere Artikel zum Thema in Deutsch und Französisch. Und weitere Recherchearbeit, auf die 2013 ein weiteres umfangreiches Buch folgte: „Albert Camus – Libertäre Schriften (1948-1960)". Camus wird in seiner eigenen Diskussion mit französischen, spanischen und algerischen AnarchistInnen und SyndikalistInnen vorgestellt. Auf einer seiner Lesereisen befand sich Lou Marin Anfang Mai zu einer gutbesuchten Lesung in Mannheim, die von der Anarchistischen Gruppe und dem örtlichen FAU-Syndikat organisiert wurde.

Laut Lou Marin gibt es bei Camus' Leben und Werk verschiedene Phasen, in denen er sich immer weiter zum Anarchismus hinwendete. Geboren 1913 wuchs Camus in armen Verhältnissen in Algier auf. 1931 brach die Tuberkulose bei ihm aus, unter der er sein ganzes Leben litt.

Von 1935 bis 1937 war er Mitglied der Kommunistischen Partei, die zu der Zeit antikoloniale Politik betrieb. Ab 1937 begann Camus zu schreiben, was ihn später zu literarischem Weltruhm führen würde. Er arbeitete als Reporter bei einer linken Zeitung, verfasste Artikel über das Elend der kolonialen Ausbeutung. Camus engagierte sich für den Pazifismus, für Kriegsdienstverweigerung und für Desertion. Camus lernte den Syndikalisten und Unabhängigkeitskämpfer Messali Hadj kennen. Wegen seiner Solidarität zu Hadj und seiner Bewegung wurde Camus aus der KP ausgeschlossen. Später in den 50er Jahren eskalierte der Streit innerhalb der algerischen Befreiungsbewegung zu einem gewaltsamen Konflikt. Die „MessalistInnen", die eine föderative Ordnung nach der Befreiung bevorzugten und die auch Camus unterstützte, wurden durch die staatssozialistische FLN (Front de Libération National) zerschlagen, es gab über 10.000 Tote. Nur die libertäre Presse in Frankreich erhob dagegen Protest.

Nach dem Kriegsbeginn siedelte Camus 1940 nach Paris über, schloss sich nach der deutschen Besetzung Frankreichs der Résistance um die Gruppe „Combat" an, die eine gleichnamige Untergrundzeitung herausgab. Camus revidierte seine pazifistische Einstellung im Kampf gegen die Nazis, behielt aber seine Gewaltkritik bei. Er wandte sich gegen Attentate auf die deutschen FaschistInnen und das französische Pétain-Regime. Ebenso setzte er sich nach der Befreiung 1944 gegen die Todesstrafe für KollaborateurInnen ein. Camus wollte keinen Terror für Terror, den Kampf gegen die Todesstrafe setzte er sein Leben lang fort.

Schon 1940 wurde Camus durch die Anarchistin Rirette Maîtrejean in libertäre Kreise eingeführt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit besuchte er Treffen, nahm an Versammlungen und Kampagnen teil, knüpfte Freundschaften und schrieb ab 1948 regelmäßig in französischen anarchistischen Zeitungen, wie „Témoins", „Le Libertaire", „Le Monde libertaire", „La Révolution prolétarienne" und vielen anderen.

Insbesondere die vielen Flüchtlinge, die aus Spanien vor der Franco-Diktatur geflohen waren, unterstützte Camus nicht nur durch seine Worte, sondern auch durch finanzielle Mittel. Die Hälfte des Nobelpreisgeldes spendete er an spanische Familien. „Camus war von jener seltenen Sorte Mensch, der überhaupt keine Selbstdarstellung suchte oder irgendeinen HeldInnenschein aufgrund seiner Solidaritätsgesten bekommen wollte. Er bestand im Gegenteil darauf, dass nicht bekannt werde, dass diese oder jene Geldsumme zur Unterstützung gefangener GenossInnen oder ihrer Familie von ihm stammte. Brassens verfuhr ebenso ...", schilderte Fernando Gómez Peláez, damaliger Chefredakteur der CNT-Wochenzeitung „Solidaridad Obrera".

Vor allem der unerbittliche Streit mit seinem ehemaligen Freund Sartre, der 1952 Camus' Buch „Der Mensch in der Revolte" zerriss, beleuchtet die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen dem autoritären Sozialismus und dem freiheitlichen, dem libertären Sozialismus, wie Camus ihn vertrat. Schon damals wurden die antiautoritären Positionen nur von einer kleinen Minderheit getragen, und daran hat sich bis heute nichts geändert.

Das neue Buch von Lou Marin über Camus' libertäre Schriften wird mit seinen 380 Seiten nicht in einem Satz durchgelesen. Aber es ist nicht nur geschichtlich interessant, sondern im Zeichen der Krise des Kapitalismus auch höchst aktuell.

Und eine Veranstaltung mit dem Genossen Lou macht immer Freude. Sachlich-kompetent mit jeder Menge Details und Anekdoten führt er durch die Lesung und beantwortet ausführlich die Fragen aus dem Publikum.

Reinhard Sick

Lou Marin (Hg.):
Albert Camus – Libertäre Schriften 1948-1960
Laika Verlag 2013
ISBN 978-3-942281-56-0.

Lou Marin (Hrsg.)
Albert Camus – Libertäre Schriften (1948–1960)

Gesichter der Revolution

Über die Bedeutung von Wandgemälden und Graffiti





Als zum zehnten Todestag von Sean McGuffin (1942-2002) 2012 im Bogside Viertel des nordirischen Derrys die bekannte, seit Januar 1969 benutzte Parole „You are now entering free Derry" schwarz und rot untermalt wurde, war das in mehrerer Hinsicht bemerkenswert: Vermutlich hätte es McGuffin weniger trocken rübergebracht und würde trotzdem nicht widersprechen: Wie kein anderer lebte er als Anwalt und Schriftsteller (u.a. *Edition Nautilus* „Der Hund", „Der fette Bastard") eine impulsive Verbindung zwischen irischem, antibritischem Befreiungskampf und Anarchismus. So war er eines von etwa 20 Mitgliedern der 1968 entstandenen Belfast Anarchist Group, einem Vorläufer der inzwischen gewachsenen und sehr lebendigen anarchistischen Bewegung, sowohl in Nordirland als auch in der Republik. – Heute gibt es eine ganze Reihe von Gruppen der Workers Solidarity Movement und der Solfed Ireland, dazu lokale Gruppen wie die Derry Anarchists, die neben vielem anderen mit dieser Würdigung Mc Guffins aktiv waren.

Die Untermalung der Parole macht aber auch deutlich, welche enorme Aussagekraft ein einziges Wandbild entfalten kann.

In Irland sind Wandbilder Erinnerungen an die vielen Getöteten im Unabhängigkeitskrieg und an das Leid etwa während des Hungerstreikes im Internierungslager Long Kesh ebenso wie Mahnung, den Kampf sozial und politisch weiterzuführen.

Natürlich dürfen Mittel und Inhalt nicht verwechselt werden. Wandgemälde können und werden ebenso von reaktionären rechten Gruppierungen benutzt, in Nordirland zum Beispiel von den offiziell verbotenen Ulster Defense Association (UDA) und Ulster Volunteers Force (UVF), die damit ihre gewollt pro britischen, fanatisch protestantischen und möglichst weißen Stadtteile und Dörfer eingrenzen, aus denen sie KatholikInnen und MigrantInnen mit Gewalt zu vertreiben suchen.

Während Wandgemälde in Nordirland zeigen, wer das Gebiet kontrolliert, sind sie anderenorts im öffentlichen Raum oft umstritten. In Newport, Wales, gingen zum Beispiel im Oktober 2013 mehrere hundert Menschen auf die Straßen, um gegen die Zerstörung eines Wandgemäldes zu protestieren, das einen Marsch der ChartistInnen von 1839 zeigte, eine Art frühe BürgerInnenrechtsbewegung, die damals in Newport von SoldatInnen angegriffen wurde. Trotz des Protestes musste das Bild einem Shopping Center weichen.

Szenenwechsel: Wandgemälde und Graffiti in Kairo und anderen ägyptischen Städten waren und sind die Gesichter der Revolution, die Mubarak stürzte, des arabischen Frühlings seit 2011. Ähnliche Wandbilder entstanden in allen von Aufständen betroffenen Staaten der Region. Doch viele Bilder der RevolutionärInnen in Kairo werden von ihren GegnerInnen wieder übermalt oder abgewaschen. Dafür entstehen sie oft erneut, werden abgewandelt und weitergeführt, auch solche beeindruckenden wie das von Shaza Khaled und Aliaa El Tayeb in der Mohamed Mahmoud Straße. Es zeigt einen griechischen Aktivisten mit schwarz-roter anarchistischer Fahne, der mit einer Ballerina auf der Straße tanzt. Bilder und Parolen strahlen ins Leben, in den Alltag aus, sollen zur Diskussion anregen und tun dies meist auch. Wie ein Aktivist aus Kairo sagt: „Ich bin kein Künstler, ich bin nicht unbedingt besessen von Pinseln und Bildern. Ich bin ein menschliches Wesen, das eine Idee mit einer bestimmten Methode vermitteln will. Nicht mehr, nicht weniger. Dies ist keine Ausstellung. Die Bilder gehören den Menschen auf den Straßen. Ihr werdet die Fußballfans der Ultras (von Cairos al-Ahly Football Club) sehen, für die diese Wandgemälde die Gedenkorte für ihre getöteten FreundInnen sind. Viele Leute, die vorbeigehen, beten für die MärtyrerInnen und ihre Eltern und Geschwister. Es geht um weit mehr, als KünstlerInnen das Bemalen von Wänden im Stadtzentrum zu erlauben."

In der Tat geht es oft auch darum, unterdrückte Informationen zu veröffentlichen. Besonders die allgegenwärtige Gewalt gegen Frauen wird thematisiert, die sich im Zuge der Revolution emanzipierten. Etwa der Kampf vor Gericht gegen Folter an Demonstrantinnen.

Einige Bilder wie die beschriebene Balletttänzerin lassen eine Nähe zu der im Mai 2011 gegründeten Libertären Sozialistischen Bewegung vermuten, wie auch zum anarchistischen Schwarzen Block, der am Sturz Mursis beteiligt war, sich nun aber dem vom erstarkten Militär zurückeroberten Staat General al-Sisis gegenübersieht.

Es ist nicht nur das Bild, sondern genauso ein bestimmtes Haus, eine bestimmte Wand, die entscheidet, wie groß die Wirkung ist. So sprechen beispielsweise die Bilder auf der



Mauer, mit der der Israelische Staat missliebige PalästinenserInnen aussperrt, alleine schon durch den Ort Mauer für sich. Oder in Brasilien die Bilder, die in den Städten der Fußball-WM die soziale Ungleichheit aufzeigen. Entsprechendes gilt auch für Deutschland, woran schon ein kleiner Spaziergang im Berliner Mauerpark erinnern kann. Aber auch Rote Flora und die vielen (ehemals) besetzten Häuser grüßen mit ihren Bildern und Aufrufen.

Graffiti und Wandgemälde sind Erinnerungen, Würdigung, Dokumentation stattgefundener Kämpfe und AktivistInnen, vor allem aber Aufklärung und Aufruf. Revolutionäre Inhalte dringen ins Bewusstsein vor, und Bilder werden so zu Mitteln der Veränderung, wirken für soziale Umwälzungen wie Enteignungen des privatisierten Eigentums für die Allgemeinheit und Kollektivierung. Doch diese wirklich grundlegenden Veränderungen selbst stehen noch aus, in Irland, in Ägypten, hier sowieso: Die bisherigen Erfolge der Kämpfe sind so unvollendet und angreifbar wie die Bilder, die sie zeigen.

Oliver Steinke

Take This Society

Frank Spilker und Raul Zelik zu „Politischer Kultur & Urbaner Raum"

Kann und muss Kunst politisch sein? Zu dieser und anderen Fragen hatte ich am 11. März im Pavillon Hannover die Gelegenheit, Frank Spilker, Sänger und Gitarrist der Hamburger Band „Die Sterne" und inzwischen auch Buchautor, sowie Raul Zelik, Autor mehrerer Bücher über urbane Verhältnisse von Venezuela über Kolumbien bis Berlin, zu befragen. Dies im Rahmen der Veranstaltung „TAKE THIS SOCIETY – Politische Kunst & Urbaner Raum". In der Programmankündigung hieß es zur Thematik des Abends, dass untersucht werden sollte: „die Beziehung von Subkulturen und politischen Bewegungen, z.B. bei der Roten Flora in Hamburg oder der Freiraum-Bewegung in Berlin. Denn schließlich geht auch die Geschichte des Pavillons auf eine kulturelle Aneignung urbanen Raums zurück. Doch ist die dabei entstehende Kunst automatisch eine politische? Und was passiert mit ihr, wenn sich die politischen Bewegungen und Subkulturen überleben?" Soweit die thematischen Vorgaben.

Daher richtete ich die Frage, was das kulturelle Engagement und das Agieren im Politischen betrifft, gleich weiter an Frank Spilker, der sich ja wahrnehmbar in politische Diskurse einmischt und sich z.B. durch sein Mitmachen bei Erich-Mühsam-Soiréen inhaltlich verortet. „Für mich persönlich ist die Antwort auf die Frage relativ einfach. Kunst, die sich nicht auf das Gemeinwesen bezieht, finde ich relativ langweilig." So gäbe es bestimmte Bereiche, z.B. die Grundlagenforschung, wo es angemessen sei, das gesellschaftliche Leben auszuklammern. Für ihn als Künstler stehe die Interaktion mit dem Publikum schon im Mittelpunkt. Persönlich seien ihm unverstellte, direkte Feedbacks auf das, was er sage, sehr wichtig. Genauso wie sich nicht im Elfenbeinturm aufzuhalten, sondern gedanklich auf der Straße zu sein. „Man muss das Politischsein ziemlich klar definieren. Man kann das ja sehr weit auslegen. Ich finde z.B. nicht, dass politisch sein bedeutet, sich auf tagespolitische Fragen zu beziehen. Dafür sind manchmal auch die Wege, die man wählt, einfach zu langsam und auch nicht geeignet." Politik im parteipolitischen Sinne stehe der Kunst oft entgegen, weil es einen Populismus brauche, der im Widerspruch zur Kunst stehe. Populismus im Bereich der Popmusik gehe schnell in Richtung des Schlagers. Kunst müsse, so Frank Spilker, immer einen Schritt voraus und spezieller sein.

Gerade am Beispiel des Engagements von sehr vielen KünstlerInnen im Recht-auf-Stadt-Zusammenhang für das Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge oder auch in der Frage der Essohäuser auf St. Pauli oder bei der Besetzung des Gängeviertels gebe es Gemeinsamkeiten. „Das ist wie bei der Roten Flora. Da wird ein Ort erobert und verteidigt. Die Stadt unterstützt das sogar aus dem einfachen Grund. Wenn da nämlich ein Zentrum entsteht, dann geht die Gentrifizierung richtig los, dann steigen die Mieten. Das ist ja der Grund, weshalb das geduldet wird. Das ist heute anders als noch in den achtziger Jahren, als es um die besetzten Häuser in der Hafenstraße ging. Damals ging es noch um das Prinzip, dass sich nicht einfach jemand Privateigentum nimmt. Da hat Hamburg gelernt. Das ist aber nicht unbedingt als positiv zu bewerten." Denn auch in der Umgebung des Gängeviertels würden jetzt die Mieten steigen. Dabei sei das Viertel nicht gerade als attraktiv zu bezeichnen, abgesehen vom Leuchtturm des besetzten Häuserkomplexes.

Es gilt Rezeptionsgewohnheiten zu durchbrechen

Für Raul Zelik sagt der Begriff der politischen Kunst heute nur noch wenig aus. „Da hat man Assoziationen, die nicht so toll sind. Das eine ist eine Form von Agitprop, die Musik oder Literatur als ein Vehikel nutzt", warf Raul Zelik ein und führte weiter aus: „Darum kann es natürlich nicht gehen. Wenn wir so zwanzig, dreißig, vierzig Jahre zurückschauen, hatten wir eine ganze Menge von schlechter Literatur." Heute werde im Feuilleton so getan, als gebe es eine Renaissance der politischen Literatur. „Damit meinen die den Aspekt, ob sich Leute dafür interessieren, ob sie SPD oder CDU wählen. Juli Zeh und Ilija Trojanow werden in den Medien so als politische Autoren durchgereicht. Die sind natürlich schon irgendwie politisch. Es gab ja auch so einen Aufruf von AutorInnen gegen die Vorratsdatenspeicherung. Ich wurde auch gefragt, ob ich da unterzeichne, was ich aber nicht gemacht habe, weil ich zwar das Anliegen richtig, aber die Erklärung so blöd fand. Da ging es halt darum, dass Daten Privateigentum sind und sich deshalb der Staat diese nicht aneignen darf. Wo ich schon gedacht habe, das ist politisch. Aber mit der Haltung kann ich gar nichts anfangen."

Viel stärker im Sinn einer politischen Intervention sei die Dresdner Rede von Sibylle Lewitscharoff gewesen. In ihrer Rede ging Lewitscharoff ja unter anderem auf Themen wie künstliche Befruchtung und Leihmutterschaft ein. Zelik attestierte den Ausführungen von Lewitscharoff bodenlose Idiotie. Und vor diesem Hintergrund könne er mit dem Begriff der politischen Literatur bzw. deren Interventionsfähigkeit wenig anfangen. Daher habe er sich, wenn er dazu befragt werde, eine Brücke gebaut. „Ja, es geht im Bereich der Literatur um Gesellschaftskritik, die verschiedenste Dimensionen hat. Zumindest zwei. Gesellschaftskritik ist nicht nur, dass man sich kritisch mit der Gesellschaft auseinandersetzt, sondern dass man beim Schreiben oder beim Filmen auch Formen wählt, die geeignet sind, Rezeptionsgewohnheiten zu durchbrechen. Eine kritische Geschichte kann man nicht in einer total gefälligen Form erzählen. Daher finde ich auch diese gesamten linken Krimis irgendwie unsäglich."

Aufzeichnung: KP Flügel

Buchbesprechung: „Ihr seid Träumer – sagte der Traum" von Manfred Jansen

Die Welt der Warenproduktion ist das große Mysterium der bürgerlichen Gesellschaft. Gebirge von Waren begraben die KonsumentInnen unter sich – die ProduzentInnen dieser Waren und die Umstände, unter denen sie leben und arbeiten, bleiben aber praktisch unsichtbar.
Medial und gesellschaftlich sind sie nicht präsent.
Manfred Jansen reißt mit seinem Buch „Ihr seid Träumer – sagte der Traum" diesen Schleier des Schweigens weg und macht den Blick frei auf die Lebenswirklichkeit der Menschen, die mit der Profitproduktion den Lebensnerv der kapitalistischen Gesellschaft ausmachen.
Er beschreibt über zehn Jahre hinweg den Kampf der dreihundertköpfigen Belegschaft eines Metallbetriebs in Stuttgart: Gegen Massenentlassungen, die Zerschlagung bzw. Schließung des Betriebs, gegen den Angriff auf tarifliche Rechte.
Die ArbeiterInnenklasse nicht als leidende, sondern als aktiv kämpfende Klasse.
Die große Stärke seines Buchs ist die detailgenaue Schilderung der Bewusstseinsentwicklung in Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauenskörper, der über die Jahre zu einer großen Entschlossenheit, Kampfbereitschaft und Selbstvertrauen der Belegschaft führt.
Die Kampfaktionen der Belegschaft, die in ihrer Intensität und Massenhaftigkeit für hiesige Verhältnisse überaus ungewöhnlich sind, fallen eben nicht vom Himmel, sondern sind das Ergebnis dieser jahrelangen systematischen Kleinarbeit und Auseinandersetzung – das wird bei der Lektüre überdeutlich.
Diese Auseinandersetzungen verlaufen auch nicht geradlinig, sondern schwankend, zwischen Konfrontation und (Beinahe-) Kapitulation.
Manfred Jansen gelingt damit ein wichtiger Beitrag zur Beschreibung des Bewusstseinsstands der ArbeiterInnenklasse. Das „Geheimnis" des Erfolgs ist, so der Autor, die Frage „des Standpunkts, der Weltanschauung", die die „Führung" hat, „es ist eine politische Frage" (S. 566): Standortkonkurrenz oder solidarische Auseinandersetzung und Zusammenarbeit auch und gerade mit den Belegschaften konkurrierender Betriebe, Ehrfurcht vor der „unternehmerischen Entscheidung" und den wohlfeilen Konzepten (Interessenausgleich, Sozialplan, Beschäftigungsgesellschaft) der Co-ManagerInnen oder Mobilisierung der Belegschaft zur eigenständigen Vertretung ihrer Interessen – je nachdem, welche Antworten auf diese Fragen gegeben werden und wie die Auseinandersetzung darum in der Belegschaft organisiert wird, ist ein Erfolg möglich oder führt der Weg in die Niederlage.

Wolfgang Hönisch

Das Buch kann unter der E-Mail-Adresse buchmj@t-online.de bestellt werden und kostet 16 Euro plus 2,40 Euro Versandkosten.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Gewerkschaft für Millionäre

Das Lösungswort der DA 222: Die National Basketball Players Assiociation („NBPA“)

LeBron James ist der unumstrittene Topstar des Basketballs. Seit er vor vier Jahren zu den Miami Heat gewechselt ist, hat er diese vier mal in Folge ins Finale geführt und dort zwei mal den Titel geholt. Als James vor vier Jahren zu Heat wechselte unterschrieb er einen Vertrag, der ihm in den nächsten sechs Jahren insgesamt 110 Millionen US-Dollar zusichert.

Braucht jemand mit einem solchen Einkommen eine Gewerkschaft? Es gibt sie jedenfalls. Die National Basketball Players Assiociation (NBPA). 1954 gegründet ist sie die erste Spielergewerkschaft im Profisport. Gründer ist der ehemalige Boston Celtics-Star Bob Cousy. Dieser sendete Briefe an ihm bekannte Spieler aus den anderen US-amerikanischen Basketballteams. In diesen forderte er sie auf sich an der Gründung und Unterstützung einer Spielergewerkschaft zu beteiligen. Aufgrund der Überwiegend positiven Resonanz wurde die NBPA gegründet und trat zum All-Star Game 1955 zum ersten Mal öffentlich in Erscheinung, indem sie dem damaligen Präsidenten der Liga einen Forderungskatalog übereichte. Die wichtigsten Forderungen verlangten geregelte Prämien für öffentliche Auftritte und Beschränkung von Reisekilometer, da die Teams damals noch keine Privatjets hatten und mit Bussen z. B. von New York nach Los Angeles reisen mussten.

Doch wie so manche Bosse verhielt sich die Liga, vertreten durch ihren Präsidenten und die Clubchefs, erstmal störrisch gegenüber der neuen Gewerkschaft. Zwar gab es schon ab 1957 einzelne Zugeständnisse, aber den Durchbruch schaffte die NBPA erst mit dem All-Star Game 1964. Zwei Stunden vor Beginn des Spiels weigerten sich die Spieler zum Spiel anzutreten, wenn sich die Liga nicht auf Verhandlungen um einen Rentenplan bereit erkläre. Unter Druck des Fernsehsenders ABC, der das All-Star Game landesweit übertrug, gab der damalige Liga-Chef Walter Kennedy 15 Minuten vor offiziellem Spielbeginn nach. Die Rentenpläne wurden verhandelt und die NBPA war faktisch als Gewerkschaft anerkannt.
Die Hauptaufgabe der NBPA ist die Verhandlung eines Gesamttarifvertages, des Collective Bargaining Agreements (CBA) und die Überwachung der Einhaltung durch die Teams. Dabei zeigt sich die NBPA wesentlich kämpferischer, als es für eine Gewerkschaft für Millionäre zu erwarten wäre. So durfte Dirk Nowitzki im Jahr nach seinem Titelgewinn nur 72 statt üblicherweise 82 Spielen als Champion auflaufen, da aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen die ersten zehn Spiele der Saison ausfielen.

Besonders interessant ist auch die 1983 von der NBPA eingeforderte Regelung der Gehaltsobergrenze (Salary-Cap). Diese besagt, dass die Vereine nur einen bestimmten Betrag für Spielergehälter ausgeben darf. Einerseits wurde dadurch für sportliche Fairness gesorgt, da nicht mehr ein Verein alle Starspieler zusammenkaufen kann. Andererseits wurden im Gegenzug Mindestlöhne und eine Beteiligung der Spieler am Vereinsgewinn vereinbart.

Auch im Rassismus-Skandal um LA Clippers Boss Donald Sterling dieses Jahr meldete sich die NBPA zu Wort, als ihr derzeitiger

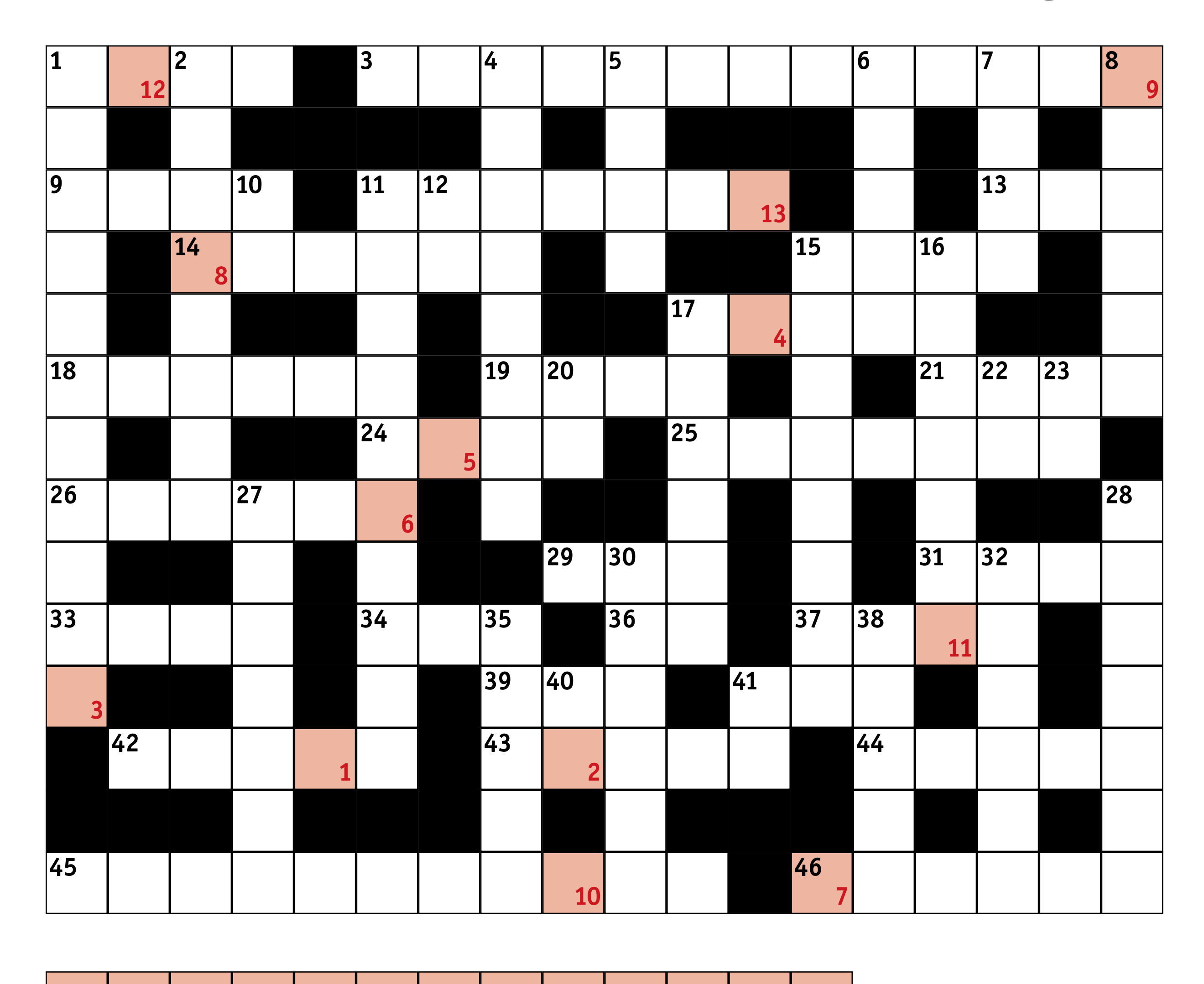


Präsident Chris Paul, seines Zeichens Topstar der LA Clippers, erhebliche Sanktionen gegen seinen Chef forderte.

LeBron James hat seinerseits schon angekündigt, dass er sich vorstellen kann nach dem Ende seiner aktiven Karriere ein Amt in der NBPA zu übernehmen.

Helga Wein

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 89



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Waagerecht

1. Gruppierung in Israel, die sich im Westjordanland mit direkten Aktionen gegen die israelischen Sperranlagen engagiert: Anarchists Against the ~ 3. seit einem tödlichen Lawinenabgang im April 2014 streiken im nepalesischen Himalaya die Sherpas; Hauptforderung ist eine ~ für die Familien der Hinterbliebenen 9. Mittelhülse eines Rads 11. Zusammenhalt, Verpflichtung 13. ein Problem lösen: die ~ vom Eis kriegen 14. Menschenschlag, der im modernen Kapitalismus häufig anzutreffen ist 15. Fähigkeit, Veranlagung 17. augenzwinkernde DDR-Bezeichnung für die Stasi: die ~ 18. vorhanden, aber nicht in Erscheinung tretend 19. tiefe Bewusstlosigkeit 21. Kleinstadt im Landkreis Erding 24. Abscheu, Widerwille 25. eurokratische Bezeichnung für die drei Länder Belgien, Niederlande und Luxemburg 26. Tucholsky hatte Recht: SoldatInnen sind ~ 29. Kfz-Kennzeichen für Wismar 31. Rand eines Gewässers 33. Leistungssoll 34. mühsam erstrittene „Homo-Ehe“ in der BRD <Abk.> 36. in Ordnung <engl.> 37. Anmerkung, kleine Rechnung 39. Enzym im Magen vom Kalb und Schaf, bringt Milch zum Gerinnen 41. vorformulierte Vertragsbedingungen einer Firma <Abk.> 42. bosn. Männername 43. Anpflanzung 44. SchülerIn an einer Schauspiel- oder Ballettschule 45. Aufnahme von Flüchtlingen durch eine Kirchengemeinde zur Abwendung einer drohenden Abschiebung 46. Ende März 2014 streikten eine Woche lang DiplomatInnen und andere Staatsbedienstete dieses Landes wegen miserabler Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung; 104 Botschaften auf der ganzen Welt blieben geschlossen

Senkrecht

1. kleiner Wimpel o.Ä. zum Schwenken, bes. bei Großkundgebungen <DDR-Deutsch> 2. anarchistisch 4. Fangarm oder -haar 5. Hauptstadt des schweiz. Kantons Graubünden 6. niederträchtig, gemein 7. Froschlurch, Feuerkröte 8. Beispiel für Nazikontinuität in der BRD: Dieser Generalmajor der Wehrmacht leitete nach dem Krieg eine nach ihm genannte geheimdienstliche Organisation und wurde erster Präsident des Bundesnachrichtendiensts (Vorname: Reinhard) 10. Vorläufer der EU <Abk.> 11. nach dieser Stadt im „Chemiedreieck“ der DDR wurde eine programmatische Entwicklung in der Kulturpolitik genannt: ~er Weg 12. Länderkürzel für Island 15. einer der ProtagonistInnen in Brechts „Dreigroschenoper“ sagt: Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die ~ einer Bank? 16. Schuldenübernahme durch den Staat im Fall einer Finanzkrise, frei nach dem Motto „die Verluste werden sozialisiert“, z.B. das Bankenrettungspaket der Bundesregierung <engl.> 17. Produktionsstätte; Mittelpunkt vieler Revolutionsträume 20. Kfz-Kennzeichen für Oldenburg 22. Sowjetunion <frühere ugs. Abk.> 23. Kurzwort für Bank- und Raubüberfälle im revol. Untergrund Russlands Anfang des 20 Jh., die zur Finanzierung der polit. Arbeit dienten 27. Männername 28. Namensteil verschiedener als urig oder rein gelten wollender Biere und Mineralwässer 30. Mitglied der „Industrial Workers of the World“ <engl. ugs. Bezeichnung> 32. Armenviertel in Großstädten Brasiliens 35. im April 2013 starben beim Einsturz dieses mehrgeschossigen Gebäudes in Dhaka, Bangladesch, über 1.100 Menschen, v.a. TextilarbeiterInnen: Rana ~ ; seitdem sind die Proteste der Arbeitenden heftiger und gewaltsamer geworden 38. süßer Rahm 40. Kfz-Kennzeichen für Ansbach 41. chem. Zeichen für Gold

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, Feldbergstraße 14, 79115 Freiburg).
Gewinner#223: Peter S. aus Jena

Auflösung #88

```
A U T O N O M I E   S T A M O K A P
D   A   O   O     K     T     A   R
A U S S P E R R U N G   T E C H N O
C   S   P   A     A E   A     L   P
  G E S E L L E N S T Ü C K   S   H
I     T       A S T A     L U C K Y
M O J A V E     U   N A B U   H   L
M   Ä     H E U   A     Ö S E L   A
E T H N I E   Z O R R O       A   X
R   L       J     G     A L E G R E
W H I S T L E B L O W E R   W      
A   N   E   S L U T   T A   A Q U A
H A G E L   U         A       L   S
R   S O L O S E L B S T Ä N D I G E
```



DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
Feldbergstraße 14
79115 Freiburg

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 225: 8. August 2014